

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 1. Mai 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wähler!

Mit dem heutigen Tage ist die letzte Session des im Juni 1898 gewählten Reichstages geschlossen worden.

Indem wir nunmehr unser Mandat in die Hände unserer Wähler zurückgeben, glauben wir mit gutem Gewissen denselben das Urteil über unsere Thätigkeit überlassen zu können.

Als wir im Frühjahr 1898 unsere Wahltrauf veröffentlichten, versprachen wir, den Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt zu führen und den Fortschritt auf allen Wegen zu fördern. Dieses Versprechen haben wir ehrlich gehalten.

Wir thaten, was wir konnten, um Unrecht zu beseitigen, Gewaltthat an den Bräutigam zu stellen, Ausbeutung zu verhindern, Unterdrückung zu bekämpfen und dem Fortschritt zu dienen. Erreichten wir nur zu oft nicht, was wir erreichen wollten, so lag es an unserer geringen Zahl, die einer großen Mehrheit von Gegnern gegenüberstand.

Leider haben die letzten fünf Jahre an Fortschritten, denen wir glauben zustimmen zu können, nur wenig, an neuen Volksbelastungen und Bedrückungen nur zu vieles gebracht.

Der ersten Flottenvorlage vom Jahre 1898 folgte die zweite weit größere von 1900, die auch gewaltige Mehrausgaben verursachte, der eine allezeit bewilligungslustige Mehrheit unter der Führung des Centrums, ihre Zustimmung unter Kürzung der Rechte des Reichstages gab. Das Jahr 1899 sah die Bewilligung des Militär-Quinquennats mit einer Verstärkung der Armee um über 19 000 Mann und den entsprechenden Mehrgeldern.

In der langen Session von 1901 bis 1903 aber entbrannte der Kampf um den neuen Zolltarif, der in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1902 mit einer Zweidrittel-Mehrheit Annahme fand, nachdem diese Mehrheit unter Führung ihrer Präsidenten Recht und Gesetz mit Füßen getreten und unter Anwendung der widerrechtlichsten Mittel die Minderheit vergewaltigt hatte.

Dieser neue Zolltarif ist in unseren Augen ein Produkt der Ungesetzlichkeit und der Barbarei. Ungesetzlich durch die Formen, unter denen er zu Stande kam, barbarisch durch die Zollsätze, die er insbesondere für die notwendigen Lebensmittel enthält, die eine Plünderung und Ausraubung der großen Mehrheit der Nation zum Vorteil einer begünstigten Minderheit bedeuten.

Auf Grund dieses neuen Tarifes günstige Handelsverträge für Deutschlands Industrie und für die auf den Kauf von Agrarprodukten angewiesene ungeheure Volksmehrheit zu erhoffen, ist ausgeschlossen.

Als entschiedene Anhänger einer Handelsvertragspolitik, die den Austausch von Waren und Kulturmitteln mit allen Völkern der Erde nach Möglichkeit erleichtert, müssen wir aber Handelsverträge, welche auf Grund des neuen Zolltarifs abgeschlossen, unsere Handelsbeziehungen mit dem Ausland und die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung verschlechtern, aufs entschiedenste bekämpfen.

Wähler! An Euch ist es, bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden: ob Ihr die Politik der Plünderung und Ausraubung der Massen zu Gunsten bevorzogener Klassen ferner sanktionieren wollt.

Es handelt sich aber nicht bloß um diese Frage, es stehen auch eine Reihe anderer Fragen in den nächsten fünf Jahren zur Entscheidung.

Trotz der seit Jahrzehnten fortgesetzten ungeheuren Rüstungen zu Lande und zu Wasser, in denen Deutschland allen Staaten voraus ist und sie übertrumpfte, und obgleich schon gegenwärtig die Militär- und Marine-Staats mit den zu ihnen in Beziehung stehenden Ausgaben weit über 1000 Millionen Mark im Jahre verschlingen, stehen abermals neue große Rüstungen und diesen entsprechende Mehrausgaben bevor.

Das Militär-Quinquennat geht 1904 zu Ende und alsdann erscheint wieder eine neue große Militärvorlage. Eine neue Flottenvorlage ist ebenfalls schon angekündigt worden.

So trägt Deutschland mit in erster Linie die Schuld, daß die Rüstungen kein Ende nehmen und unter den Staaten ein Wettrennen entstanden ist, bei dem schließlich die Völker zusammenbrechen müssen.

Frankreich ist schon seit Jahren an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit an Menschen angekommen und sein Steuer- und Schuldenkonto steigt ins Ungemessene, gleich dem unsren. Rußland hat sich im Osten den Magen überladen und braucht Zeit zur Verdauung. Dazu kommen seine steigenden finanziellen Verlegenheiten, die Kottage seiner Bauern und die Gärung im Innern, die es ihm auf absehbare Zeit ganz unmöglich machen, an einen großen Krieg zu denken.

Aber auch die Aussicht auf eine finanzielle und sociale Katastrophe, die ein europäischer Krieg unfehlbar im Gefolge hat, verbietet es einem jeden der großen Staaten, die Brandsackel an die Pulvertonne zu legen auf die Gefahr hin, den eignen Untergang zu provozieren.

Trotz alledem ist das Deutsche Reich immer wieder der Dränger und Treiber bei diesen Rüstungen.

Wähler! Dem muß endlich ein Ende bereitet werden!

An Euch ist es, ein millionenstimmiges:

Nun ist's genug!

unsren regierenden Klassen ins Angesicht zu schleudern.

Mit den Militär- und Marine-Ausgaben steigen die Ausgaben für die Kolonien, deren Entwicklung die wichtigste ist und die nicht entfernt an Handelswerten einbringen, was sie alljährlich kosten. Aber auch die übrigen Reichsbedürfnisse steigen von Jahr zu Jahr, trotzdem sie gleich den Militär- und Flotten-Ausgaben infolge der großen Ebbe in den Reichskassen noch gewaltsam zurückgehalten wurden. So scheiterte z. B. die dringende notwendige Erhöhung der Militärinvaliden-Pensionen an dem Mangel an Mitteln. Diese Ebbe in den Reichskassen entstand, obgleich die Schuldenlast des Reiches von 1888, dem Jahre, in welchem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, bis heute von 721 Millionen Mark auf fast 3000 Millionen Mark mit an 100 Millionen Mark Schuldzinsen per Jahr gewachsen ist, und die Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern seit dem Jahre 1878 von 235 Millionen auf über 900 Millionen Mark stiegen.

Ja, es steht schon heute fest, daß selbst die Mehreinnahmen, die man aus dem neuen Zolltarif erhofft und die sich auf weit über 200 Millionen Mark belaufen werden, nicht reichen, um die in den nächsten Jahren entstehenden Mehrausgaben zu decken.

Eine erhebliche Erhöhung der Bier- und der Tabaksteuer und eine Wehrsteuer, für die man besonders in Centrumkreisen schwärmt, werden eingeführt werden, wenn eine ähnliche Mehrheit, wie die bisherige war, in den Reichstag ihren Einzug hält.

Dieselben Klassen und Parteien, die ständig mit ihrem Patriotismus prahlen und uns der Vaterlandslosigkeit anklagen, weigern sich aufs äußerste, die großen Einkommen und Vermögen zu den Militär- und Flottenkosten heranzuziehen, sie halten es aber für patriotisch und gerecht, durch maßlose Zölle, indirekte Steuern und Liebesgaben aller Art auf die notwendigen Lebensmittel die armen Klassen aufs schamloseste zu belasten.

Wähler! An dem Tage, an dem die besitzenden Klassen im Reiche gezwungen werden, durch Einkommen- und Vermögenssteuer die Aufkosten für neue Militär- und Flottenrüstungen aufzubringen, ist es mit der Bewilligung derselben zu Ende. Dann geht der Patriotismus dieser Klassen in die Brüche, und damit zeigt sich, wie überflüssig diese Rüstungen sind.

Auch in den Einzelstaaten geht wie im Reich das finanzielle Elend um; sie wissen nicht mehr ein noch aus. Die dringendsten Kulturausgaben leiden bitter Not, aber für neue Rüstungen sind immer wieder die Mittel vorhanden oder sie werden beschafft, als seien die Millionen Kot.

Wähler! Wenn solchen Zuständen gegenüber Euch nicht endlich der Geduldsfaden reißt, dann wundert Euch nicht, wenn Ihr nicht nur mit Kluten, sondern mit Storpionen gequält werdet.

Und wie steht es in der inneren Politik? Die dringendsten Reformen in der Rechtspflege, die notwendigen sozialen Reformen, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes, einschneidende Maßregeln für die Volksgesundheit usw. werden mit der Antwort abgethan:

Das kostet zu viel und wir haben kein Geld!

Presse-, Vereins-, Versammlungsgesetze, das Koalitions- und Genossenschaftsrecht der Arbeiter, die persönliche Freiheit der Bürger und Bürgerinnen werden in einer Weise behandelt, als stünde Deutschland nicht auf einer der ersten, sondern auf einer niederen Stufe der Kultur!

Dem allen gegenüber giebt es nur ein Mittel der Hilfe:

Kampf und wieder Kampf gegen alle, die diese heillose Wirtschaft verschulden, bis sie überwunden sein werden!

Insbesondere ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, die am stärksten unter all diesen Uebeln leidet, mit allen ihren Kräften die Socialdemokratie in ihren Kämpfen wider das ungeheure Unrecht, das Staat und Gesellschaft Tag für Tag verüben, zu unterstützen.

Aber auch die Frauen, und namentlich die Arbeiterinnen, die bisher von einer politischen Bethätigung ihrer Menschenrechte ausgeschlossen wurden, haben bei den großen Fragen, deren Entscheidung durch den Ausfall der Wahlen vorbereitet wird, allen Grund, für die Kandidaten der Socialdemokratie einzutreten.

Können sie nicht wählen, so sollen sie agitieren. Der Agitation aller Art, selbst durch Mißbrauch von Kanzel und Reichstuhle müssen sie das offene Eintreten für ihre heiligsten Interessen gegenüberstellen.

Die Socialdemokratie kämpft dafür, daß Staat und Gesellschaft aufhören, Klasseninstitutionen zu sein, durch welche die herrschende Minderheit die Mehrheit in Abhängigkeit von sich erhält, beherrscht, bedrückt und plündert.

Wähler! Darum auf zur Wahl!

Der Wahltag soll ein Tag des Gerichts, der Abrechnung sein mit denen, die Euch hudelei und bitteln; er soll aber auch ein Siegestag sein, von dem eine neue, schönere Zukunft datiert.

Bedenkt, daß Ihr durch die Beschlüsse einer reaktionären Reichstags-Mehrheit nur alle fünf Jahre einmal zu den Wahlen gerufen werdet. Wie selten kommt ein solcher Tag in Euren Leben. Benutzt ihn also! Benutzt ihn so, daß jeder von Euch mit gutem Gewissen sich sagen kann:

Ich habe meine Schuldigkeit gethan!

Wähler! Unsere Gegner laufen umher wie die Kopflösen und jammern nach einer Wahlparole. Wir haben sie.

Eure Wahlparole sei:

Nieder mit dem die Völker ansaugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenhaat, Klassenherrschaft und Klassengehobung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der socialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt Aller der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von Euch diese unsere Anschauungen teilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Socialdemokratie!

Berlin, den 30. April 1903.

Die socialdemokratische fraktion des Reichstags:

- Albrecht. Antrik. Auer. Vaudert. Bebel. Bernstein. Bloß. Bock. Calver. Cramer. Dieh. Dreßbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster. Frohme. Geß. Geyer. Dr. Gradnauer. Grünberg. Haase. Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann. Horn. Kaden. Kees. Klotz. Kunert. Ledebour. Meißner. Metzger. Mollenhuth. Pens. Pfannkuch. Reiffhaus. Rosenow. Sachsse. Schippel. Schlegel. Schmidt. Schwarz. Segig. Seiserl. Singer. Stadthagen. Stolle. Dr. Südekum. Thiele. Tuhauer. Ulrich. v. Vollmar. Warm. Zubeil.

Das ist die Maifeier:

Dem Proletariat Erlösung!

Den Völkern Friede!

Dem Geiste Freiheit!

Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der civilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

Karl Marx.

Wahl - Mai.

Das Maifest der Internationalität trifft in Deutschland auf den Tag, da nach Schluß des Reichsparlaments unser Wahlkampf in ganzem Umfange und in aller Eile anhebt. Die deutsche Arbeiterklasse dient den Arbeitern aller Länder, indem sie zum Wahltage der hohen Ideale, welche die Arbeiter aller Länder gemeinsam erfüllen, machtvoll rüstet. Den Socialismus in Deutschland zu neuen Erfolgen zu führen — das ist die internationale Verpflichtung der deutschen Socialdemokratie. Und die Arbeiter aller Länder sehen auf unsren Wahlkampf, als sei es ihr eigener Kampf!

Das Maifest ist das Fest der großen Kulturgedanken, aus denen die Erneuerung des Menschengeschlechts emporwächst. Das Maifest hebt hinaus über alle Enge des Augenblicks, über alle Teilfragen der Tagespolitik, es ist das Fest der weltgeschichtlichen Umwälzungen. Wie nun unser Wahlkampf im Zeichen des Maifestes aufleuchtet, so sei er ganz durchglüht von heute bis zum Tage der Entscheidung von diesem unwalzenden Geiste des Maifestes.

Zwei erhabene Gedanken beherrschen das Maifest und geben ihm menschheitliche Bedeutung, zwei Gedanken, deren jeder zeigt, daß das Nationale und Internationale nicht Gegensätze sind, sondern Ergänzungen, daß das Maifest der Internationalität auch das nationalste Fest ist, das Deutsche begehrt. Zwei Gedanken sind: Der achtstündige Arbeitstag und der Friede unter den Nationen.

Es wäre unrichtig und würde zu unberechtigtem Kleinmut führen, wollte man meinen, daß im Schutz der Arbeitskraft, dem zunächst die Begründung des Maifestes auf dem Pariser internationalen Kongreß von 1889 galt, seither nichts erreicht sei. Es ist erreicht, daß in allen Ländern kapitalistischer Produktion diese rettende Lösung gewaltigen Anhang fand. In allen Ländern wuchs die Bewegung der Arbeiterorganisationen, welche in der gesetzlichen Kürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden die entscheidende Bedingung für die physische Wiedergeburt und die geistige Neugeburt weitestest Volksschichten erkennen. In Deutschland wuchsen die freien Gewerkschaften binnen 10 Jahren, von 1891 bis 1901, aus einer Zahl von 257 000 zu dem ansehnlichen Heer von 688 000 für den achtstündigen Arbeitstag streitender Proletarier empor. Und außerhalb dieser Kerntruppe des ersten Arbeitstages ist die achtstündige Notwendigkeit in Millionen von Köpfen eingegraben worden.

Freilich, die Herrschenden und Anzuehenden des Kapitalismus widerstreben in brutalem Widerstand und durch Massenaufwand läugerlicher Ausschüßte der großen Forderung der Arbeitenden. Sie, diese Herrschenden, im Bunde mit dem Unverstand noch immer weiter Volksschichten, haben den schnellen Schritt in der Richtung des achtstündigen Arbeitstages bis jetzt zu hemmen gewohnt. Nur wenigen Gewerkschaften in den fortgeschrittenen Ländern gelang es, aus eigener Kraft bis zum achtstündigen Arbeitstag vorzudringen; nur ein europäisches Land — Frankreich — hat wenigstens den staatlichen Beschluß für einen größeren Teil der Arbeiter zu baldigen Verwirklichung vorbereitet. In Deutschland ist der einzige Arbeitstages, der Anfang der 90er Jahre nach großen Versprechungen begonnen wurde, nicht irgendwie erheblich fortgeschritten; das deutsche Volk mußte die größten Bemühungen aufwenden, um nur die Zertrümmerung des Koalitionsrechts, die Vorbedingung des Arbeitstages, durch Umsturz- und Zuchtstrafgesetze zu verhüten. Scharfe Verordnungen zur Vermeidung allzu unsäglichlicher Ueberarbeit in einigen besonders gesundheitswidrigen Verufen — das war der ganze Ertrag der Arbeiter „Fürsorge“ im „Reiche der Socialreform“ von Centralverbands-Gnaden. Endlich auch nur durch mildes Staatsgesetz die gerüttelte Ueberarbeit der Arbeiter einzuschränken, dazu kam ein Staat sich nicht entschließen, in dem der feudale Junker und der industrielle Großkapitalist gebieten. Als zuletzt die Socialdemokratie im Reichstage in einer Resolution den achtstündigen Arbeitstag und in angemessenen Fristen den Neun- und Achtstündigen forderte, gab der Staatssekretär für Socialpolitik, Graf v. Baudouin, diese durch ihre Richtigkeit die Reichs-Socialpolitik vernichtende Antwort: „Ueber die verschiedenen Initiativanträge kann ich mich jetzt nicht äußern, weil ich nicht weiß, wie die verbündeten Regierungen zu diesen Initiativanträgen stehen, und weil ich namentlich nicht weiß, wie sie sich in Zukunft zu denjenigen Initiativanträgen stellen werden, denen gegenüber sie bisher eine ablehnende Stellung eingenommen haben.“

So ist es denn die große Aufgabe des Mai-Wahlkampfes, die Maifestforderung des achtstündigen Arbeitstages der durch Ueberarbeit schwer Leidenden für diese Forderung zu gewinnen!

Und dieser Gewinn auf deutschem Boden ist zugleich der internationale Gewinn der Arbeiter aller Länder, denn die Arbeiter jedes Landes kommen im Arbeitstages nur dann und um so schneller vorwärts, wenn und je schneller die Arbeiter anderer Länder vorwärts gelangen. Die Kapitalisten aller Länder drücken die Arbeiter möglichst tief, um mit dem billigsten Produkt auf dem Markt zu erscheinen; die Arbeiter jedes Landes erhöhen ihre Lage, wenn die billige Konkurrenz der Arbeiter des andern Landes nachläßt. Gegenüber dem kapitalistischen Kampf aller gegen alle erhebt sich die internationale Solidarität der Arbeiterklasse.

Nicht minder bedingt sich und verschlingt sich gegenseitig das Nationale und Internationale in der Idee des Völkerfriedens.

Heute sperren sich die Nationen gegen einander ab, wirtschaftlich und militärisch, und in allen Ländern schilt man die socialistischen Arbeiter, weil sie diese doppelte Sperrung bekämpfen, als internationale Vaterlandslose. In Wahrheit ist auch hier das Internationale das wahrhaft Nationale.

Da die kapitalistischen Klassen die Bollwerkung gegen das Ausland verlangten, haben sie nicht nur die ausländischen Staaten zu der gleichen Bollwerkung herausgefordert, beschwören sie nicht nur die Gefahr vererblichster Völkerrückwärts, unter dem die arbeitenden Massen aller Länder ungeheuer leiden müßten, diese scheinmationale Bollwerkung gegen das Ausland bedeutet, selbst im Falle der Vermeidung des eigentlichen Völkerrückwärts, die gewissenloseste Verelendung des eignen Volkes durch wucherische Preiserhöhung aller notwendigen Lebensmittel. Unzweifelhaft der Internationalität dagegen, welche auf den friedlichen Austausch der Waren unter den Nationen zielt, ist zugleich die nationale Politik der billigen Lebensmittel und der preiswerten Rohstoffe. So ruft auch das internationale Maifest zum zornigen Kampfe gegen die Zollabsperzung der kapitalistischen Staaten.

Das kriegerische Wettrüsten der Nationen steigt zu immer jährem Wahnsinn. Der vernünftige Sinn der Selbstverteidigung ist im kapitalistischen Wettstreit um die Absatzmittel und unter dem Wanken eines größenwahnsinnigen Souveränitätsgedankens ist zum tolen Widerstand geworden, der die materiellen Kräfte aller Völker schwer in Anspruch nimmt und die Völker gegen einander mit Mißtrauen und Feindseligkeit erfüllt. Die Heeresbudgets aller europäischen Festland-Mächte steigen von Jahr zu Jahr ins Ungeheuerliche, dazu in neuere Zeit der Wettstreit in den Flottenrüstungen; in Deutschland sind für die nächste Gesetzgebungsperiode neue große Heeres- und Marinevorlagen bereits in sichere Aussicht genommen. Das ist der „bewaffnete Friede“, man rühmt die lange Dauer dieses Friedens und doch ist selbst der Krieg erträglicher als dieser Friede, der die Nationen verbluten läßt, unter einander verhehrt, der jede edle Kulturarbeit hemmt und vernichtet. Dieser „Friede“ ist nicht in sich das andauernde gehässige Mißtrauen einer Nation gegen die andre, da jede einen Angriff gegen die andre befürchtet und in diesen Befürchtungen stets gestärkt wird durch den aggressiven Charakter, der das heutige Militärwesen kennzeichnet.

Die Arbeiter aller Länder erheben sich über die nationalen Gefährlichkeiten. Sie wünschen nicht, daß an künstlich gesteigertem Trachten nach kolonialen Absatzmitteln der Weltkrieg sich entzünde, sie wünschen den Absatzmarkt der modernen Warenproduktion zu eröffnen im eignen Lande bei den Millionen, die am nötigsten Mangel leiden und in Hunger zu Grunde gehen. Sie wünschen, daß die Kultureinrichtung der gemeinsamen Völkerinteressen wachse, den Zwist unter den Nationen mildere und Rechtsinstitutionen an Stelle der rohen Gewalt setze.

Der Völkerfriede ist zugleich aber der höchste nationale Erfolg. Der Militarismus, der in der Erhaltung der Nationalitätsgegensätze seine Stütze und seinen Vorwand hat, ist zugleich das mächtigste Bollwerk gegen die nationale Entwicklung des deutschen Volkes, des deutschen Geisteslebens. Der Militarismus ist das Centrum der Junker- und Privilegiertenherrschaft. Der Militarismus ist die „Erziehungsanstalt“ der Unterwürigkeit, der Anechtlichkeit.

Die Umgestaltung der Heeresarmee in die demokratische Armee der wirklichen Vaterlandsfreudigkeit und der Vaterlandsverteidigung bedeutet gleicherweise den Völkerfrieden wie die Eröffnung freiheitlicher und kultureller Bahnen im eignen Lande!

Aus der Reutwerdung der menschlichen Arbeitskraft und aus dem Kulturfrieden der Völker erwächst als reife Frucht der Socialismus. Ist der militärische Alp von den Völkern gewichen und die menschliche Arbeitskraft reichlich geschäftigt, so werden die Massen der Völker reif und mündig zur Selbstverwaltung all ihrer Angelegenheiten. Dann schwinden alle Klassengegensätze und alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird verworfen!

Wägen die Mai-Ideale unser Volk in den Wahlkampf führen. Wägen aus der Kraft des Maifestes Hunderttausenden und Millionen neue Begeisterung und neue Kampfeslust zufließen, auf daß bald in gewaltigen Stimmengängen des Wahltages sich die neue Welt ankündigt: Die Internationale der Freiheit, der Menschlichkeit, der Arbeit!

Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Mißständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.

Es gehören hierher: Oekonomisten, Philantropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohlthätigkeits-Organisierer, Abschaffer der Tierquälerei, Mäßigkeitsvereinsmitglieder, Winkelreformer der buntesten Art. Karl Marx.

Umsturz.

Eine entwicklungsgeschichtliche Maier-Betrachtung.

So steigen die Geschlechter dieser Erde ins Grab, und gehen aus ihrem Schoß hervor, und überdauern jenen ewigen Wechsel, der stets die Welt erneuert.

Auf ihrer Suche nach einer zugkräftigen Wahlparole sind die Konservativen wieder bei dem Schlagwort: „Gegen den Umsturz!“ angelangt und willig haben im Gefühl ihrer inneren Uebereinstimmung Nationalliberale und freisinnige Volksparteier diesen Schlagtraß acceptiert. Mit den politischen Idealen seiner Jugendzeit ist dem Liberalismus auch der Intellekt flüchtig gegangen. Eine seine Anhängererschaft ausrichtende eigne Parole anzustellen, dazu reicht sein geistiges Können, wie es scheint, nicht mehr aus; und da der Ruf nach Handelsverträgen keinen Hund vom Ofen lockt, bleibt nichts als die Appellation an die Furcht vor dem roten Schrecken, die in früheren Wahlkämpfen schon so oft ihre Wirkung gethan hat. Sie sie doch im Klüftiger immer wieder die halbverblichene Erinnerung aus an jene schauerliche Stunde von den Greuelthaten der großen französischen Revolution, die er einst auf den Schulbänken vernommen hat. In seiner wirren Phantasie hört er schon den Märentritt der auf Plünderung ausziehenden Arbeiterbataillone, sieht er die Guillotine aufgerichtet, und in seiner bleichen Furcht vergißt er die Erniedrigungen, die ihm jene so oft auferlegt haben, die ihn heute um seine Wahlstimme anbetteln, vergißt er alle süßen Erfahrungen, die auch ihm meist im wirtschaftlichen Existenzkampf nicht ganz erspart geblieben sind. Alles sociale

Elend schrumpft zur Unbedeutendheit zusammen gegen das in seiner Einbildung sich riesengroß erhebende blutige Gespenst der Revolution.

Diese Wirkung des Umsturzes auf die Einbildungskraft des nicht allzureichlich mit kulturgeschichtlichen Kenntnissen ausgestatteten Durchschnittsbürgers ist den Wortführern der reaktionären Parteien nur allzu wohl bekannt, und so wird es, wenn nichts andres zieht, immer wieder aus der politischen Requisitionskammer hervorgeholt und neu aufgebaut in den Wahlkampf geworfen — oft wider die eigene Ueberzeugung; befinden sich doch auch heute unter denen, die über die Gewaltthaten des Umsturzes jammern, so manche liberale Socialtheoretiker, die in ihrer Anwendung Darwinistischer Lehren auf das sociale Leben das absolute Recht des Stärkeren predigen und in dem heutigen socialen Elend nur eine notwendige Voraussetzung zur Herausbildung der höheren Menschenspecies der Vork-, Vörsen- und Schlotbarone sehen.

Was ist der Umsturz? Der Zufall entkleidet, mit der die Bourgeoisie ihn zur Abschreckung auszufluffieren beliebt, ist er nichts andres als das Grundprincip aller socialen Entwicklung. Immer, von den ersten nachweisbaren Anfängen menschlicher Entwicklung an bis zu den höchsten Stufen, sehen wir, wie sociale Lebensformen, die einst dem allgemeinen Bedürfnis entsprachen, sich nach und nach im weiteren Verlauf zu einem Hemmschuh des Fortschritts gestalten, wie Gesetz und Rechte sich zur Plage wandeln, und wenn nicht Stagnation und Verfall des Volkslebens eintreten soll, die alten socialen Schranken gesprengt werden müssen, damit neues Leben emporspriehe. Betrachtet wir uns die Geschichte Deutschlands seit den Tagen des Cäsars. Ein stetiger Umsturz. Aus den alten Ackerbau- und geschlechtsgenossenschaftlichen Institutionen, die uns Cäsar und Tacitus schildern, sehen wir die freien, vielfach agrarcommunistische Züge zeigenden Markgenossenschaften hervorgehen, zugleich aber auch durch Verraubungen des Volks- und Stammlandes durch Kriege und Eroberungen große Grundherrschaften entstehen, und mit diesen das Lehntwesen sich ausbreiten; sehen wir in den neuentstehenden Städten einen Handwerkerstand sich herausbilden, der sich in Zünften und Gilden organisiert und der den Kampf um die städtische Herrschaft gegen das städtische Grund- und Kaufmannspatrilat aufnimmt, bis er dieses nach langem Ringen niederwirft; sehen wir den Kampf der Städte gegen das Mittelalter, den Aufstand der Bauern gegen den Druck des Adels, die Einführung der Leibeigenschaft, den Verfall der Feudalinstitutionen, die Entstehung der autokratischen Fürstenmacht, die Vernichtung der alten Zunftorganisationen, die Ausbreitung der Manufaktur- und der maschinellen Großproduktion, den Kampf des Bürgerthums für sogenannte liberale konstitutionelle Verfassungen.

Ein steter Umsturz, in dem die alten politischen-socialen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen, nachdem sie oft Jahrhunderte existiert haben, neuen Verhältnissen weichen müssen, bald in langsamen Uebergängen, bald mit explosiver Gewalt — fast immer aber nur nach erbitterten und meist blutigen Kämpfen; denn immer haben die Herrschenden dem Weltlauf in die Speichen zu fallen und die ihren Interessen angepaßten gesellschaftlichen Institutionen aufrecht zu erhalten gesucht, mochten diese auch noch so vermodert sein. Mignet hat nur allzu recht, wenn er in einem Rückblick über die gesellschaftliche Entwicklung in der Einleitung zu seiner Geschichte der französischen Revolution erklärt: „Sobald eine Reform notwendig geworden und der Augenblick ihrer Durchführung gekommen ist, so hält sie nichts auf und alles wird ihr förderlich. Glücklich dann die Menschen, wenn sie sich verstehen; wenn die einen abtrüben, was sie zu viel haben, wenn die andren sich mit dem begnügen, was ihnen fehlt: die Revolutionen verlaufen friedlich. . . . Aber bis jetzt bieten die Jahrbücher der Völker kein Beispiel einer solchen Klugheit, wenn es sich um Opfer handelt. Wer sie bringen sollte, verweigert sie; wer sie wünscht, bringt sie ab. . . . Noch hat es keine andre Macht im Staate gegeben als die Gewalt.“

Und wie heute die herrschenden Parteien den Umsturz, d. h. die Erziehung der kapitalistischen durch die socialistische Gesellschaftsordnung als kulturfeindlich erklären, so ist bisher jeder Wechsel der gesellschaftlichen Lebensformen, jeder Uebergang zu neuen höheren Stufen von den an der Erhaltung des Bestehenden interessierten Klassen als die Vernichtung jeglicher gesellschaftlicher Ordnung, als die Rückkehr zur Unkultur demünzert worden, ohne daß bisher diese Prophezeiungen sich erfüllt hätten. Vielmehr spros alsbald nach Abschaffung der Fesseln neues Leben empor. Und nicht nur kleine Geister, oft die Größten der Geschichte vermochten, wenn sie die Vorrechte ihrer Klasse bedroht sahen, nicht zu fassen, daß es nach Abschaffung dieser Vorrechte noch eine Kultur geben könnte. Bekannt ist, daß selbst Aristoteles die Sklavenvirtschaft als unentbehrliche materielle Grundlage des Staates und der Gesellschaft erklärte und sich einen Kulturstaat ohne Sklaverei nicht zu denken vermochte. Was Wunder, wenn auch, entsprechend dem Abstand zwischen den beiden Gehirnen, ein Eugen Richter nicht zu fassen vermog, daß es einmal eine Gesellschaft ohne das heutige Lohnsystem geben könne und er die heutige socialistische Kulturbewegung, die gewaltigste der neueren Zeit, an den zu kurzen Nachköden der Strampel-Annie scheitern läßt.

So ist alle sociale Entwicklung bisher ein stetiger Umsturz alter Gesellschafts- und Staatsformen gewesen; ein stetiges Vorgehen und Neuersehen. Aber für die neueste Phase der socialen Entwicklung, für die kapitalistische Wirtschaftsweise, die in ihrer heutigen Form als maschinelle Großproduktion in Deutschland kaum auf ein Jahrhundert zurückblicken vermog, soll dieser Wechsel nicht gelten. Sie ist nach der Logik der sogenannten „Staatsbehaltenden“ ein Uebelthier, das vielleicht erweitert und vertieft werden, das aber durch eine höhere Wirtschaftsform nicht ersetzt werden kann. Mit dieser Form hat nach ordnungsparteilicher Geschichtsauffassung die Entwicklung ihr Endziel erreicht, über das hinaus es, trotz all des menschlichen Elends und Jammers, das unter dieser Wirtschaftsweise sich täglich mehrt und häuft, keinen Aufstieg zu andern gearteten Entwicklungsstufen mehr giebt. Köpfen, in welchen sich eine derartige alberne Geschichtsauffassung eingenistet hat, muß natürlich jede Betrachtung der kapitalistischen Wirtschaft als einer bloßen Episode im Entwicklungsgang der Menschheit als ein Frevdel an der bestehenden „heiligen Ordnung“ erscheinen, der nur der Fribolität entspringen kann. Und doch sind nicht die Socialisten, die unter Beachtung der Lehren der Geschichte die Zeichen der neuen Zeit zu deuten und dem anschwellenden Strom der Gegenkräfte den Weg zu bahnen suchen, die Umstürzler, sondern jene, die diesen Strom zurückzustauen suchen, und die damit, wenn ihnen ihr Werk gelänge, doch nichts andres erreichen würden, als daß die aufgestaute Flut desto gewaltsamer sich Bahn bricht, und manches mit

Hintergeschwemmt, das andernfalls vielleicht stehen bliebe. Angesichts der Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Reichs- und Landtagen, ihrem fortgesetzten Bemühen, sukzessive der neuen Wirtschaftsordnung zum Durchbruch zu verhelfen, das Hineinwachsen der alten in die neuen Verhältnisse zu fördern, ist die Behauptung vom frivolen Spiel der Sozialdemokratie mit der Gewalt nichts als eine freche Lüge zum Zweck der Wahltäuschung. Die Umstürzler sind jene, die in kindischem Unterfangen dem Weltentrad in die Speichen zu greifen suchen, die, wie die Konserverativen und Ultramontanen, dem Vormarsch zu stolzeren Höhen die Mühsche zu überleben mittelalterlichen Lebensformen entgegenstellen: zur ständischen Verfassung, zur Herrschaft des Grundbesitzes, zur Allmacht der Kirche, zu den Staatsgrundgesetzen des heute noch als höchste katholische Autorität verkündeten Thomas von Aquino: „Bauern, Handwerker und Arbeiter sind notwendig im Staate (nämlich als Arbeitende für die Besitzenden); aber sie sind durchaus keine Teile des Staates.“

Doch mögen die „staatsbehaltenden“ Parteien glauben, daß die Entwicklung sich aufhalten oder zu längst überschrittenen Gesellschaftsformen zurückwenden läßt; uns giebt die Thatsache, daß bisher die Menschheit in stetigem Ringen von den primitivsten Anfängen höher und höher emporgestiegen ist, die frohe Gewißheit, daß auch die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung, richtiger Anordnung, mit ihrer Ausbeutung der Masse zu Gunsten weniger nur eine Etappe in Entwicklungsstadien ist, zeigen sich doch bereits hier und dort die ersten Keimknospen und Blüten einer herannahenden besseren Zeit. Diese auf den Lehren der Geschichte beruhende Erkenntnis stärkt nur den Mut. Mögen auch noch manche Hindernisse uns entgegenstehen; es geht doch vorwärts zu sonnigeren Höhen — unser Werk die Welt trotz alledem! Aber ohne Kampf kein Sieg. Der Maientag, der heute im Frühlingsschnee hereingebrochen ist, er soll aus neuermaßen ernstes Gelübde hören, daß wir in den kommenden Kämpfen fest im Rücken stehen wollen, um den Boden vorzubereiten für ein späteres, glücklicheres Geschlecht.

Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird. Karl Marx.

Der Achtstundentag und der „wahre“ Arbeiterschutz.

Die Arbeiter der ganzen Welt sind sich einig darüber, daß von allen Forderungen des staatlichen Arbeiterschutzes die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, der Achtstundentag, die wichtigste sei. Die unzureichenden Wohnungs- und Ernährungs-Verhältnisse, die neben übermäßiger Ausnutzung der Arbeitskraft die Hauptquelle für die Leiden und die kurze Lebensdauer der Arbeiter bilden, könnten vom kapitalistischen Staate nicht anders beseitigt werden als durch Maßnahmen, durch die sich der Kapitalismus selbst aufhebt. Innerhalb des Klassenstaates kann nur eine dieser Quellen verschüttet werden. Der Gedanke des Normal-Arbeitstages läßt sich durchführen als ein Kompromiß, das der Kapitalismus notgedrungen mit dem vordringenden Geiste des Sozialismus schließt.

Hört man freilich die bürgerlichen Gegner der Sozialdemokratie, die nach dem wertvollen, aber viel befehdeten Gesandnis des Grafen Posadowsky die eigentliche Arbeiterpartei ist, so möchte man glauben, daß jene Parteien der Frömmigkeit, der „Bildung und des Besitzes“ nichts Wichtigeres zu thun haben, als sich um die Fürsorge des Staates für die Arbeiterschaft auf das angelegentlichste zu bemühen. Umgekehrt sei die Sozialdemokratie, als der Geist, der stets verneint, immer darauf aus, die bürgerlichen Parteien in der Behütung ihres Wohlwollens zu stören.

In das Nebelgewirr solcher Wahllügen leuchtet heute die aufgehende Sonne des ersten Mai hinein. Der erste Mai ist in seinem Wesen eine laute Bejahung des staatlichen Arbeiterschutzes, d. h. des wirklichen und wirksamen Arbeiterschutzes, dessen Kardinalforderung die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages ist und bleiben wird.

Die staatliche Sozialpolitik hat sich, trotz der berühmten Theorie des Reichskanzlers vom „socialen Ausschlag“, die Hebung der allgemeinen Lebenshaltung bisher niemals noch zum Ziele gesetzt. Sie beschäftigt sich mit Kranken, Invaliden, Frauen, Kindern und den Arbeitern bestimmter, besonders gesundheitsgefährdlicher Betriebe, niemals aber mit der Arbeiterschaft als einem Ganzen. Ihre Leistungen stehen aber in unmittelbarer Beziehung zur allgemeinen Lage des Arbeiterstandes. Nicht nur, daß die Leistungen der Arbeiterversicherung von ihr unmittelbar abhängig sind, auch alle Gesundheitsgesetze hängen in der Kraft ihrer Ausführung von diesem allgemeinen Faktor ab. Denn die allgemeine Mißgunst der Erwerbsverhältnisse bietet für die Einzelnen einen ständigen Anreiz, durch Hintansetzung ihrer Lebensansichten und ihrer Gesundheit ihr Einkommen zu verbessern. Niemand bestreitet, daß eine ausreichende Kranken- und Invalidenversicherung notwendig ist. Aber wertvoller als die Versicherung gegen Krankheit und Invalidität ist die Vermeidung ihres häufigen oder frühzeitigen Eintrittes.

Alles Fiktorwerk der staatlichen Sozialreform hat an der Thatsache nichts zu ändern vermocht, daß es noch immer zwei Nationen giebt: eine langlebige und eine kurzlebige. Eine, die in der Lage ist, sich mit ansehnlichem Erfolge gegen Krankheitskeime zu schützen, eine zweite, die den Verwüsten der Seuchen, zumal der Schwindsucht, in Häusern unterliegt. Eine, die höchstens durch Elementarereignisse oder bei Rennen verunglückt, und eine andre, der die Arbeit alle Tage tausend Wunden schlägt.

Die einzige im Kapitalistenstaate mögliche Maßnahme des Arbeiterschutzes, die kein äußerlich aufgetriebenes Pflaster, sondern ein tiefgreifendes inneres Heilmittel darstellt, ist die allgemeine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf ein der Volksgesundheit nicht unzutragliches Maß. Sie soll den Arbeitern Gelegenheit geben, ihre physischen Kräfte wieder auszureichen zu ersehen und alle menschlichen Fähigkeiten über das trockene Einertei ihres Erwerbsebens hinaus zu entwickeln.

Doch wozu Worte verlieren über eine Forderung, die so natürlich und so selbstverständlich ist, und für die neben allen Gründen auch die Thatsache spricht, daß die denkende Arbeiterschaft der ganzen Welt auf sie eingeschworen ist. Der beste Sachverständige auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bleibt doch die ungeheure Masse der Arbeiter selbst. Das elementare Empfinden, das sich in dem millionenfach tönenden Murren nach dem Achtstundentag ebenso, wie in allen kleinen und

kleinsten Kämpfen der Werkstatt auslöst, weist dem ehrlichen Sozialpolitiker die Richtung, in der er gehen muß, wenn anders nicht alles, was er bietet, Stückwerk oder Flickwerk bleiben soll.

Die einzige Partei des deutschen Reichstages aber, die für den gesetzlichen Achtstundentag eintritt, ist die Sozialdemokratie. Auch zu Beginn der letzten Legislaturperiode hat sie neuerdings einen Antrag gestellt, der die Erfüllung dieser Arbeiterforderung bezweckt. Vergeblich! Der Antrag kam als solcher gar nicht einmal zur Verhandlung. Man hätte eben Wichtigeres zu thun. Siehe Militärvorlage, Flottenvorlage, Fleischbeschaugesetz, Brotwuchertarif u. dgl. mehr!

Wäre aber der Antrag der Sozialdemokratie vor diesen vielbeschäftigten wahren Arbeiterfreunden zur Verhandlung gekommen, so hätte er zweifellos dasselbe Schicksal erlitten, wie seine Vorgänger, er wäre einmütig gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt worden. Für die Konserverativen gilt die unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit aller Arbeiter, die in der Landwirtschaft oder den Zunftgewerben beschäftigt sind, als unumstößlicher Glaubenssatz. Die Antifemiten vertreten den untergehenden Kleinmeisterstand, der nur durch übermäßige Ausnutzung gekaufter Arbeitskräfte seine Konkurrenzfähigkeit erhalten zu können glaubt. Die nationalliberale Arbeitgeberpartei schwört auf die „Freiheit“ des Arbeitsvertrages, die den erwachsenen männlichen Arbeiter grundsätzlich im Gebrauch seiner Arbeitskraft nicht einschränken will.“ Ueber die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentages schreibt das „Politische Handbuch für nationalliberale Wähler“:

„Eine ganz andre Auffassung vertritt natürlich (!) die Sozialdemokratie; sie verlangt einen allgemeinen gleichen Maximalarbeitszeit, nicht weil es wider die Gesundheit wäre, über acht Stunden hinaus zu arbeiten, sondern weil nach ihrer Auffassung jedermann mit dem Anspruch geboren ist, acht Stunden zu ruhen und acht Stunden zu genießen — sei es das Familienleben oder der Umgang mit Fremden oder was eben jeder als Genuß verstehen will.“

Das ist der gehässige Blödsinn der Unternehmerrhetorik, die Arbeiter wollten ihre freie Zeit „verkaufen“, nur in parlamentarische Formen gekleidet.

Ein anderer „wahrer Arbeiterfreund“, Eugen Richter, schreibt höhnisch in seinem freisinnigen WGBuch:

„An sich erscheint . . . das Herbeistimmen eines Achtstundentages gar nicht verwerflich, ebensowenig wie die Erfüllung des bekannten Spruches, daß jede Haushaltung am Sonntag ein Huhn im Topfe haben möge. Man könnte, wenn es nur auf das Wünschen anläme, allen Menschen noch sehr viel Gutes und Schönes gönnen und die Erfüllung dieser Wünsche als einen Fortschritt der Kultur anerkennen.“

Das soll wichtig sein, ist aber nichts als das traurige Geständnis der politischen Impotenz. Der Reichstag kann nicht beschließen, daß jeder am Sonntag ein Huhn im Topfe haben solle, wohl aber kann er den gesetzlichen Normalarbeitszeit beschließen. Die „rauhe Wirklichkeit“, über die der freisinnige Arbeiterfreund seufzt, besteht nur in den Wünschen der kapitalistischen Klasse, in deren Vorn er ebenso steht wie jedes andre Mitglied jeder andern bürgerlichen Partei.

Von allen wahren Arbeiterfreunden der wahrste ist das Centrum. Aber auch das Centrum will vom gesetzlichen Achtstundentag nichts wissen, sondern es vertritt nur auf dem Papier den zehnjährigen Normalarbeitszeit, den es aber wieder mit so vielen Ausnahmen durchlöchern möchte, daß von ihm nichts übrig bleibt. Auch mit diesem zehnjährigen ist das Centrum erst bei der letzten Etatsberatung angerückt; vordem wollte es nur von einem tausendfach durchbrochenen Elftundentag etwas wissen. Der neue — durch die Wahlen veranlaßte — zehnjährigenantrag des Centrums wurde auch nur als unschädliche Resolution eingebracht; bei dieser Gelegenheit konnte denn auch unsere Forderung begründet werden. Wäre es der regierenden Partei erst mit ihrer Forderung, so könnte sie ihr mit Leichtigkeit zum Durchbruch verhelfen. Als katholische Arbeitervereine seiner Zeit in einer Petition vom Reichstage die Einführung des gesetzlichen zehnjährigen für die Textilindustrie verlangten, und selbst ein Dabach als Referent die Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler „zur Berücksichtigung“ verlangte, ließ ihn seine eigne Forderung schmählich im Stiche.

Dieselben Parteien aber, die dem Arbeiter keine Zeit — weder zum Ruhen noch zum Genießen, am allerwenigsten aber zum Denken — gewähren möchten, erklären jetzt im Wahlkampf mit eiserner Stirne, daß sie die wahren Freunde des Arbeiterschutzes, die Sozialdemokraten aber dessen geschworene Feinde wären. Denselben Parteien stehen Haß, Angst und Wut auf die Stirne geschrieben, wenn sie am ersten Mai die Arbeiter für die grundlegende Forderung allen Arbeiterschutzes demonstrieren sehen.

Sie können wohl Sozialreform treiben, so lange sie den Unternehmern oder doch wenigstens nicht ihrer Klasse allzu beschwerlich ist. Dazu sind sie gezwungen im Interesse der Kapitalistenklasse selbst, die nur mehr durch kleine Zugeständnisse ihr politisches Herrschaftsgebiet erhalten zu können hofft. Wo aber, wie in der Frage des Achtstundentages, das Interesse der ganzen Arbeiterschaft dem Interesse der ganzen Unternehmerrasse in Auge gegenübersteht, ist für die bürgerlichen Parteien die Entscheidung von vornherein gegeben.

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt kann die Durchführung ihrer Forderung, des gesetzlichen Achtstundentages von keiner andern Partei erwarten, als von jener, die Fleisch von ihrem Fleische ist. So wird diesmal der Demonstrationstag der proletarischen Achtstundentagforderung in Deutschland zugleich ein Rüsttag für den Wahlkampf. Für die „wahren Arbeiterfreunde“ des reaktionären Klüngels ist die jährliche Wiederholung dieses dringendsten Arbeiterwunsches die ewige Quelle ihres Mißvergnügens. Das wahre Wesen der „wahren“ Arbeiterfreundschaft — die Raisonnie bringt es an den Tag!

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist. Karl Marx.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. April.

Reichstagsbericht.

Der Reichstag hat seine Arbeiten heute in zwei Sitzungen beendet, die in der Hauptsache der Erledigung der Krankenkassen-Novelle gewidmet waren. Das Ende dieser Session ist nicht herangekommen, ohne unserer Fraktion noch einen großen Triumph zu bereiten. Ihrer ausgezeichneten parlamentarischen Taktik ist es gelungen, die regierende Partei, das Centrum, zu zwingen, in einer für die Selbstverwaltung der Krankenkassen bedeutsamen Frage nach-

zugeben und im letzten Augenblick dazwischen zu willigen, daß der Vorlage einige Gitzsähe gezogen wurden, die auf sein Bestreben in der zweiten Lesung eingefügt waren. Bekanntlich hatte unsere Fraktion gestern bei der Abstimmung über den § 42 und seine Verschlechterungen die Beschlußfähigkeit des Hauses durch eine namentliche Abstimmung konstatirt. Damit war der feste Entschluß ausgedrückt, daß wir die ganze Vorlage nicht passieren lassen würden, wenn den Gründen der Vernunft und Billigkeit nicht Gehör gegeben würde, die wir gegen die von der Kommission beabsichtigten Eingriffe in die Freiheit der Selbstverwaltung geltend gemacht hatten. Es war klar, daß es unter keinen Umständen der Mehrheit noch gelingen würde, ein beschlußfähiges Haus zu Stande zu bringen. Das Centrum mußte sich sagen, daß es das Scheitern der Vorlage vor seinen Arbeiterwählern zu verantworten haben würde, wenn es halbtätig auf seinem ungerechten Willen bestehen bliebe, und sein Schuldkonto ist so groß, daß es keine Vermehrung mehr verträgt. So gab man dem nach. Gestern wurde zwischen seinen Führern und uns eine Vereinbarung getroffen, die heute bei Beginn der Sitzung in die Erscheinung trat. Herr Trimborn kündigte bei Beginn der Sitzung an, daß seine Fraktion einen Zusatz zu dem § 42 beantragen würde, wonach an Stelle des Rautschudbegriffes grobe Pflichtverletzung, die die Aufsichtsbehörde berechnigen sollte, einen Vorstößen oder Mandanten seines Amtes zu entheben, der fest unrichtige Begriff einer groben Verletzung der Amtspflicht in Bezug auf die Rassenführung in das Gesetz eingeführt werden sollte. Weiter verzichtete man darauf, den famosen Absatz 7 dieses Paragraphen aufrecht zu erhalten, der auf Verreiben des Herrn v. Savigny angenommen worden war und eine von der Aufsichtsbehörde zu genehmigende Dienstordnung für die Rassenbeamten vorschreibt. Man wollte sich darauf beschränken, dies Verlangen in Form einer Resolution für eine künftige erneute Revision des Krankenkassen-Gesetzes der Regierung ans Herz zu legen. Nachdem Herr Trimborn diese Erklärung abgegeben hatte, zog Singer der Vereinbarung gemäß den Antrag auf namentliche Abstimmung über den § 42 zurück, und nun konnte die zweite Lesung des Gesetzes glatt zu Ende geführt werden. Genosse Albrecht begründete kurz unsere Verbesserungsanträge zu den noch ausstehenden Paragraphen; sein einziger von ihnen gelangte zur Annahme.

Nach einer kurzen Pause wurde dann in einer neuen Sitzung die dritte Beratung der Krankenkassen-Novelle vorgenommen. — In der Generaldiskussion that uns unser alter Freund Dr. Arendt den Gefallen, unsren taktischen Erfolg über das Centrum dik zu unterstreichen. Auch Herr Eugen Richter hatte es sich schon bei der zweiten Lesung nicht verheissen können, seinem Unwillen über diesen Sieg deutsch Ausdruck zu geben; die dankbare Rechte bewarft ihn dafür wieder mit Vorbeerkängen. Stadthagen dankte Herrn Arendt für seine unfreiwillige Anerkennung und setzte dann auseinander, welche Haltung unsere Fraktion in der Gesamtabstimmung dem Gesetz gegenüber einnehmen würde. Wenn auch dank unsrer Taktik einige der gefährlichsten Bestimmungen gefallen sind, so bleiben dennoch genug Verschlechterungen übrig, die eine Zustimmung zu dem Gesetz für die Sozialdemokratie ausschließen. Besonders in Betracht kommt hierbei der § 35, der die Kollegialität zwischen den Vorstandsmitgliedern stört, und der § 42, der der Aufsichtsbehörde das Recht giebt, einen Vorstößen auch dann aus seinem Amte zu entfernen, wenn gegen ihn nur ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung anhängig gemacht wird. Zudem erhöht die Vorlage die Beiträge für die Gemeinde-Krankenkassenversicherung und belastet dadurch zu Gunsten rassistischer Gemeinden diejenigen Arbeiter, die dieser schlechtesten Versicherungsform unterstehen. Andererseits sind die Verbesserungen, die die Vorlage enthält, von allen vorgeschrittenen Klassen, die sich sozialdemokratischer Leitung erfreuen, längst eingeführt.

Die Abstimmungen bei der dritten Beratung boten keine Ueberschlagung mehr. Programmmäßig wurde § 42 nach den Erklärungen Trimborns abgeändert, den Notau vor der Sozialdemokratie, wie Herr Dr. Arendt die Nachgiebigkeit des Centrums getauft hatte, machte die Rechte und von den Nationalliberalen die vier Ausrechten Dr. Sattler, Graf Oriola, Dr. Semler und Münch-Jecher nicht mit. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit allen gegen unsere Stimmen angenommen. Herr Dr. Arendt hatte zwar verblümt mit Bezweiflung der Beschlußfähigkeit gedroht, aber er fand schließlich nicht den Mut dazu in seiner germanischen Brust. Von den Resolutionen wurde die erste, die die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auch auf Landarbeiter, Diensthöfen und Hausindustrielle verlangt, gegen die Stimmen der Rechten, die zweite, die allerhand Wünsche für künftige Verschlechterungen der Krankenversicherungen enthält, gegen unsere Stimmen angenommen.

Dann kam der Schlußakt. Er erhielt sein besonderes Gepräge dadurch, daß unsere Fraktion sich von dem üblichen Dank an den Präsidenten der Zollmehrheit ausschloß. Sie verließ den Saal, während Graf Walldorf die übliche Ueberbrückung über die Thätigkeit des Reichstages gab. Der konservative Fraktionsführer v. Kormann dankte dem Präsidenten und der Präsident erwiderte; es war eine allgemeine Beweihräucherung. Dann verlas Graf Wilson die kaiserliche Urkunde, die den Schluß der Arbeiten des Reichstages auspricht. Der Anführer der „Woche“ stand mit seinem Apparat gerüstet in der Loge, um den historischen Moment aufzunehmen. Ein Kaiserhoch, allgemeines Händeschütteln, ein gegenseitiges Abschiednehmen, das für viele der bisherigen Volksvertreter ein endgültiges sein wird und der Rekrus war gekommen. Am haben die Wähler das Wort! —

Herrnhaus.

Das Herrnhaus hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst beraten und entsprechend den Beschlüssen seiner Kommissionen in dem entscheidenden § 4 die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Bekanntlich sollte die Ernennung der Referendare nach dem Regierungsentwurf durch die Regierungspräsidenten erfolgen, während das Abgeordnetenhaus die Ernennung in das Belieben des Ministers des Innern und des Finanzministers gestellt hat. Am Freitag muß sich nun das Abgeordnetenhaus nochmals mit der Vorlage befassen. Falls es den Beschlüssen des Herrnhauses nicht beitrifft, gilt das Gesetz als gescheitert.

Die vorausgegangene Debatte war insofern nicht ganz uninteressant, als der bekannte Berliner Universitätslehrer Professor Dr. Schmoller eine bittere Schilderung des Bildungsstrebens unsrer zukünftigen Beamten gab, die die ersten Studentenjahre verumteln, um dann kurz vor dem Examen sich die paar Kenntnisse einpaufen zu lassen. Auch über die Bevorzugung des Corpsstudententums seitens der Minister verbreitete sich Professor Schmoller in einer trotz aller professuralen Einschränkungen für das Herrnhaus immerhin anerkennenden Freimütigkeit. Herr v. Hammerstein, der Minister, blieb trotzdem dabei, daß die Corpsstudenten durch die Inzucht der Jahrhunderte die berufenen Regierer Preußens geworden seien.

Zu dem Gesetz selbst nahm das Haus noch folgende beiden Resolutionen an:

1. die königliche Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß bei der ersten Prüfung das Staats- und Verwaltungswesen und die Nationalökonomie und bei der Entscheidung über die Annahme zum höheren Verwaltungsdienste der Ausfall der Prüfung in diesen Disziplinen gebührend berücksichtigt werden; 2. die Regierung zu ersuchen, es Regierungs-Abschreibern zu ermöglichen, durch praktische Beschäftigung in Zweigen der Selbstverwaltung (Provinzialverwaltung, Landwirtschaft, Handels-, Handwerks-, Kammer usw.) sowie in geeigneten wirtschaftlichen Betrieben (Landwirtschaft, Industrie, Banken usw.) oder durch Studienreisen ihre Ausbildung zu vervollständigen.

Am Freitag steht der Antrag Ribbach betreffend die Kündigung der Handelsverträge zur Beratung.

Das Kartell des Kagenjammers.

Wer hätte sich das träumen lassen, damals, als die Kardorff, Kröcher, Wagem, Spahn, Boffermann in den wilden Dezenbertagen des parlamentarischen Staatsrechts unter gültiger Mitwirkung Eugen Richters der sozialdemokratischen Bestie den Zaum anlegten! Wie waren wir zerschmettert, völlig gebrochen, jammervolle Opfer unserer eignen Dummheit und Frechheit! So las man in der Jubelhymne der Volkswirtschaft von der „Staatsbürgerin“ bis zu Eugen Richters Organ!

Ein paar Monate sind seitdem ins Land gegangen. Und aus dem alten, toten Reichstag schleichen genüdt die Heiden und Sieger der Kardorff-Hölle; sie kriechen förmlich in den Wahlkampf, ohne Hoffnung, Ueberzeugung — ohne Wahlsparole, ein lächerliches Kartell des einen, vereinten Kagenjammers gegen den Umsturz.

Daß die Regierung die Interpellation der Motte Kardorff über die Kündigung der Handelsverträge nicht beantwortete, ist verstimmend für die Ordnungsparteien, aber sonst ohne Bedeutung.

Stärker aber ist ihnen auf die Nerven gefallen, daß der Reichstag mit einem charakteristischen Erfolg der Socialdemokratie schloß. Das Centrum hatte die Kronenaffären-Novelle verschlechtert. Die Socialdemokratie hatte es in der Hand, die Erledigung des Gesetzes zu verhindern. Das Centrum aber mochte nicht mit dem Odium in den Wahlkampf ziehen, daß seine reaktionäre Wirksamkeit das Zustandekommen des Gesetzes vereitelt habe. So gingen sie hin und hielten die Socialdemokratie um gut Wetter, indem sie auf die ärgsten Verschlechterungen Verzicht leisteten.

Ueber das „Schweineglied“ der Socialdemokratie klagt Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“:

Die Mehrheitsparteien bieten denen um Singer noch demütig einige Abschwägungen und Herr Singer wird gnädigst den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückziehen. So kommt das Gesetz zu stande, die Socialdemokraten haben zum größten Teil ihren Willen durchgesetzt, sie haben sich wieder einmal als die Herren der Lage gezeigt.

Die „National-Zeitung“ senft:

Der Schluß des Reichstages wiederholt in kurzen Zügen noch einmal schlagend das Gesamtbild, das der scheidende Reichstag Jahrelang geboten: Die durch Arbeitsunfähigkeit der Mehrheit begründete Herrschaft der Socialdemokratie.

Um die eigne Arbeitsunfähigkeit zu verdecken, hat die Mehrheit unter verlogenen Vorwänden die Geschäftsordnung zertreten und die Verfassung gebrochen. Galt alles nichts! Die Volkswirtschaft kam nicht einmal mehr mit dem K a s e n a m e z u s t a n d regieren — was doch sonst jeder Wesel vermag — sie verläßt den alten Reichstag in einer geradezu trostlosen Auflösung.

Ein symbolisches Vorzeichen für die Wahlen; dieses Kagenjammer-Kartell der Ordnung, und dieser Schlachtfeld der Umstürzler!

Deutsches Reich.

Das gemeinsame Christentum des Volkswunders. Der Vorsitzende der konservativen Landtagsfraktion Graf Limburg-Stirum ist bei den protestantischen Eiferern in den Verbänden ultramontaner Reaktionen geraten, weil er für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes und besonders weil er auf dem konservativen Delegiertentage ein Zusammengehen der Konservativen mit dem Centrum befürwortet hat.

Die „Konservative Korrespondenz“ verteidigt nun offiziell den Grafen gegen solchen Versuch. Es wird erklärt, daß Graf Limburg-Stirum jenes Zusammengehen wesentlich in den wirtschaftlichen Fragen des Mittelstandes und der Landwirtschaft, besonders ferner aber auch nur deshalb empfahl, weil es in heutiger Zeit keine, alle Vertreter des christlichen Gewandens im Reich zu sammeln, um die beiden Konfessionen gemeinsamen Interessen des Christentums wirksam zu vertreten.

Das Lustige ist, daß diese — im Volkswunder gipfelnde — Vertretung der gemeinsamen Interessen des Christentums von einem Manne besorgt wird, der bei aller „bekannten Bekanntheit“ Limburg-Stirum über sich selbst und ein — „Judenämmlung“ ist. Sollte da der Führer der Konservativen nicht berufen sein, sogar die gemeinsamen Interessen dreier Konfessionen zu vertreten?

Der „Norddeutsche Lloyd“ und die „nationale“ Arbeit. Bei Gelegenheit der Reichstagsdebatten über die Dampfersubventionen traten unsere Genossen seiner Zeit dafür ein, daß, wenn einmal die „nationale“ Arbeit mit solchen Mitteln gefördert werden sollte, dann wenigstens die subventionierten Linien auch verpflichtet würden, heimische Arbeiter zu verwenden, und nicht farbige Lohndrücker. Damals wurde vom Regierungsidee behauptet, daß der Bremer Lloyd, die Palfisch-Gesellschaft usw. Farbige — Chinesen, Malaien usw. — nur soweit beschäftigen, als dies aus hygienischen Gründen erforderlich sei. Welche vorzüglichen, u. den Dienst vor den Feuern in den Tropen nicht so gut als Farbige usw. Auf Grund dieser an sich recht zweifelhaften Behauptung lehnten die Mehrheitsparteien im Reichstage die Anregung unserer Genossen ab. In Wirklichkeit verwehrt der Bremer Lloyd Farbige auch in solchen Stellen, die mit weißen Arbeitern ohne das geringste gesundheitliche Bedenken besetzt werden könnten. So waren z. B. wir uns ein Parteigenosse auf Grund eigener Beobachtung mittel, auf dem Reichspostdampfer „Preußen“, der am 10. April in Antwerpen ankam, außer etwa 60 zwischen Heizeren noch etwa 15–20 Chinesen als Köche, Stewards der Offiziere, zu Abwascharbeiten in der Küche usw. angestellt, also durchaus zu Dienstleistungen, die als besonders schwere nicht anzusehen sind, und die deswegen auch der Europäer selbst in den Tropen leisten könnte. Und ähnlich wird es wohl auch auf den andern Reichspostdampfern sein. Hygienische Gründe können hierfür nicht angeführt werden; nur das Interesse seines Geldbeutels veranlaßt den Lloyd, auf den aus Reichsmitteln unterstützten Dampferlinien die Reichsangehörigen zurückzuführen zu Gunsten billiger ausländischer Lohndrücker. Und das heißt dann: „Schutz der nationalen Arbeit.“

Diplomatie der Monarchisten.

Gestern konnten wir berichten, wie die hellen Sachsen nur aus diplomatischer Klugheit sich als treue Monarchisten aufwießen; jetzt wird ein Diplomatensittchen mitgeteilt, wodurch die Mäcker des Königsempfanges versuchen, ihre Veranstaltung doch noch als eine freiwillige Kundgebung treuer Patriotenherzen erscheinen zu lassen. Es wird folgendes Schriftstück des Damenkomitees veröffentlicht:

Dresden, am 20. April 1903. Infolge Ihrer freundlichen Anmeldeung überreichen wir beigefügt eine Schleiße als Legitimation zum Zutritt zu dem für die Teilnehmerinnen am Empfang

Er. Majestät vor dem Hauptbahnhofe abgeperrten Plaze. Die Schleiße ist sichtbar zu sehen. Wir erlauben uns in Rücksicht auf die verschiedenen Aeußerungen der Presse bei diesem Anlaß auszusprechen, daß unsere Aufforderung zur Teilnahme am Empfange nur die Absicht verfolgte, denjenigen Frauen Dresdens, die aus warmem und aufrichtigem Herzen ihrem König einen Willkommengruß darbringen möchten, hierzu Gelegenheit zu geben. Wir bitten daher ausdrücklich, daß solche, die nicht in dieser Gesinnung an der geplanten Huldigung teilnehmen würden, durch die gegebene Zusage sich nicht für gebunden erachten wollen.

Diese verspätete Diplomatie kann natürlich nichts an der Tatsache ändern, daß die Beamten und ihre Frauen durch ihre Dienstvorgesehen zur Teilnahme an dem Empfange veranlaßt worden sind. Offenen Zwang hat man natürlich nicht ausgeübt; es hat jedem von vornherein so freigestanden, die Beteiligung abzulehnen, wie es in diesem Schreiben jetzt nochmals ausdrücklich gesagt wird. Aber welcher Beamte, dem sein dienstliches Vorkommen sich ist, wird es wohl wagen, durch sein Fernbleiben zu dokumentieren, daß er nicht die erwartete Gesinnung hegt? Wollte man eine freiwillige Kollisionsgebung, dann mußte man es von vornherein darauf ankommen lassen, wer aus freiem Willen kommen werde. Erst die Beamten dienstlich zur Beteiligung erlitten und ihnen dann sagen, wenn sie nicht monarchisch gesinnt seien, bräuheten sie diesem Erlaß nicht Folge zu leisten, befreit die Veranstaltung nicht von dem Odium der Anstößigen Sache. In Dresden, wo man nicht einmal städtischer Straßenreiner sein darf, ohne den Eid schwur königstreuer Gesinnung abgelegt zu haben, muß eben jeder Beamte königstreu — scheinen.

Wahlstimmentausch. Bei der Wahl unseres Genossen Emmel in den sächsischen Landesausschuß ist, wie berichtet wird, der Versuch des Stimmentausches gemacht worden. Dem sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglied Wiffinger sind von einer Dame 100 M. eingehändigt worden als Abschlagszahlung auf eine Summe von 1200 M., die er erhalten sollte, wenn er gegen Emmel stimmte. Die Dame gestand zu, daß sie Geld und Auftrag von einem Herrn Jilbor Bloch erhalten habe. Dieser Herr Bloch, Bureauvorsteher der Firma Wallach u. Co. und Wallach war der demokratische Gegenkandidat Emmels. Genosse Wiffinger hat das erhaltene Geld bei der Staatsanwaltschaft deponiert. Nach § 109 des Straf-Gesetzbuchs steht auf den Kauf von Wahlstimmen in öffentlichen Angelegenheiten Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Wir sagten gestern, die Wähler Demokraten hätten sich mit ihrem Wahlprotest nur lächerlich gemacht. Das können wir nach dieser Mitteilung nicht mehr aufrechterhalten; sie haben eine ungeheure politische Korruption offenbart und sich mit Schmach bedeckt, um den Einzug des einzigen Socialdemokraten in den Landesausschuß zu verhindern.

Der Kampf um Korum. Die „Frankfurter Zeitung“ bestätigt, daß der Sekretär Dabachs nicht der Verfasser ihrer Trierer Schulartikel sei.

Ein wirklich geborener Fürst. Die Fürstin-Witwe des Hauses Stolberg-Stolberg ist dieser Tage von einem Knaben entbunden worden, nach dem Tode des Mannes, der infolge eines nicht aufgeklärten „Unfalls“ jüngst ungelommen ist. Das Kind wird nun Erbe dieses Hauses.

Die Geburt wurde in folgender Form bekannt gemacht: „Ihre Durchlaucht die Fürstin-Witwe ist heute morgen von einem Fürsten glücklich entbunden worden. Der fürstliche Kammerdirektorודה.“

Endlich ist also einmal ein Fürst tatsächlich geboren worden. Aber woran hat die Gebarme es erkannt, daß das Neugeborene ein Fürst war?

Ausland.

Frankreich.

Vorlegung des Etats für 1904. In dem heutigen Ministerrat legte Finanzminister Rouvier in großen Zügen den Haushaltsplan für 1904 dar. Er bestand darauf, daß es notwendig sei, die Ausgaben so herabzusetzen, daß jede neue Steuer vermieden werde. Nach dem Budget bereitet der Finanzminister den Entwurf eines Einkommensteuer-Gesetzes vor, welches er später vorlegen wird. Ministerpräsident Combes teilte die eingegangenen Nachrichten über die Zwischenfälle mit, welche anlässlich der Ausweisung der Kongregationen vorgekommen sind. Er erklärte, daß eine Untersuchung über die näheren Umstände eröffnet sei, unter welcher ein Journalist durch die Menge, die sich der Ausweisung der Karthäuser widersetzte, schwer verletzt wurde.

Zur Ausbreitung der Karthäuser. Die ausgewiesenen 23 Karthäuser wurden nach dem Verhör vor dem Untersuchungsrichter in Grenoble freigelassen. Sie begaben sich nach Chambéry und von dort nach Pignerol. Auf dem ganzen Wege wurden ihnen Sympathie-Kundgebungen zu teil.

Zwei Offiziere des Kavallerie-Regiments, das zur Ausbreitung der Wände kommandiert worden ist, die Kapitäne Maréchal und Colas des Francs haben ihren Abschied eingereicht.

Marseille, 20. April. Abends begaben sich 2000 Manifestanten, darunter mehrere Dodarbeiter, nach dem Kapuzinerkloster. Die Polizei schritt ein und trieb die Aufseher zurück. 15 Personen, darunter mehrere Polizeibeamte, wurden leicht verletzt.

Rußland.

Demonstration und Straßenzug in Kofow. Die letzte Demonstration in Kofow ist eine der imposantesten, die Rußland je gesehen hat. Mehrere Augenzeugen geben in der neuesten Nummer der „Nekra“ ihre Eindrücke über das Geschehnis wieder, die das folgende Bild ergeben:

Um die Demonstration erfolgreich durchzuführen, gab das Kofowter Komitee seinen Plan nur den organisierten Arbeitern und den Bekannten aus der Intelligenz der Stadt bekannt. Die Polizei war sehr überfordert, als sie plötzlich in der Sadowaja eine tausendköpfige Menge und die roten Fahnen erblickte. Das Wetter war den Demonstranten günstig. Um 3 Uhr nachmittags versammelten sich in der sogenannten „Muff“ 5–6000 Personen, die sich zu beiden Seiten dieses Amphitheaters lagerten. Die meisten waren erschienen, um öffentlichen Belustigungen zuzusehen, und hatten keine Ahnung, was vorbereitet war. Plötzlich erhob sich auf der einen Seite der „Muff“ lautes Hurra und die Menge sah, wie in der Luft drei rote Fahnen mit den Aufschriften „Hoch die politische Freiheit“, „Hoch der Arbeiter“, und „Donsker Komitee“ flatterten. Zwischen den Fahnen ward der Redner hochgehoben, der eine kurze Ansprache hielt. Die Anwesenden wurden aufgefordert, in die Stadt zu ziehen und sich an der Demonstration zu beteiligen. Die Menge antwortete mit Hurra und bewegte sich wie ein Mann unter der Anführung der organisierten Arbeiter nach der Stadt. In zehn Minuten war die Stadt erreicht und die Arbeiter zogen unter den Klängen revolutionärer Lieder in die Hauptstraße ein. Hier fand der erste Zusammenstoß mit der Polizei statt; acht Polizisten und zwei Gendarmen versuchten der Menge den weiteren Weg zu versperren, ein Polizeileutnant wollte etwas sagen, er mußte aber bald verschwinden, denn es regnete auf ihn und seine Gefolgsleute ein wahrer Steinregen nieder. Die Polizisten riefen sich nur mit großer Not und die Menge zog weiter. Die Zahl der Demonstranten war inzwischen auf 10 000 gewachsen. Ein grandioses Schauspiel: die breite und lange Sadowajastraße ist mit Menschen überfüllt, die sich langsam vorwärts wälzen; aber den Köpfen die flatternden Fahnen. Arbeiter in Feiertagskleidern, das Stadtpublikum in Hüten, Frauen aus den intelligenten Kreisen, Arbeiterinnen, Parfülier — alles das lang, phff, hieße Hurra, es lebe die Freiheit, nieder mit dem Absolutismus! Ein Vertreter der Polizeibehörde, der

benutzt wurde, mußte sogleich fliehen. Die Menge rief: „Nach dem Gefängnis, nach dem Gefängnis!“ Die Demonstranten zogen bis zu dem Stadtgarten, kehrten dann um und gingen bis zu dem Taganroger Prospekt, von wo der Zug wieder in die Sadowaja einzog. Immer neue Haufen kamen hinzu; weit und breit sah man keinen Kofalen. Die Straßen befanden sich so anderthalb Stunden vollständig in den Händen der Demonstranten; man war schon bis zu dem sogenannten großen Prospekt gekommen und unter dem Druck der Menge wollte man auch tatsächlich zu dem Gefängnis, doch hier hatte die Polizei bereits Barricaden gebaut; quer über die Straße waren mehrere Reihen von Droschken aufgestellt. Die Führer der Demonstranten zogen die Fahnen ein. Kaum war das geschehen, als man Kommandos hörte: „Blau ziehen, die Kruten hervor.“ Die Menge leistete Widerstand, es flogen Steine und Stöße, man warf den Kofalen und Polizisten Drahtseile unter die Füße, doch auf die Länge konnte man sich nicht halten, die Menge mußte fliehen. An der Ecke der Kofalenstraße wollte der Polizeileutnant Antonow einen der stehenden Demonstranten festhalten, er wurde niedergeschlagen und ist darauf im Hospital gestorben. Unter den Demonstranten giebt es ebenfalls viele Verwundete. Die Fahnen wurden gerettet, von den organisierten Arbeitern ist niemand der Polizei in die Hände gefallen, unter den Arrestierten befanden sich meistens Leute aus den Zuschauern, die den Tag darauf wieder freigelassen wurden. Nach der Demonstration wurden in der Stadt Hausdurchsuchungen vorgenommen und einige 80 Personen verhaftet.

Ausweisungen aus Finnland sind, wie Stockholm Dagblad berichtet, auch in Abro in großem Umfang erfolgt. Die Zahl der Ausgewiesenen wird auf 60 geschätzt, kann jedoch nicht genau angegeben werden. Als ein Teil der Landesvertriebenen am Montagabend mit dem Dampfer „Vore II“ abreiste, sang die Bevölkerung trotz des Verbots der Polizei: „Ein feste Burg ist unser Gott“ und „Unser Land“. Bei der Ankunft auf Mariehamn auf Åland wurden die Landesvertriebenen mit Blumen empfangen.

Weiter wird gemeldet, daß auf allen Advokatenbüros in Åbo Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden.

Amerika.

Deutsch-kanadischer Zollkonflikt. Wie aus Montreal gemeldet wird, sind zu der kanadischen Tarifnovelle Ausführungsbestimmungen erlassen worden. Vorbedingung für die Ermäßigung vom Zollzuschlag ist danach, daß die Ware vor dem 1. Juli in Kanada eintrifft und einlariert wird und daß das Geschäft mit dem deutschen Exporteur vor dem 17. April perfekt war. In England veredelte Waren werden, wenn sie dem Wert nach mehr als zur Hälfte deutsches Produkt sind, nicht mehr unter dem Preferentialtarif eingeführt, sondern zahlen die allgemeinen Sätze und den Zuschlag.

Sociales.

Betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Bleifarben- und Bleiglanzfabriken hat der Bundesrat unter dem 8. Juli 1898 eine Verordnung erlassen, wonach jugendliche Arbeiter in derartigen Anlagen gar nicht, Arbeiterinnen nur in solchen Räumen und bei solchen Verrichtungen beschäftigt werden dürfen, welche sie mit schädlichen Produkten nicht in Verbindung bringen. Dieses Verbot, welches bis zum 1. Mai d. J. Gültigkeit hatte, ist vorläufig bis zum 1. Juli 1903 verlängert worden. In diesem Jahr dürfen dann die neuen, erweiterten und verschärften Bestimmungen in Kraft treten, die gegenwärtig im Bundesrat durchberaten werden.

Das Verbot des Zwischenschleifer-Systems bei der Herstellung von Cigaretten, das leider nur für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gilt, und die in derselben Bundesrats-Verordnung ausgesprochenen Anordnungen getrennter Aborte sowie Aus- und Ankleideräume für Cigarettenfabriken, ist durch Beschluß des Bundesrats bis zum 1. Mai 1905 verlängert worden.

Die Geschäftsstelle der Ortsklassen in Mühlhausen erklärt, daß es ihr gelungen sei, von außerhalb ärztliche Hilfe zu schaffen, um für die schwersten Fälle von Erkrankungen den Mitgliedern ärztlichen Beistand zu gewähren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine neue Aussperrung in Sicht.

Seelehmünde, 30. April. (B. Z. B.) Auf Ledlendorfs Schiffsverwerf wurde heute 1000 Arbeiter zum 14. Mai geländigt, weil der Arbeiterausschuß sich weigerte, eine im hiesigen sozialistischen Blatte veröffentlichte Warnung vor Zuzug von Werftarbeitern zurückzunehmen.

Klassenjustiz.

Halle, 30. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Reichsgericht in Leipzig verwarf die Revision gegen das Urteil vom 22. Dezember 1902, nach welchem der Redakteur Däumig vom „Volkblatt“ wegen Verleumdung des Bohrens Pöpping ein Jahr Gefängnis verbüßen soll.

Englisches Unterhaus.

London, 30. April. Unterhaus. (Fortsetzung.) Gibson-Bowles (L.) fragt an, ob im Hinblick auf die im Artikel 9 der Haager Konvention enthaltene Empfehlung, daß internationale Streitigkeiten, die einer verschiedenen Art der Lösung bedürftig sind, einer internationalen Untersuchungskommission zu überweisen seien, die Regierung erwägen wolle, ob es sich empfehle, der russischen Regierung vorzuschlagen, daß die schwebenden Fragen betreffend die Mandchurei, Persien, Afghanistan und die Dardanellen der Aufklärung des Haager Schiedsgerichtshofes unterbreitet werden.

Premierminister Balfour erwidert hierauf: Die englische Regierung hegt zwar den Wunsch, sich die durch die Gründung des Haager Schiedsgerichtshofes für die internationalen Beziehungen geschaffenen Vorteile auszukosten zu sehen, wie wir glauben aber nicht, daß irgendwelche der gegenwärtig zwischen uns und Rußland schwebenden Fragen von der Art sind, welche der Schiedsgerichtshof entsprechendweise behandeln könnte.

Gibson-Bowles entgegnet, seine Anfrage habe speziell auf die in der Konvention erwähnte Einigung einer internationalen Untersuchungskommission Bezug genommen.

Hierauf sagt Balfour: Ich würde diesen Punkt wohl, denke aber nicht, daß durch ihn die in meiner ersten Antwort angegebene allgemeine Politik abgeändert wird. In Verantwortung einer Anfrage, die Rutschwang-Angelegenheit betreffend, erklärt der Unterstaatssekretär des Außenministeriums, die Regierung sei unterrichtet, daß die vom Reich der Kaiserlichen Chinesischen Seepoll-Verwaltung erhobenen Forderungen nach Abzug eines für die Unterhaltung der Zollbehörden nötigen Beitrages an die russisch-chinesische Bank als Guthaben der chinesischen Regierung eingezahlt werden. Er erfährt ferner, daß die russischen Behörden den Anspruch erheben, von diesen Geldern denjenigen Betrag abzugreifen, welcher von ihnen für die Wiederinstandsetzung der Rutschwang-Schanghaiwan-Gisenbahn ausgegeben wurde. Es würden weitere Erhebungen angestellt, ob durch eine dahingehende Vereinbarung die Sicherheit der Interessen der Wandsinhaber gefährdet werde.

Budapest, 30. April. (B. Z. B.) Der Finanzminister hat die Anordnung erlassen, die Einführung der öffentlichen Steuern von morgen ab einzuführen.

Konstantinopel, 30. April. (B. Z. B.) Bei der Sprengung der Zitate der Ottomanischen Bank in Saloniki sind auch mehrere Deutsche, die neben der Ottomanischen Bank ihr Kapital haben, verletzt worden.

Reichstag.

301. Sitzung. Donnerstag, den 30. April 1903, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowski. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der Krankenkassennovelle.

Vor der namentlichen Abstimmung über § 42, bei welcher sich geltend die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab, wiederholt wird, erhält das Wort zur Geschäftsordnung:

Abg. Trimborn (C.): Ich habe namens meiner Freunde eine Erklärung abgegeben, welche möglicherweise die Erledigung der heutigen Tagesordnung wesentlich erleichtern wird. Ich habe den verehrten Herren anzuhändigen, daß wir in dritter Lesung zu § 42 einen Antrag einbringen und auch mit unsern Stimmern unterstützen werden, wonach die Worte „grobe Pflichtverletzung“ durch die Worte „grobe Verletzung der Amtspflicht in Bezug auf die Kassensführung“ ersetzt werden sollen. Einer näheren Begründung dieses Antrages enthalte ich mich, weil dies im Rahmen einer Geschäftsordnungs-Debatte nicht zulässig sein würde. Ich motiviere daher auch nicht unser Vorgehen bezüglich dieses Antrages. Weiter habe ich zu erklären, daß wir in der dritten Lesung für den Fall, daß von irgend einer anderen Seite die Streichung des Absatzes 7 des § 42 in der Kommissionsfassung bezüglich der Dienstordnung beantragt werden sollte, einem solchen Antrag zustimmen würden. Auch dies Vorgehen kann ich jetzt nicht näher erläutern. Ich bemerke nur, daß dieser zweite Schritt geschieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses.

Abg. Richter (fr. Sp., zur Geschäftsordnung): Ich verkenne durchaus nicht die wohlmeinende Absicht des Herrn Vordreders, aber ich möchte mich doch für die Zukunft dagegen verwahren, daß mitten in der Abstimmung solche Erklärungen abgegeben werden. (Lebhafte sehr richtig! rief.)

Präsident Graf Balkeström: Ich stelle fest, in welchem Stadium sich die Verhandlungen zuletzt befanden. Die Diskussion über § 42 war geschlossen, die Abstimmung über die einzelnen Absätze derselben hatte stattgefunden. Der Herr Abg. Singer hatte beantragt, über den ganzen § 42 namentlich abzustimmen. Dieser Antrag war genügend unterstützt. Während der namentlichen Abstimmung stellte sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus. Wir befinden uns daher gegenwärtig wieder in dem Stadium vor dem Beginn der namentlichen Abstimmung. (Sehr richtig!)

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, nachdem der Herr Abg. Trimborn namens seiner Freunde die eben gehörte Erklärung abgegeben hat (Lachen rechts) und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß meine Freunde und ich uns bei der dritten Beratung alles vorbehalten für den Fall, daß der von Herrn Trimborn angelegte Antrag und der von anderer Seite zu stellende Antrag in der Spezialberatung nicht angenommen werden sollten, unter diesem Vorbehalt bitte ich den Herrn Präsidenten, die Zurückziehung des Antrages auf namentliche Abstimmung, die ich hiermit aus spreche, als zulässig zu erklären.

Präsident Graf Balkeström: Da die namentliche Abstimmung noch nicht begonnen hat, so habe ich kein Bedenken, die Zurücknahme des Antrages auf namentliche Abstimmung zuzulassen. In analogen Fällen ist auch früher immer so verfahren worden. — Ein Widerspruch gegen diese Erklärung wird nicht erhoben, wir stimmen also über den § 42 ab.

§ 42 wird hierauf in der durch die gestern angenommenen Anträge v. Savigny (C.) und Lenzmann (fr. Sp.) veränderten Kommissionsfassung angenommen. Dagegen stimmt die gesamte Linke.

Auf Antrag Albrecht (Soc.) wird die Diskussion über die §§ 43, 46, 47, 60 und 73, zu denen socialdemokratische Änderungsanträge vorgelegt, verbunden.

Zu § 43, der von der Errichtung gemeinsamer Orts-Krankenkassen handelt, stellen die Socialdemokraten einen Antrag, der den Kassen das Recht einräumt, größere Verbände zu gründen. Im § 45 beantragen die Abg. Hofmann-Dillenburg (natl.), Trimborn (C.), Camp (Rp.) und v. Richthofen (L.) eine Preisbeschränkung von vier Wochen einzufügen, innerhalb welcher Frist eine Klasse Verfügungen der Aufsichtsbehörde im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens anfechten kann, die sich auf Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften beziehen.

Zum § 46 beantragen die Socialdemokraten eine Änderung, die eine Folge der von ihnen zu § 43 beantragten Änderung ist.

§ 47 handelt von der Entlassung einer Orts-Krankenkasse und bestimmt, daß diese erfolgen muß, wenn sich aus den Jahresabschlüssen ergibt, daß die gesetzlichen Mindestleistungen auch nach Erhöhung der Beiträge auf 4 Proz. (bisher 3 Proz.) nicht gedeckt werden können.

Die Socialdemokraten beantragen diese Erhöhung auf 4 Proz. zu steigern.

Im Absatz 4 des § 47 wird bestimmt, daß die versicherungspflichtigen Personen einer geschlossenen Orts-Krankenkasse einer anderen Orts-Krankenkasse oder der Gemeindeversicherung zu überweisen sind. Die Socialdemokraten beantragen die Ueberweisung an die Gemeindeversicherung zu streichen.

§ 60 setzt die Mindestzahl der Arbeiter in einem oder mehreren Betrieben, für die ein Unternehmer eine Betriebs-Krankenkasse errichten darf, auf 50 fest.

Die Socialdemokraten beantragen, die Mindestzahl auf 500 zu erhöhen.

Schließlich beantragen die Socialdemokraten in § 73, der von den Leistungen der Junger-Krankenkassen handelt, auch die Bestimmungen des § 50 des Gesetzes mit aufzunehmen, wonach Arbeiter, die aus Verbot oder Fahrlässigkeit die Anmeldung unterlassen haben, alle Aufwendungen zu ersetzen haben, die eine Gemeinde- oder Orts-Krankenkasse für die nicht angemeldete Person geleistet hat.

Abg. Albrecht (Soc.) begründet die socialdemokratischen Anträge. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Schranken zu beseitigen, die jetzt noch der Bildung größerer Kassenverbände entgegenstehen. Dadurch werde die Leistungsfähigkeit der Kassen ungemein erhöht. — Im § 47 empfehle ich die Streichung der Erhöhung von 3 auf 4 Proz. Gerade die mindertwertigen Kassen würden sich die Möglichkeit einer Beitragserhöhung zu Nutzen machen, ohne ihre Leistungen entsprechend zu erhöhen. — Die Ueberweisung der Mitglieder einer aufgelösten Orts-Krankenkasse auch an die Gemeindeversicherung geht zu weit und muß gestrichen werden. Sämtliche Parteien haben anerkannt, daß die Gemeinde-Krankenkassenversicherung minderwertig ist. — In § 60 wollen wir die Mindestzahl der Arbeiter, für die eine Betriebs-Krankenkasse gegründet werden darf, auf 500 erhöhen. Wir haben mit den Betriebs-Krankenkassen teilweise recht schlechte Erfahrungen gemacht. Heute kann ein Arbeitgeber bereits mit 50 Arbeitern eine solche Kasse errichten. — Den Junger-Krankenkassen wollen wir das in der Novelle in § 73 gewährte Privilegium nicht gewähren. Wir glauben, daß den Junger-Krankenkassen nicht ein solches Privilegium einräumen dürfen, ein Privilegium gewährt ist, das ihnen gar nicht zukommt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Weiter möchte ich den Staatssekretär bitten, Wesenheiten der Orts-Krankenkassen gegen Uebergriffe der Junger-Krankenkassen immer sofort zu erledigen. Vorhergen hat ein solcher Streit sich länger als ein Jahr hingezogen. Ich bitte unsere Anträge anzunehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Thiels (Soc.) befragt nochmals den socialdemokratischen Antrag zu § 60. Es möchte bestimmt werden, daß Weiter, für deren Branche eine Orts-

Krankenkasse besteht, der Orts-Krankenkasse und nicht der Betriebs-Krankenkasse beizutreten haben. Die Betriebs-Krankenkassen haben sich nicht lebensfähig gezeigt. Ihre Mitgliederzahl ist im Gegensatz zu der Mitgliederzahl der Orts-Krankenkassen zurückgegangen.

Abg. Hofmann-Dillenburg (natl.) befragt die Annahme seines Antrages, den Abg. Stadthagen (Soc.) bekämpft.

In der Abstimmung werden die socialdemokratischen Anträge sämtlich abgelehnt, der Antrag Hofmann-Dillenburg gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. § 45 wird mit dieser Änderung angenommen, ebenso der Rest des Artikels I und der Artikel II.

Als Artikel IIa beantragen die Abg. Albrecht (Soc.) und Genossen einen Passus, durch den auch die Kranken-Unterstützung der Seelenute von 13 auf 28 Wochen erweitert wird.

Abg. Stadthagen (Soc.) begründet kurz den Antrag. Es sei kein Grund vorhanden, erst noch eine Novelle zur Seemanns-Ordnung abzuwarten und so lange die Seelenute der Wohlthat der verlängerten Krankenunterstützung zu berauben.

Geheimrat Dr. v. Guden-Abdenhausen: Der Herr Staatssekretär hat bereits bei der ersten Lesung der Novelle erklärt, daß dieser Antrag unannehmbar sei, da das Krankenversicherungs-Gesetz auf ganz andere Grundfragen basiert ist wie die Seemanns-Ordnung. Es ist aber feierlich versprochen worden — und ich habe den Antrag, das zu wiederholen — daß, nachdem diese Novelle verabschiedet sein wird, die Seemanns-Ordnung in dieser Hinsicht der Krankenversicherung angepaßt werden wird.

Der Antrag Albrecht wird hierauf abgelehnt und der Rest der Vorlage unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Die Abstimmung über eine von der Kommission beschlossene Resolution, die die Ausdehnung der Krankenversicherungs-Versicherungspflicht auf die Hausindustrie, die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie auf die Dienstboten will, wird bis zur dritten Lesung angelegt.

Angenommen wird folgende Resolution:

Die Regierung wird ersucht:

a) dem Reichstage thunlichst bald, wenn möglich in der nächsten Session, einen Gesetzentwurf zum Zwecke einer eingehenden und gründlichen Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes vorzulegen;

b) in Vorbereitung dieser Vorlage werden Vorschläge der Krankenkassen, so auch den Vertretern des Kassen- und Apothekerverstandes Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anschauungen und Wünsche zu geben und diesen so weit als möglich gerecht zu werden.

c) insbesondere in eine Erwägung darüber einzutreten, ob sich nicht die Bildung von ständigen Kommissionen von ausgewählten Vertretern der Krankenkassen-Vorstände, der Ärzte und Apotheker unter einem neutralen Vorsitzenden (Obmann) empfiehlt, welchen die Regelung der künftigen Verhandlung und der Arzneiverordnung nebst Festsetzung eines Tarifs der Honorierung sowie die Entscheidung bezüglich Streitigkeiten obliegt, — mit der Maßgabe, daß alle Ärzte und Apotheker, welche sich dieser Regelung unterstellen, als Kassenärzte und -Apotheker im Sinne des Gesetzes gelten.

Abg. v. Savigny (C.) behält sich vor, bei der dritten Lesung eine Ergänzung dieser Resolution im Sinne der dann im Absatz 7 des § 42 gestrichenen Bestimmung über die Dienstordnung der Kassenbeamten zu beantragen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Balkeström benennt die nächste Sitzung auf nachmittag 1 1/2 Uhr an mit der Tagesordnung: Dritte Lesung der Krankenkassen-Novelle.

Schluss 12 1/2 Uhr.

302. Sitzung. Donnerstag, den 30. April, 1 1/2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Krankenkassen-Novelle.

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort Abg. Trimborn (C.):

Entscheidend für die Stellungnahme meiner Freunde zu der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt ist der Umstand, daß sie einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Krankenversicherung bedeutet. Eingezogen sind zunächst die Handlungsgehilfen und Lehrlinge in die Versicherung. Einen noch größeren materiellen Vorteil bedeutet die Ausfüllung der Lücke zwischen Kranken- und Invalidenversicherung. Ferner müssen jetzt bei der Festsetzung des ortsüblichen Tageslohnes auch Arbeitgebervertreter gehört werden. Weiter sind die Befugnisse der Krankenkassen, die Mindestleistung durch das Statut zu erhöhen, wesentlich vermehrt, es ist eine Säuwagenunterstützung neu eingeführt worden. Eine Verbesserung ist es auch, daß die Beiträge mit den Ärzten der Aufsichtsbehörde übergeben werden müssen. Danach ist für die Aufsichtsbehörde die Möglichkeit geschaffen, eine Zusammenstellung dieser Beiträge dem Reichstage zu übergeben. Die gefährliche Klippe ist bekanntlich der § 42, aber die einschlägigeren Politiker werden es verstehen, auch diese Klippe zu umschiffen. Es ist die Befürchtung ausgesprochen, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen zu politischen Reaktionen genötigt werden könnten. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir einen solchen politischen Mißbrauch nicht wollen. Mit wertwürdiger Gleichgültigkeit ist aber inzwischen bei uns und bei der Linken — der mittleren Linken (Heiterkeit) — das (zu den Socialdemokraten) ist die äußerste Linke — der Gedanke aufgetaucht, diese Möglichkeit dadurch zu beseitigen, daß wir ausdrücklich im Gesetze erklären, mit grober Pflichtverletzung solle nur die grobe Verletzung der Amtspflicht bei der Kassensführung gemeint sein. — Weiter habe ich schon erklärt, daß wir den Absatz 7 der Kommissionsfassung fallen lassen werden. Ich betone aber ausdrücklich und mit allem Nachdruck, daß wir nach wie vor die Abstimmung an sich für in jeder Beziehung berechtigt halten, weil den Angehörigen der Berufsständekassen der gleiche Schutz gewährt ist. Wir werden auch bestrebt sein, bei einer künftigen Revision der Krankenkassen-Gesetzgebung den Schutz der Krankenkassen-Beamten, soweit er berechtigt ist, zu erreichen. Daher hat Herr v. Savigny mit unserer Unterstützung eine Resolution eingebracht, welche die Regierung ersucht, die berechtigten Wünsche der Kassenbeamten zu erfüllen. Wenn wir jetzt den Absatz 7 fallen lassen, so geschieht das lediglich mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses, die Unmöglichkeit, das Haus auf einige Tage beschlußfähig zu halten. Würden wir auf den Absatz 7 jetzt bestehen, so würde die Vorlage scheitern und das können wir angesichts der großen materiellen Vorteile, welche sie den Millionen der Versicherten bringt, nicht verantworten. Unsere Stellungnahme ist also nichts als der Ausdruck unserer Arbeiterfreundlichkeit sowie unserer parlamentarischen Klugheit und Erfahrung. (Große Heiterkeit bei den Soc.) Wir unterliegen nicht irgend einer Partei, sondern wir unterliegen dem öffentlichen und der öffentlichen Meinung. — Unter allen Umständen werden wir für das ganze Gesetz stimmen. An die Regierung richten wir die Aufforderung, möglichst bald eine erneute Revision der Krankenversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Wünsche des Kassenstandes vorzunehmen. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Dem letzten Wunsche des Herrn Vordreders schließen wir uns an. Was den Absatz 7 des § 42 anlangt, so haben die Socialdemokraten bereits in der Kommission erklärt, daß sie bei Annahme dieses Absatzes das Gesetz zum Scheitern bringen würden, und daß es ihnen damit ernst war, haben sie gestern bewiesen, als sie namentliche Abstimmung beantragten, trotzdem die Beschlussfähigkeit des Hauses offensichtlich war. (Lachen links: Es ist auch heute beschlußfähig!) Durch diesen Zwischenruf erleichtern Sie mir es, eventuell fest-

zustellen, daß wir heute beschlußfähig sind. (Hört! hört! links.) Wir sehen in dem Abweichen von den Beschlüssen zweiter Lesung beim § 42 einen Notan vor der Socialdemokratie, und den machen wir nicht mit. Die Socialdemokratie hat sich nicht einmal mit einer einfachen Kapitalisation des Centrums begnügt, sie verlangte eine feierliche Kapitalisation, und diese wurde sogar unter Verstoß gegen die Geschäftsordnung, wie Herr Richter sehr richtig konstatiert hat, vollzogen. Gestern besand sich die Socialdemokratie in sehr ungünstiger Position. Die Arbeiterschaft hätte es, wenn das Gesetz zu Fall gekommen wäre, sehr wohl verstanden, daß der Socialdemokratie agitatorische Rücksichten höher stehen als das Interesse der Arbeiter. Aus dieser Tatsache hat Ihnen (zu den Socialdemokraten) die Regierung und das Centrum herausgeholfen. Das machen wir nicht mit. Wir werden der völkerverderbenden Socialdemokratie alle Zeit auf das festeste entgegenreten. (Ironisches Bravo! bei den Socialdem.) Leider fehlt uns in diesem Kampfe gegen den Terrorismus der Socialdemokratie eine energische Regierung. Das hat das Verprechen der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes und das neue Wahlprogramm betrieuen. (Waa! bei den Socialdemokraten.) Wir fürchten es nicht, aber es durfte nicht in diesem Moment kommen. — Wenn die Selbstverwaltung in den Kassen beschränkt wird, so ist das die Schuld der Socialdemokratie, die sie politisch andrängt, ebenso wie eine Beschränkung des Reichstags-Vorstands auch nur Schuld der Socialdemokratie sein könnte. — Für das Gesetz im ganzen werden wir auf jeden Fall stimmen mit Rücksicht auf die großen materiellen Vorteile, die es den Versicherten bietet. (Bravo! rechts, ironisches Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Köhde-Dessau (fr. Sp.):

Ich begreife das Gesetz wie die Herren Vordredner mit Freunden als eine wesentliche Verbesserung. Ich nehme an, daß die Regierung dem Kompromißantrag zustimmen wird. Der § 42, wie er in der Kommission gestaltet worden ist, hätte meinen Freunden und mir die Zustimmung zu der Vorlage sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ich danke dem Centrum, daß es uns noch in letzter Stunde entgegengekommen ist. Bei einer künftigen Novelle wollen wir den Interessen der Kassen Rechnung tragen, soweit das mit unsern allgemeinen Grundfragen vereinbar ist. Herr Arendt hat hier eine Wahlrede gehalten. Er hat von Dingen geredet, die mit der Novelle hier nichts zu thun haben. Er hat Drohungen ausgesprochen, die er am Schlusse wieder zurückgenommen hat. Das war von ihm. Ich erkenne an, daß sich die Situation seit Dezember gewaltig geändert hat. Das Centrum hat heute mit der Socialdemokratie ein Kompromiß abgeschlossen. Dasselbe Centrum, das uns gute Lehren zu geben glaubte, wenn wir mit dieser Partei paktierten. Die Drohungen, die Herr Arendt gegen die Regierung gerichtet hat, werden hoffentlich bei ihr spurlos verhallen. Sollte Herr Arendt mit seinen Verheerungen haben andeuten wollen, daß das Verhältnis zwischen der konservativen Partei und der Regierung geschnitten ist, so können wir darüber mit Gemüthsruhe empfinden, denn dann würde eine Politik getrieben werden, die nicht einzelnen Klassen sondern der Gesamtheit des Volkes, namentlich den minder Begüterten zu Gute kommt. Kommt die Vorlage hier in der Gestalt des Kompromisses zu Stande, dann kann wirklich von einem erfreulichen Abschluß der Reichstags-Verhandlungen gesprochen werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf v. Posadowski:

Ich habe zu erklären, wenn dieser § 42 in der Fassung des Antrages Trimborn zur Annahme gelangt, daß dann damit nur die Vorlage der verbündeten Regierungen angenommen wird. Diese haben niemals eine andre Absicht gehabt, als Pflichtverletzungen bei der Kassensführung selbst zum Gegenstand ihres Aufschreies zu machen. Was die zurückgezogenen Absätze anlangt, so waren dies Zusätze der Kommission, und die Regierung hat nicht die Aufgabe, Kommissionsbeschlüsse zu vertheidigen. Wenn Herr Arendt auf den Posten zurückgekommen ist, so ist diese Frage zu erst und zu acht, als daß ich jetzt darauf eingehen könnte. Es ist jetzt Sache der Exekutiv zu handeln und wie tragen die volle Verantwortung. Wir werden uns von keiner Partei irre machen lassen, das zu thun, was wir vor dem Vaterlande verantworten können. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Stidel (C.):

Eine Reihe Betriebs-Krankenkassen werden in ganz vorzüglicher Weise ihren Aufgaben gerecht. Bei andern aber sind unzulängliche Mittel vorhanden. Von den Freunden und Gegnern der Kruppischen Arbeiterkassen wird in Lob wie in Tadel über Ziel hinaushingeholfen. Die Beschwerden über die Kruppische Krankenkasse sind gering; sie beziehen sich darauf, daß die Arbeiter von der Verwaltung ausgeschlossen sind und daß keine freie Arztwahl besteht. Die Beschwerden richten sich viel mehr gegen die andern Kruppischen Kassenanstalten, besonders gegen die Pensionskasse. Pensionsberechtigt wird ein Kruppischer Arbeiter nur, wenn er 20 Jahre lang ununterbrochen auf dem Werke thätig ist. (Bei der im Hause herrschenden Unruhe bleiben die weiteren Ausführungen des Redners, die an der Kruppischen Pensionskasse eingehende Kritik zu über scheinen, auf der Tribüne unverständlich.)

Vizepräsident Wising erinnert den Redner daran, daß diese Ausführungen nicht ganz zur Sache gehören. (Abg. v. Bollmar: Es handelt sich aber doch um seinen Wahlkreis! Große Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

Ueber die Rede des Herrn Arendt haben wir uns so aufrichtig gefreut, daß wir sie eigentlich in möglichst viel Exemplaren im Wahlkampf verbreiten möchten. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Nur einen Irrtum möchte ich richtig stellen. Herr Arendt hat behauptet, in der Kommission hätten wir erklärt, wir würden das Zustandekommen des Gesetzes verhindern, wenn der § 42 nicht befreit würde. Das ist nicht richtig. Wir haben nur erklärt, daß wir die Bestimmungen des § 42 mit allen Kräften bekämpfen würden. Und dies Recht wird uns Herr Arendt wohl noch lassen müssen. Sehen wir uns die Novelle in der vorliegenden Form an, so ist festzustellen, daß alle die Verbesserungen, die sie bringt, in allen gut organisierten Kassen längst eingeführt sind. Hatte die Socialdemokratie in allen Orts-, Betriebs- und Jungerkassen in der That bereits die Leitung ganz in Händen, dann wäre dieses Gesetz überflüssig gewesen, da alle seine Vorteile bereits in den Kassen genossen hätten. Die Wählerinnen-Unterstützung ist zu meiner Freude bei allen Kassen mit Ausnahme der Gemeindeversicherungs-Kassen jetzt vorgeschrieben. Auf unser Verlangen ist die Fakultas dahin erweitert worden, daß auch Schwangeren 6 Wochen vor der Entbindung Unterstützung und ärztliche Dienste geleistet werden dürfen. Bei den Gemeindefassen sind die Wählerinnen außerordentlich benachteiligt. Obwohl im Jahre 1898 bei der halben Million in den Gemeindefassen versicherten Frauen nur eine einzige Wählerinnenunterstützung gezahlt worden ist, hat das Centrum doch unsere Anträge auf Gewährung von Wählerinnenunterstützung und Steuerbegünstigung durch diese Kassen abgelehnt, obwohl die Mittel dazu reichlich vorhanden wären. Was dem die Ausfüllung der Lücke anbelangt, so ist diese ja von uns stets gefordert worden, sie ist aber auch jetzt noch nicht vollständig erfolgt, da der Kreis der Versicherten im Invaliden- und im Krankenversicherungs-Gesetz nicht der gleiche ist. Auch ist in den §§ 6a und 6b der Gemeinde- und Orts-Krankenkassen gestatte, die Lücke gerade für die Fälle offen zu halten, in denen ihre Ausfüllung besonders wichtig wäre, nämlich für alle diejenigen, die bereits innerhalb eines Jahres 26 Wochen hindurch Krankenunterstützung bezogen haben. Das Centrum hat wesentlich dazu beigetragen, daß diese Lücke bestehen bleibt. Dabei hat man es abgelehnt, den Arbeitern irgend welchen Einfluß auf die Verwaltung der Gemeindefassen einzuräumen. Damit komme ich auf die Selbstverwaltung. Eine Ver-

Besserung, die ich nicht unterschätze, ist hier in § 45 erreicht worden, indem das Verwaltungsstreitverfahren gegen die Anordnungen der Aufsichtsbehörde für zulässig erklärt ist. Eine erhebliche Verschlechterung ist aber stehen geblieben in § 35, der den Vorsitzenden des Vorstandes verpflichtet, Beschlüsse der Kassensorgane, welche gegen die gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften verstößen, zu beanstanden. Da nach den Erklärungen der Regierung politische Nebenabsichten mit dem Gesetz nicht verfolgt werden, bitte ich dringend, diese ganz überflüssige Bestimmung, die nur geeignet ist, die Vorsitzenden aus ihrem Amte zu eksen, in der dritten Lesung zu streichen. Zur Begründung der Bestimmungen des § 42 ist auf die Verurteilung der Beamten verwiesen. Dort können allerdings die Beamten wegen gröblicher Verletzung ihrer Amtspflicht entfernt werden, aber die Entscheidung darüber steht dem Vorstande der Verurteilung zu, also einem Organe der Verurteilung selbst, hier aber geben Sie das Recht der Aufsichtsbehörde, in demselben Augenblick, wo sie einen Schutz gegen die Aufsichtsbehörde als notwendig anerkennend, das Verwaltungsstreitverfahren gegen ihre Anordnungen einführen. Wenn auch die grobe Pflichtverletzung nur auf die Kassensführung beschränkt wird, so bleiben doch in § 42 Bestimmungen bestehen, wonach jemand, der wegen politischer Vergehen verurteilt ist, nicht Vorstandsmitglied oder Kassensführer bleiben darf, während ein wegen eines solchen Vergehens Verurteilter sehr wohl Beamter der Aufsichtsbehörde sein könnte. So könnte zum Beispiel der rote Weder als Oberbürgermeister von Köln einen Kassensführer, der mit ihm zusammen seiner Zeit wegen desselben Vergehens verurteilt war, auf Grund dieser Bestimmungen seines Amtes entheben. Einen besonders erheblichen Eingriff in die Selbstverwaltung stellt ja der Absatz 7 dar, den heute noch Herr Trimbom als innerlich durchaus berechtigt hingestellt hat. Ihm sollten schon die Proteste aus den Kreisen der Beamten selbst ein besseres Befehl haben. Für eine Verringerung der Beamten innerhalb der Kassen sind wir stets zu haben. Diese wäre am besten zu erreichen durch eine größere Zentralisierung der Kassen. Daß wir bei der Unfallversicherung eine andre Stellung gegenüber den Beamten eingenommen hätten als hier, ist ein unberechtigter Vorwurf. Nach unserer Meinung haben die Verurteilten überhaupt keinerlei Existenzberechtigung. Sie machen sich an, als Behörden zu gelten, und werden vom Kammergericht als solche anerkannt. Dementsprechend haben sie ihre Beamten schlechter behandelt als der Staat irgend eine Klasse seiner Beamten. Daher war ein Schutz dieser Beamten notwendig, da sie bei den Verurteilten allein in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Ich habe mich objektiv bemüht, zu schildern, wie das Gesetz in der That aussieht, um Sie zu veranlassen, noch jetzt in der dritten Lesung die erheblichen Verschlechterungen zu beseitigen. Wir haben unsere Anträge für die dritte Lesung nicht wieder aufgenommen, wir wollen am Schlusse des Reichstages einmal das Vertrauen haben, daß Sie Ihrerseits von selbst die Verschlechterungen beseitigen werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Savigny (C.):
Da der von ihm in der Kommission beantragte Absatz 7 des § 42 falle, wolle er ihm wenigstens noch eine Thron nachweihen. (Weiterleit.) Mit der Zurücknahme habe man keinen Notau vor der Socialdemokratie gemacht, nur sachliche Gründe und die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, in deren Interesse das Zustandekommen des Gesetzes liege, seien für die Zurückziehung maßgebend gewesen. Seine Freunde stellten die Erreichung großer Vorteile für die versicherten Arbeiter höher als die Erringung einer einzelnen, wenngleich auch wichtigen Forderung.

Die Generaldebatte schließt hiermit.
Persönlich bemerkt
Abg. Dr. Arendt (Rp.): Der Staatssekretär hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte hier den Zolltarif in die Debatte gezogen. Der Staatssekretär war während meiner Rede nicht anwesend, er würde sonst die gänzlich irrige Behauptung nicht aufgestellt haben. Ich bin nur kurz auf einen von den Socialdemokraten gemachten Zwischenruf eingegangen. Dem Abg.

Stadthagen gegenüber halte ich meine Behauptung, daß in der Kommission von socialdemokratischer Seite gesagt worden ist, wenn § 42 angenommen würde, werde die Socialdemokratie das Zustandekommen des Gesetzes mit allen Mitteln verhindern. Eine ganze Anzahl Kommissionsmitglieder hat mir die Richtigkeit meiner Behauptung ausdrücklich bestätigt.

In der Specialberatung werden bei der Abstimmung die Beschlüsse zweiter Lesung überall aufrecht erhalten mit Ausnahme des § 42.
Dem § 42 wird im ersten Absatz ein Antrag Trimbom gegen die Stimmen eines Teils der Konserverativen und der Reichspartei angenommen, der dem ersten Absatz folgende Fassung giebt:

„Ist ein Vorstandsmitglied u. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt oder ist gegen eine dieser Personen auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt oder werden hinsichtlich einer dieser Personen Thatsachen bekannt, welche sich als „grobe Verletzung der Amtspflichten in Bezug auf die Kassensführung“ darstellen, so kann der Betreffende, nachdem ihm und dem Kassenvorstande Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, durch die Aufsichtsbehörde seines Amtes entzogen werden.“ (Der angeführte Passus ist an Stelle der Worte „grobe Pflichtverletzung“ getreten.)

Die weiteren Zusätze des § 42 werden gegen die Stimmen der Socialdemokraten aufrechterhalten mit Ausnahme des letzten, der eine Dienstordnung für die Kassensbeamten und ihre Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vorschreibt.

Der Antrag Wölsche-Deffau wird gegen die Stimmen der Rechten, des Centrums-Abgeordneten Savigny und der Rationalliberalen Dr. Sattler, Oriola, Dr. Semler und Münch-Ferber angenommen.

Die Gesamtstimmung wird, da niemand widerspricht, sofort vorgenommen, obwohl die Zusammenstellung der Beschlüsse noch nicht gedruckt vorliegt.

Die Vorlage wird in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Es folgen die Resolutionen.

Die Resolution über die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustrie, die Landarbeiter und die Dienstboten wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Zu der zweiten Resolution, deren Wortlaut bei der zweiten Lesung mitgeteilt worden ist, beantragt Abg. v. Savigny als Ziffer d folgenden Zusatz:

„Zu den unter Ziffer a geforderten Gesehentwurf zur gründlichen Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes Bestimmungen aufzunehmen, welche unter thunlichster Berücksichtigung der aus den Kreisen der Angestellten der Krankenkassen geäußerten Wünsche, eine feste Regelung der Anstellungs- und Dienstverhältnisse dieser Angestellten, den Krankenkassen zur Pflicht machen.“

Abg. Trimbom (C.) befürwortet kurz die Resolution.
Abg. Wölsche-Deffau (freis. Vg.) erklärt, ebenfalls für die gesamte Resolution stimmen zu wollen. Wenn er auch mit der Tendenz des Antrags v. Savigny nicht einverstanden sei, so wünschete doch auch er eine Prüfung dieser Frage.

Der Zusatzantrag v. Savigny und die gesamte Resolution werden hierauf angenommen.

Damit ist die Krankenkassen-Novelle erledigt.

Präsident Graf Ballesfirem:
Wir sind am Ende unserer Tagung angelangt (die Socialdemokraten verlassen den Saal), am Ende einer der wichtigsten und an Arbeit und Mühe reichsten Session des deutschen Reichstages. Der Reichstag hat von 1900 bis 1903 in drei Sessionsabschnitten getagt, zusammen 1 Jahr und 228 Tage. Während dieser Zeit haben stattgefunden 302 Plenarsitzungen, 1068 Sitzungen der Abteilungen, 591 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen und 48 Sitzungen der XVI. (Zolltarif-) Kommission zwischen den beiden letzten Sessionsabschnitten. Ein umfangreiches Verzeichnis über unsere Arbeiten, getrennt nach verabschiedeten und nichtverabschiedeten Gegen-

ständen, liegt mir auf 21 Druckseiten vor, deren Verlesung mir wohl erlassen wird. (Weiterleit.)

Abg. v. Normann (L):
Wir stehen am Schlusse der gemeinsamen Arbeiten in dieser Legislaturperiode. Während der ganzen Periode hat unser hochberechteter Herr Präsident die Geschäfte des Hauses geführt und die Verhandlungen in diesem Saale geleitet. Wir wissen alle, daß das oft nicht leicht war. Wir sind aber auch alle voll der höchsten Anerkennung und Dankbarkeit für die große Geschäftskennntnis, die immer gleiche Unparteilichkeit und Liebendwürdigkeit, mit der unser hochberechteter Herr Präsident seiner schweren Aufgabe gerecht geworden ist. (Bravo!) Ich bin sicher, in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich in dieser Abschiedsstunde unserm hochberechteten Herrn Präsidenten unsern aufrichtigen und herzlichsten Dank ausspreche. (Bravo!)

Präsident Graf Ballesfirem:
Ich danke dem geehrten Herrn Vorredner, ich danke aber auch ganz besonders Ihnen, die Sie seinen Worten zugestimmt haben. Es ist mein Bemühen gewesen, die Arbeit, die Sie mir übertragen haben, stets so zu verwalten, wie ich es bei meinem Amtsantritt versprochen habe. Ich habe stets getrachtet, die Würde des Reichstages zu wahren und die Arbeiten des Reichstages zu fördern. (Lebhaftes Bravo!) Wenn mir das nicht immer gelungen sein sollte, so liegt das in der menschlichen Unvollkommenheit. Aber nie hat es daran gelegen, daß es mir an guten Willen gefehlt hat. Ich habe bei jeder Gelegenheit, auch bei den schwierigsten, keine andern Motive für mich gelten lassen, als sachliche, und ich habe immer so als Präsident gehandelt, wie ich es vor meinem Gewissen verantworten konnte. (Bravo!)

Ich danke Ihnen nochmals und wünsche Ihnen auf Ihrem ferneren Lebenswege alles Gute, ich wünsche, daß Sie, die es erstreben, auch wieder in diesem Saal zusammenkommen. (Weiterleit.)
Schmerzlich hat es mich berührt, daß nicht wie früher unser verehrter ehemaliger Präsident Herr v. Rebehor in der Lage war, den üblichen Dank an den Präsidenten auszubringen. Wir bedauern es alle gewiß auf das lebhafteste, daß er durch schwere Krankheit in der letzten Zeit verhindert gewesen ist, hier zu erscheinen. (Zustimmung.) Im übrigen konnte mir niemand als Ueberbringer dieses Dankes angenehmer sein als Herr v. Normann, der einen großen Teil der Session an den Arbeiten im Bureau teilgenommen hat. Der Dank gebührt aber zum großen Teil auch den beiden Herren Vizepräsidenten (Bravo!), den Herren Schriftführern sowie den Quästoren, die allerdings mehr hinter den Coulissen (Weiterleit.) ihre wichtige Tätigkeit ausüben. — Schließlich, meine Herren, bitte ich Sie, wenn wir jetzt hier auseinandergehen, mir ein freundliches Andenken zu bewahren. — Runmehr erteile ich das Wort zur Mitteilung einer kaiserlichen Votschaft dem Herrn Reichskanzler.

Reichskanzler Graf Bülow:
Ich habe dem Hause eine allerhöchste Votschaft zu verkündigen. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.) „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß wir unsern Reichskanzler Grafen Bülow ermächtigt haben, gemäß Artikel 13 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in unserm und der verbündeten Regierungen Namen am 30. April zu schließen.“
Unkundlich unter allerhöchster eigenhändiger Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne gegeben Wädzburg, den 29. April 1903.

Ich habe die Ehre, die Umschrift der allerhöchsten Votschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen.
Auf Grund der mir von Sr. Majestät dem Kaiser erteilten Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.

Präsident Graf Ballesfirem bringt hierauf das übliche Kaiserhoch aus, in das das Haus dreimal einstimmt.

Schluß 1/2 Uhr.

Freitag, den 1. Mai 1903:

Mai-Feier

der Socialdemokraten Berlins

in folgenden Lokalen:

<p>1. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.</p> <p>2. Kreis: Berliner Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.</p> <p>3. Kreis: Neue Welt, Hasenheide 108/114.</p> <p>4. Kreis (SO.): Sanssouci, Kottbuser-Strasse 4a.</p> <p>4. Kreis (O.): Kellers Festsäle, Koppenstrasse 29. Lipps, Am Friedrichshain 42/49.</p>	<p>5. Kreis: Schweizergarten, Am Königsthor.</p> <p>6. Kreis: Fröbel (fr. Puhmann), Schönhauser Allee 148. Berliner Prater, Kastanien-Allee 8/9. Ballschmieder, Badstrasse 16. Weimanns Volksgarten, Badstrasse 56. Bernhard Rose, Badstrasse 58. Feldschlösschen, Müllerstrasse 142. Eiskeller, Chausseestrasse 88. Wilhelmshof, Alt-Moabit 104/105. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.</p>
--	--

Konzert ♦ Gesangsaufführungen des Arbeiter-Sängerbundes ♦ Festrede.

Vorführungen der Arbeiter-Radfahrer. Auftreten der Arbeiter-Turnvereine.

Feuerwerk. Kinderbelustigungen aller Art. Kinematographische Vorstellungen. Lebende Bilder. Recitation.

Grosser Ball. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 3 Uhr nachmittags.

Alles Nähere siehe Plakate der einzelnen Kreise. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den Sälen statt.
Zu recht zahlreichem Besuch laden ein **Die Vertrauensleute.**

Fischler-Verein zu Berlin.
Sonabend, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstraße 15:
Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Otto Hage; Unterstützungsgesuch und Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt.
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Fachverein der Civilmusiker
Berlins und Umgegend.
Die Vereinigung, welche aus nur tüchtigen, leistungsfähigen Musikern besteht, empfiehlt zu allen Festlichkeiten (Konzerten, Bällen, Begräbnissen, Land-, Wasserpartien etc.)
Musik
vom 11. bis 12. Orchester, Streich-, Blas- oder Klaviermusik.
Geschäftsfokal: N. Veteranenstr. 18, Restaurant „Zum alten Dessauer“.
Fernsprecher: Amt III, Nr. 703.
Uebnahme dauernder Engagements; exprobie Dirigenten, Pianisten (event. mit Vortrag) stets anwesend. 50/1
Vorzugszeit täglich vormittags 10 1/2-1 Uhr.
Um geneigten Zuspruch bittet
Der Vorstand. J. M. G. Schonert, I. Vorsitzender.

Paul Hilperts Restaurant u. Garten
Halensee, Kurfürstendamm 126.
Erste Haltestation für Kremser, Rappartien usw. am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee kochen.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen [13852] **Paul Hilpert.**

Partei-Expeditionen:
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenmoaderstraße 30, n. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fröh, Weinstr. 31. Des rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Pauscherplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Carl Anders, Salzweidenerstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Bienenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Raschke, Rügenstr. 24 vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Carl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Gliencke:** W. Bries, Rudowstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Eichenbäumstr. 1, Ede Goebelstraße, vorn l. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Ridel, Ullandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen:** Otto Seitel, O. 112, Kronprinzengasse 50, l. — **Grünau:** Hermann Steinig, Jägerstr. 16. — **Rixdorf:** Diermann, Prinz Dandjersstraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, Laden. — **Ober-Schöneweide:** Richard Kärl, Edisonstraße 4, vorn 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Bonafonsky, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Köpenickerstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Dike, Hadenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** S. Bernsee, Rixstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. R. Schr., Duppelstr. 8, und Fr. Scheilshaus, Hornstr. 15a. — **Baumshulenberg:** Siod, Ernststr. 2 II. — **Neu-Weissensee:** Joseph Rein, Friedr. 38, Ede Erenstraße. — **Rummelsburg:** Rorgbert, Prinz Albertstr. 5a. — **Pankow:** R. Kummerl, Hovstr. 43.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wünschenswerten Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Mitte ausschneiden.

Achtung, Gewerkschaften!

Öffentliche Mai-Versammlungen

am Vormittag des 1. Mai.

Sämtliche Versammlungen finden mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Bekleidungs-Industrie. Gruppen-Versammlung. Gewerkschaftshaus, Saal I.

Referent: R. Süß. Textilarbeiter, Wäschebranche, Posamentiere, Putzmacher, Häber, Kürschner, Desaleure, Stickerarbeiter usw. gehen direkt in die Gruppen-Versammlung.

Handels-, Transport- u. Verkehrs-Gewerbe. Gruppen-Versammlung. Cohns Festsäle, Beuthstr. 20, großer Saal, mittags 12 Uhr.

Referent: G. Bernhardt. Die Handlungsgehilfen und Gehilfen, Bureau-Angestellte, Kaufleute, Handelshilfsarbeiter, Geschäfts-, Arbeits- und Drechselmischer, Lagerhalter, Fensterputzer kommen im Versammlungsort zusammen.

Leitergerüstbauer, Sektion d. C.-V. d. H. u. T.-Arb. Gewerkschaftshaus, Saal V, vormittags 10 Uhr.

Holzarbeiter. Gruppen-Versammlung: Neue Welt, Hasenheide 106-114, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstags-Abg. A. Bebel. Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe.

Gewerbe	Uhr	Ort
Tischler	8	bei Mertowski, Andreasstr. 26.
Böttcher	8	im Gewerkschaftshaus, Saal VIII.
Einseher	8	Saal III.
Barfussbodenleger	8	bei Bareins, Brückenstr. 7.
Kammmacher	8	Zieman, Ritterstr. 123.
Stockerarbeiter	8	versammelt sich in ihren Verkehrslokalen und gehen alsdann geschlossen in die Gruppenversammlung.
Kordmacher	8	im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a.
Drechsler	8	Gewerkschaftshaus.
Büchsenmacher	8	bei Gänzel, Rosenhalestr. 57.
Perlmutterarbeiter	8	im Gewerkschaftshaus.
Musikinstrumentenarbeiter	8	bei Gänzel, Rosenhalestr. 57.
Polier- u. Arbeiter	8	im Gewerkschaftshaus.
Stellmacher	8	bei Stramm, Ritterstr. 123.
Bauanschläger	8 1/2	bei E. Thomas, Gartenstr. 90.
Bilderrahmenmacher	8 1/2	
Modell- und Zinnschneider	8 1/2	

Schuhwaren-Industrie. Gruppenversammlung im Schweizer-Garten (KönigsThor), vormittags präzis 10 Uhr.

Referent: Waldes Manasse. Die Kollegen der einzelnen Fabriken versammeln sich um 9 Uhr vormittags in ihren Verkehrslokalen und gehen alsdann geschlossen in die Gruppenversammlung.

Bauarbeiter. „Brauerel Friedrichshain“, vormittags 10 Uhr.

Referent: Stadtv. Augustin. Messpalast, Alexandrinenstraße 110, vormittags 10 Uhr.

Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen, Etui- und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. Messpalast, Alexandrinenstraße 110, vormittags 10 Uhr.

Referent: Joh. Saffendach. Referent: Joh. Saffendach.

Glasarbeiter, Glaser, Glasschleifer. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Referent: E. Girbig. Beckers Säle, Kommandantenstr. 62.

Graveure und Ciseleure. Referent: Thurot.

Referent: Thurot. Kussins Festsäle, Andreasstraße 21, vormittags 10 Uhr.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. Referent: Georg Frenwaldt.

Referent: Georg Frenwaldt. „Dresdener Kasino“, Dresdenstr. 96, vorm. 9 U.

Holz-, Stein- und Gips-Bildhauer und Modelleure. Referent: J. Ida Altmann.

Referent: J. Ida Altmann. Cohns Festsäle, Beuthstr. 20, vorm. 10 Uhr.

Maler und Lackierer. Referent: Dr. Alberti.

Referent: Dr. Alberti. „Berliner Bockbrauerel“, Tempelhofer Berg, vormittags 10 Uhr.

Maurer. Referent: Hermann Silberstein.

Referent: Hermann Silberstein. „Central-Festsäle“, Cranichstr. 180, vorm. 10 Uhr.

Porzellanarbeiter. Referent: Dr. Jadel.

Referent: Dr. Jadel. Kellers Festsäle, Kopenstraße 29, vormittags 10 Uhr.

Putzer. Referent: Dr. Friedberg.

Referent: Dr. Friedberg. „Neues Klubhaus“, Kommandantenstr. 72, vormittags 10 Uhr.

Rabitzputzer. Referent: A. Drunzel.

Referent: A. Drunzel. Schützenhaus, Linienstr. 5, vormittags 9 1/2 Uhr.

Kürschner. Referent: A. Drunzel.

Referent: A. Drunzel. Schützenhaus, Linienstr. 5, vormittags 9 1/2 Uhr.

Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe.

Gruppen-Versammlung bei Brochnow (früher Nies), Webersstr. 17, vormittags 10 Uhr.

Referent: Georg Davidsohn. Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe:

Gewerbe	Uhr	Ort
Barbiere	9	bei Gänzel, Rosenhalestr. 57.
Konditoren	9	Dörscher, Linienstr. 96.
Rufler	9	Gänzel, Rosenhalestr. 57.
Schläpfer	9	Patt, Dragonerstr. 15.
Bäcker	9	Böller, Klosterstr. 101.

Brauer und Hilfsarbeiter, Gastwirtsgehilfen, Tabakarbeiter, Müller, Gärtner, Bademeister, Masseure, Krankenpfleger gehen direkt in die Gruppen-Versammlung.

Graphisches Gewerbe. Gruppen-Versammlung: Bock-Brauerel (N. Saal), am Tempelhofer Berg, vorm. 10 Uhr.

Referent: Dr. A. Bernstein. Alle dazu gehörigen Branchen: Buchdrucker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Schriftgießer, Stereotypen-, Lithographen und Steindruck-, Holzgraphen, Formstecher und Tapetendrucker kommen in der Gruppen-Versammlung zusammen.

Metallarbeiter. Gruppen-Versammlung: Feen-Palast, Ecke Burg- und Volksgangstraße, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Paul Singer. Sämtliche Metallarbeiter gehen direkt in die Gruppen-Versammlung.

Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe:

Gewerbe	Uhr	Ort
Schmiede	8	bei Gahn, Stralauerstr. 48.
Rempner	8 1/2	im Gewerkschaftshaus.
Chirurgische Branche	8 1/2	bei Rümman, Brunnenstr. 188.

Lederbearbeitung. Gruppen-Versammlung im Lokal „Marienbad“, Badstraße 36 (Gesundbrunnen).

Referent: G. Pink. Ledergerber, Weißgerber, Lederzünftler, Lederfärber, Handschuhmacher gehen direkt in die Gruppen-Versammlung.

Sattler. Berliner Ressource, Kommandantenstraße Nr. 57, vormittags 10 Uhr.

Referent: Bruno Pörsch. Steinarbeiter, Granit- u. Marmorarbeiter, Asphaltarbeiter, Dachdecker.

Englischer Garten, Alexanderstraße Nr. 27c, vormittags 10 Uhr.

Steinsetzer. Nümanns Saal, Brunnenstr. 188, vormittags 11 Uhr.

Referent: A. Knoll. Rammer u. Hilfsarbeiter. Vergstraße Nr. 12, vormittags 10 Uhr.

Referent: Dr. Wehl. Stukkateure, Gipsgiesser. Sanssouci, Kottbuserstraße Nr. 4a, vormittags 10 Uhr.

Schneider u. Schneiderinnen. Arminhallen, Kommandantenstraße 20, vorm. 10 Uhr.

Referent: G. Stühmer. Tapezierer. Feuersteins Saal, Alte Jakobstraße Nr. 75, vormittags 10 Uhr.

Referent: Leo Schmidt. Töpfer. Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer Nr. 15, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Seine. Vergolder. Alhambra, Wallner-Theaterstraße Nr. 15, vormittags 10 Uhr.

Zimmerer. Buggenhagen, am Moriaplatz, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Ledebour. Städtische Arbeiter. Cohns Festsäle, Beuthstr. 19/21, I. abends 8 Uhr.

Referent: Redakteur Ströbel. Charlottenburg. 2 Versammlungen sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Referenten: Eugen Brückner, F. Köhle.

Schöneberg. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr bei Obst, Meiningenstraße 8: Referent: Redakteur Wehker.

Stralau-Rummelsburg. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vorm. 10 Uhr bei Witte Schonert, Neu-Neeland: Referentin: Frau M. Tich.

Weissensee. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr: Schloss Weissensee: Referent: Redakteur Ströbel.

Rixdorf. Vorm. 10 Uhr: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

1. bei Thiel, Bergstr. 151/152. Referent: P. Dupont.

2. für das Baugewerbe: bei Münzer, Anzebestr. 119. Referent: E. Böcke.

Pankow u. Nieder-Schönhausen. Vorm. 10 Uhr: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstraße. Referent: Reichstags-Abg. A. Stadthagen.

Nachm. 3 Uhr bei Boczyche, Kreuzstraße: Großes Konzert usw.

Friedrichsberg-Lichtenberg. Vorm. 10 Uhr: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

bei Höfflich („Schwarzer Adler“), Frankfurter Chaussee 120. Referent: P. Litfin.

Vormittags 10 Uhr: Schloss Weissensee: Referent: Redakteur Ströbel.

Die Gewerkschaften resp. die Einberufer der Gruppen-Versammlungen haben ihre Versammlungen selbst anzumelden. Bei den vorherigen Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung. — Gleichzeitig werden die Bureau's der Versammlungen beauftragt, über die Anzahl der Versammlungsbesucher dem Gewerkschafts-Bureau, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, 2. Flureingang, schriftlich Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Mai-Versammlungen 1903

der im

Gewerkschafts-Kartell

vereinigten Organisationen für Berlin und Umgegend

Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr.

Die Versammlungen finden mit Frauen statt.

Tagesordnungen in sämtlichen Versammlungen:

Die Bedeutung des ersten Mai.

Bauarbeiter.

Englischer Garten, Alexander-Strasse 27a.
Referent: Carl Stripp.

Fliesenleger

bei Carl Patt, Dragoner-Strasse 15.
Referent: Franz Wegner.

Holz- und Bretterträger sowie Brettschneider.

Königsstadt-Kasino, Holzmarkt-Strasse 72.
Referent: Young Hinrichsen.

Hausdiener und Packer

bei Cohn, Deuthstrasse 19, I, mittags 12 Uhr.
Referent: Walder Manasse.

Isolierer und Rohrumhüller

bei Schneider, Weißbaker-Strasse 15.
Referent: Max Koyke.

Kistenmacher.

Restaurant Stechert, Andreas-Strasse 21.
Referent: Max Straffer.

Kürschner.

Altes Schützenhaus, Linsen-Strasse 5.
Referent: Andreas Kleinlein.

Maler und Kleber

bei Feuerstein, Alte Jakob-Strasse 7b.
Referent: Wilhelm Berndt.

Maurer.

Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10-11.
Referent: Victor Frankl.

Musikinstrumentenarbeiter

bei Gramann, Raubh-Strasse 27.
Referent: M. Schütte.

Möbelpolierer.

Restaurant Königshaus, Große Frankfurterstrasse 117.
Referent: G. Reuter.

Die Gewerkschaften haben das Anmelden der Versammlungen selbst zu besorgen. Bei den Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung.

Ueber die Anzahl der Versammlungsbesucher ist dem Bureau, Dragonerstr. 15, Mitteilung zu machen.

Die Mitglieder werden ersucht, sich mittags und abends an den Parteifestlichkeiten rege zu beteiligen.

Auf zur Mai-Versammlung!

Der Ausschuss.

Portefeullier und Leder-Galanteriearbeiter.

Restaurant Fürstehof, Köpcke-Strasse 187-189.
Referent: Dr. Wollheim.

Tischler

bei 3818, Köpcke-Strasse 187.
Referent: M. Dauenberger.

Töpfer.

Ausflug nach Birkenwerder.

Treffpunkt: 8 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Abfahrt daselbst um 8 1/2 Uhr. Abmarsch von Waldmannslust um 10 Uhr.

Zinkgiesser und Stürzer.

Ausflug.

Zimmerer.

Unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Zimmerer.
Böhmisches Branntwein, Landsberger Allee 11-13.
Referent: Stadtvorordneter Ernst Cöhl.

Gruppen-Versammlung

in den Vorstadt-Eisen, Aderstrasse 6-7.
Referent: Carl Vermuth.

Bäcker begeben sich direkt nach der Versammlung.

Metallarbeiter begeben sich direkt nach der Versammlung.

Bürsten- und Pinselmacher treffen sich am 1. Mai früh 8 Uhr bei Wängel, Rosenhallerstr. 57.

Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen begeben sich direkt nach der Versammlung.

Metallarbeiter, Treffpunkt um 8 1/2 Uhr bei Carl Patt, Dragonerstr. 15.

Rohrer treffen sich um 8 1/2 Uhr bei Carl Patt, Dragonerstrasse 15.

Schirmmacher begeben sich direkt nach der Versammlung.

Gewerkschaftlicher Frauenverein.

Den Mitgliedern steht es frei, sich einer der vorstehenden Versammlungen anzuschließen.

Sommer-Paletots

einreihige Hloc-Form, mit senkrechten oder geraden Taschen, von hell-, mittel- oder dunkelfarbigen modernen Stoffen, teilweise auf Seide gearbeitet, elegant und tadellos sitzend.

20, 25, 30, 35, 40, 45 und 50 Mark.

Havelocks,

einreihige Form, ohne Reemel, mit voller Pelzlinie und Taillenriegel, von weicherem, imprägniertem Loden.

Bräunlich, olive, grau oder marango.

8,50, 12, 15, 20, 25, 30 und 35 Mark.

Maus-Joppen,

einreihige, glatte Form, mit Umlegekragen, hinten mit Bart, von gutem Loden, mit und ohne Futter. Grau, bräunlich oder olive meliert.

3, 4,50, 6, 7,50, 9 und 12 Mark.

Jagd- und Sport-Joppen

von sehr gutem Loden, Brust und Rücken mit Sattel und Felten. Taillenriegel rings herum gehend.

9, 12, 15 und 20 Mark.



Die Preise sind billig, streng fest und geschickt der Verkauf nur gegen Bar.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe.

Berlin 50., Potsdam,

Oranienstrasse 166. Nauenerstrasse 23.

Illustr. Katalog versandt nach auswärts gratis und franco.

Vorjährige Paletots, Havelocks und Joppen verkaufe ich, um schnell damit zu räumen, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen wie folgt: Paletots 10 und 12 Mark. - Havelocks 8 Mark. - Joppen 2 Mark.

Ich fertige aus feinsten

Stoff-Resten

welche sehr billig aus ersten Fabriken kaufe,

Anzüge nach Mass 22,00
hochfeine Muster

Paletot nach Mass 20,00
hochfeine Muster

Garantiert tadelloser Sitz, beste Ausführung. 1260L*

B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a
1 Treppe.

Seiden-Hut-Fabrik

von 1902*

Carl Renz,

No. 3, Oranienstrasse No. 3.

Großes Strohhut-Lager. - Mützen. - Schirme.
Reelle Bedienung.

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speziell 1899L* Monatsgarderobe

v. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Fig. pass., sind in ge. Ausb. stets zu stammend billigen Preisen zu haben.

J. Wand, 1. Geschäft: Prinzenstr. 17, an der Posthofstrasse.
2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstrasse.

Bequeme Fahrverbindung.

Robert Dieseler, 11962*
Restauration und Stehbierhalle,
145 Brunnenstr. 145, Rheinsbergerstr.
Ecke
f. Speisen und Getränke.

Als besonders preiswert empfehlen wir:



Regina, hochfeine 5 Pfennig-Cigarro, Milde Mk. 35.-, 100 Stück Mk. 3.50.

an bis zu den feinsten Hamburger Havana-Cigarren.

asse 24, an der Friedrichstrasse.
Telephon III. 6783.

Proben können unentgeltlich am Lager geraucht werden. Versand per Nachn., von 500 St. an franco.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Gemad. Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen. Mützen, Krawatten. 7812*

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Stallherstrasse.

Bilanz per 31. Dezember 1902.		Passiva.	
Aktiva.		Per Mitglieder-Guthaben	5076,- Mk.
in Kassenbestand	208,- Mk.		
• Inventar	345,60		
• in Dannguthaben	1506,-		
• Effekten	3201,75		
• Verlust-Saldo	629,65		
	5976,- Mk.		5976,- Mk.
Gewinn- u. Verlust-Conto per 31. Dezember 1902.		Verlust	
in Saldo	367,78 Mk.	Per Rufen	78,31 Mk.
• Inventar-Conto, Ab- schreibung	88,40	• Saldo (Verlust)	629,65
• Druckkosten-Conto, Ab- schreibung	100,-		
• Unkosten: Gerichtskosten, Porto, Miete, Annoncen	153,78		
	707,96 Mk.		707,96 Mk.
Mitgliederzahl am 31. Dezember 1902: 89 Genossen (in 1902 eingetreten 3, ausgetreten 14, übertragen 1).			
Datum: am 31. Dez. 1902: 31 800,- Mk. (Zugang in 1902 900,- Mk.).			
Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1902: 5076,- Mk. (Zugang in 1902 3050,- Mk.).			
Schönberg (Postamt Friedenau), den 29. April 1902.			
Gemeinnütziger Bauverein.			
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.			
Ernst Schütz.	J. Jürgensen.	Hermann Petzhold.	

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Druck, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dufaten-Trauring, 900 gelb., 1 1/2 Dufaten 15,00, 2 Dufaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echl Kaiserlicher Brillen, Vincenz, Opeingläser. 10342*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Babkr. 57.

Zur gefälligen Beachtung!

Wir beehren uns, hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen, dass unsre Verkaufsräume sich jetzt

1154L

24 Karlstrasse 24, an der Friedrichstrasse,

befinden und bitten unsre werthen Kunden um geneigte Beachtung.

Gleichzeitig empfehlen wir einen Posten hochfeiner Cigarren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Sumatra von Mk. 22,-, Mexiko, ca. 9 cm. lang, von Mk. 28,-, Felix Brasil von Mk. 36,-, V. tenianden von Mk. 39,-, Havana von Mk. 45,- an bis zu den feinsten Hamburger Havana-Cigarren.

Rauscher & Fabisch, Cigarren-Engros-Haus, Berlin

Verantwortl. Redakteur: Carl Veid in Berlin. Informativteil verantwortlich: Th. Wie

u. Verlag: Friedrichs-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Genossen! Arbeitsbrüder! Der 1. Mai, das Weltfest der Arbeit, ist wieder gekommen. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft aller Kulturländer wird zum vierzehntenmal den Weltfeiertag der Arbeit festlich begehen. Wiederum beabsichtigen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Feier des Tages durch **Arbeitsruhe** zu begehen. Und nicht zuletzt sind es die Berliner Gewerkschaften, die — trotz der gegenwärtig schlechten wirtschaftlichen Konjunktur beschlossen haben, auch in diesem Jahr den Tag der Arbeit in seiner würdigsten Weise — **durch Arbeitsruhe** — zu feiern. Trotz der brutalen Maßnahmen, die ein von unsäglichem Machtbündel besetztes Unternehmertum gegen die die Arbeit ruhen lassenden Arbeiter in Anwendung bringen will und wird.

Arbeiter! Parteigenossen! Doppelt notwendig ist es, dem Gedanken der Arbeitsruhe in immer weiteren Kreisen Eingang zu verschaffen. Es gilt nicht nur, die der Nat-feier zu Grunde liegenden Gedanken an diesem Tage von neuem zu betonen, sondern auch **Protest zu erheben** gegen die dem Unternehmertum willfährigen Maßnahmen, Verordnungen und Entscheidungen landes- und ortspolizeilicher Körperschaften.

Es gilt **Protest zu erheben** gegen alle Maßnahmen, welche das **Koalitionsrecht der Arbeiter zu zerstören** geeignet sind, gegen die **Polypolitik der Regierung**, die eine **wucherische Ausbeutung des arbeitenden Volkes zu Gunsten einer kleinen, aber mächtigen Gruppe** bedeutet.

Und so bringen wir Euch, Arbeiter, Genossen, denn wiederum den früheren Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission in Erinnerung, welcher lautet: „Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris, Brüssel, Zürich, London und Paris 1900 und des Parteitag von Stuttgart vom Jahre 1898 empfiehlt die Berliner Gewerkschaftskommission den Berliner Gewerkschaften, den 1. Mai insgesamt als **Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats durch die Arbeitsruhe** zu feiern. Arbeiter, Genossen! Bringt diesen Beschluß, soweit als es Euch möglich ist, zur Durchführung.

Wo der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird, da ist es Eure Pflicht, die **Vormittagsversammlungen zu besuchen.**

Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission empfiehlt den am Vormittag tagenden Versammlungen folgende Resolution zur Annahme:

Die heute, am 1. Mai, hier versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß sie anerkennen, daß die Arbeiter in der Maifeier zum Ausdruck kommenden Gedanken festhalten und wiederholen das festliche Versprechen, für die Verwirklichung dieser Gedanken mit aller Energie einzutreten.

Vor allem bekunden die heute Versammelten, daß sie es nach wie vor als ihre **vornehmste Aufgabe** betrachten, einzutreten für Reformen auf **wirtschaftlichem Gebiete, Schaffung eines ausreichenden, wirksamen Arbeitertages, insbesondere für den Achtstundentag.** Des weiteren versprechen die Versammelten, auch in Zukunft wie bisher noch besten Kräften das Band der internationalen Solidarität zu festigen, welche die Vorbedingung und die beste Garantie ist für den allgemeinen Völkerverfrieden.

Die Versammelten bedauern die schwächliche Haltung der Regierung in der Polypolitik auf das Lebhafteste. Infolge der noch immer auf breiten Volksmassen lastenden wirtschaftlichen Krise mühte es Pflicht der Regierung sein, durch Abschluß von vorteilhaften Handelsverträgen dem Volke die notwendigen Lebensmittel zu verbilligen. Die Annahme des Zollgesetzes bedingt eine wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Für dieses Verhalten sprechen die Versammelten der Regierung ihre entschiedenste Mißbilligung aus.

Die Versammelten fordern die Regierung auf, die **Sozialgesetzgebung energisch zur Durchführung zu bringen**, ohne Antastung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter, wie dieses in dem Entwurf der Regierungsvorlage zum Krankenversicherungs-Gesetz zum Ausdruck gekommen ist.

Die Versammelten protestieren energisch gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, der arbeitenden Klasse den Gebrauch des Vereins- und Versammlungsrechts zu beschränken und zu entziehen. Die Arbeiterschaft erhebt um so energischer Protest gegen diese Maßnahmen, als die Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen sowie die weitgehendsten Organisationsbestimmungen des Unternehmertums gegen die Arbeiter zur Genüge darthun, daß die umfassendste Organisation der Arbeiter eine im Interesse der **Stillschließlichkeit, Humanität und Kultur begründete absolute Notwendigkeit** ist. Die Versammelten sprechen ihre tiefste Entrüstung gegenüber den Richtern aus, die sich herbeigelassen haben, der Anweisung des

Justizministers zu folgen und Arbeiter wegen Ausübung des Koalitionsrechts bei Streiks etc. auf Grund des § 158 der R.-G.-O. und der §§ 253, 254 des R.-Str.-G.-B. zu verurteilen.

Die Versammelten verlangen im Interesse der Rechtsprechung und der gesunden Fortentwicklung der Arbeiterorganisationen die **Aufhebung des § 158 der Gewerbe-Ordnung und Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit.**

Aber eingedenk der Worte, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse nur das Werk der **arbeitenden Klasse selbst sein kann**, wird diese, unbeeinträchtigt durch die Maßnahmen ihrer Feinde, unermüdet vertrauensvoll auf ihre eigene Kraft, fortfahren, am Aufbau besserer Zustände für die Arbeiterschaft thätig zu sein. Und wird sich dieselbe stets und mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß sie durch **Klassengehege und Klassenjustiz** in ihren Rechten geschwächt wird.

Die Versammelten erklären ferner als ihre vornehmste Aufgabe, die **Reaktion, die fetter und unverschämter denn je an der Arbeit ist, um jedes Vorwärtstreiben auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete niederzubütteln, zu beseitigen.** Dieses ist aber nur möglich, wegen aller Arbeiter am 16. Juni 1903 — dem Tage der Reichstagswahl — nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, welche im Parlament **rückhaltlos** und mit aller Entschiedenheit die Forderungen der Arbeiterklasse, die im Interesse der allgemeinen Kultur liegen, vertreten hat, ihre Stimme geben. Die Versammelten erklären nach wie vor die Vertreter der Sozialdemokratie ihres Vertrauens würdig und fühlen sich mit ihren Vertretern und deren Handlungen im Parlament eins.

Diese Ziele zu erreichen und zur Abwehr gerüstet zu sein, ist nur durch eine **einheitliche Gewerkschaftsorganisation** möglich. Daher fort mit allen Sonderorganisationen, nur die Zentralisationen können in dem gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit den Versammelten zu ihrem Recht verhelfen! Die Versammelten sprechen allen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden ihre vollste Sympathie aus. In diesem Sinne weiter zu wirken, richten die Versammelten überläufige Grüße an die zur Befreiung der Solidarität heute am 1. Mai versammelten Arbeiter der ganzen Welt!

Wahlversammlungen.

Eine **imposante Wählerversammlung für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis** tagte am Mittwoch im großen Saale des Grand-Hotel Alexanderplatz. Das Referat hatte Reichstags-Abgeordneter **Lebedew** übernommen, der das Thema besprach: „**Wer ist Volksvertreter?**“ Er erörterte hierbei in großen Zügen die politischen und wirtschaftlichen Zustände und besprach die Stellung der verschiedenen Parteien und welche Interessengruppen dieselben vertreten. Er kennzeichnete die Schicht der Agrarier, die Antifemiten, die für den fünften Wahlkreis den Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“, Herr **Bruhn**, aufgestellt haben und die namentlich versuchen, die Gewerbetreibenden für sich zu gewinnen. In diesen ist ein Flugblatt verbreitet worden, in dem wiederum die aborne Behauptung aufgestellt wird, daß die Sozialdemokratie planmäßig danach strebt, den Mittelstand zu vernichten. Dem Redner, der auf den Widerspruch hinwies, daß ein Vertreter der agrarischen Interessen auch die der städtischen Handels- und Gewerbetreibenden vertreten will, war es ein leichtes, nachzuweisen, daß nicht die Sozialdemokratie, welche ja nur die geschichtlichen Thatsachen konstatiert, sondern die kapitalistische Wirtschaftsordnung es ist, die den selbständigen Mittelstand vernichtet und dagegen die bekannten Junktimittel absolut nichts helfen. — Der Referent wendete sich im weiteren gegen die freisinnige Volkspartei, wobei er an die jüngsten Vorgänge in Reichstags bei den Vorkämpfen erinnerte und das Verhalten dieser Partei, die der Reaktion — vielleicht unbewußt — die besten Dienste leistete, einer lebhaften Kritik unterzog. Nachdem der Redner auch die Pläne der Reaktion geschildert und darauf hingewiesen hatte, was bei diesen Wahlen auf dem Spiele stehe, forderte er die Versammelten auf, mit aller Energie dafür einzutreten, daß am 16. Juni die Antwort gegeben werden kann: **Robert Schmidt** für Volkspartei. — Eine Diskussion über den wiederholt durch stürmische Beifallshuldigungen unterbrochenen Vortrag wurde, da sich Wagner trotz mehrmaliger Aufforderung nicht melden, nicht hielt.

Nachdem der Vorsitzende **Beil** recht eindringend für die rege Agitation im Interesse unserer Partei, für den Anschluß an die Organisation und für die Verbreitung der Parteipresse plädiert hatte, wurde die Versammlung mit begeisterten Hodes auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Der Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf. Ueber dieses Thema sprach Genosse **Kaplan** in einer Volksversammlung, die am Mittwoch im Rindler Kasino tagte. In seinem Vortrag schilderte der Redner den Charakter der verschiedenen bürgerlichen Parteien und kritisierte ihre Prinzipien und ihr Verhalten. Zum Schluß wies der Redner auf die Kämpfe und Ziele der Sozialdemokratie hin und führte aus, daß es im sechsten Kreise, wo ein eigentlicher Kampf um das Mandat nicht mehr nötig erscheint, vor allem darauf ankommt, durch eine ungeheure Stimmengahl der moralischen Macht unserer Partei den stärksten Ausdruck zu geben. — Nach dem mit hartem Beifall aufgenommenen Vortrag meldete sich trotz der Aufforderung des Vorsitzenden früher kein Gegner zum Wort. Im Anschluß an die Worte des Referenten ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, eifrig dahin zu wirken, daß Genosse **Lebedew** mit möglichst großer Stimmengahl gewählt wird, und forderte zur Agitation für die Parteipresse und Organisation auf.

Mehr als 5000 Parteigenossen und Genossinnen waren dem Rufe des Rixdorfer Wahlkomitees zu einer Volksversammlung gefolgt, welche am 29. April in dem neuerbauten Riesenaal der „Neuen Welt“ stattfand. Trotz der kolossalen Ausdehnung des Raumes, aus dem alle Tische entfernt waren, mußten große Scharen der Andrängenden ungerichtet stehen und wieder weichen. Als der Referent, Genosse **Kaplan**, den Saal betrat, wurde er stürmisch begrüßt. Seinen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen begann er mit einer eingehenden Würdigung des von den Reichsparteien gewaltmächtig und unter Verletzung der Verfassung durchgeführten Vorkampfes und aller für die Volkswohlfahrt daraus sich ergebenden unheilvollen Wirkungen, während er andererseits nachwies, daß die Lebensmittelpreise nur einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern ganz erhebliche Vorteile brachten. Die große Masse der Landwirte seien Proletariat, für die die sozialistische Produktion das alleinige Heilmittel sei, gerade so wie für den kleinen Handwerkerstand und die Arbeiter. Der dem Handwerkerstand bei der Tendenz unserer Entwicklung eine Besserung seiner Lage in der kapitalistischen Gesellschaft verspricht, der sei entweder ein Dummkopf oder ein Verräter. (Lebhafte Zustimmung.) Nach einem kritischen Blick auf die Schuldenwirtschaft im Deutschen Reich ging Genosse **Beil**, oft von lautem Beifall unterbrochen, zu einer großzügigen Kritik des Militarismus über. Dieser verschulde mit seinen Ansprüchen hauptsächlich den immer größer werdenden Dales, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch bei anderen

Nationen. Mit heißem Hode zeichnete er den Unsinn des ewigen Nüstens zum Krieg, das überall zum Bankrott führen müsse, worunter schon jetzt alle Kulturländer zu leiden hätten. Auf die russischen Anregungen hin hätte man in Haag, anstatt den Friedensgerichtshof zur Jarce zu machen, einen permanenten internationalen Friedensgerichtshof begründen sollen, der alle Streitigkeiten der Staaten endgültig zu entscheiden hätte. Aber nicht nur die Regierungen, sondern auch die herrschenden Klassen, und diese in erster Reihe, hätten ein Interesse daran, die internationalen Gegenstände aufrechtzuerhalten. Wenn das Proletariat in allen Ländern der Erde das entscheidende Wort zu führen hätte, dann wäre es mit den Kriegen ein für allemal aus, dann könnten die Mittel, die das Militär heute verschlingt, für Kulturfragen ausgegeben werden. (Lebhafte Beifall.) Redner beleuchtete dann die unerträgliche Belastung der großen Volksmassen durch unser ungerechtes Steuersystem, besprach die Forderungen der Sozialdemokratie auf diesen und vielen anderen Gebieten und kam zu dem Schluß, daß wir unsern großen Ziele näher kämen, je mehr die Köpfe revolutioniert würden, in je weitere Kreise Aufklärung über das Wesen der heutigen Gesellschaft verbreitet werde. Wenn im augenblicklichen Wahlkampf jeder Genosse seine volle Schuldigkeit thue und auch die Frauen, die bei allen Kulturfragen im gleichen Maße interessiert wären, sich lebhaft an der Agitation beteiligten, dann werde auch im Kreise Zellaw-Beckow am 16. Juni eine Wahl zu stande kommen, die der deutschen Sozialdemokratie Ehre mache. (Donnernder, langanhaltender Beifall.) — Eine Debatte wurde nach dem zweistündigen, in seinen Einzelheiten fesselnden Vortrag nicht beliebt. Mit stürmischen Hodes auf die Sozialdemokratie und auf Genossen **Beil** ging die imposante Versammlung auseinander.

Kowalew-Kenendorf. Zur Einleitung des Wahlkampfes fand am 29. April eine Volksversammlung statt, welche von 400 Personen besucht war, darunter auch eine Anzahl von Frauen. Genosse **Kowalew** sprach über: „Die Reichstagswahl und die gegnerischen Parteien“. Er unterzog das Verhalten der freisinnigen Parteien bei einer Stichwahl jenen einem Sozialdemokraten und rechtsstehenden Parteien einer vernichtenden Kritik. Dann folgte Schluß auf Schluß eine herbe Kritik der konservativen Partei. — Der Vorsitzende **Hoffmann** wies auf die am Orte bestehende politische Organisation hin und richtete an die Versammelten einen warmen Appell, am 16. Juni ihre Schuldigkeit zu thun und sich dem Wahlkomitee am Waditage zur Verfügung zu stellen.

Stiller's Schuhwaren - Räumungsverkauf

nur Friedrichstrasse 62, Ecke Kronenstrasse, nahe Leipzigerstrasse.



Dieser Räumungs-Verkauf dauert nur eine beschränkte Zeit und bietet jedem eine wirklich günstige Gelegenheit, gute, haltbare Schuhe und Stiefel für Herren, Damen und Kinder zu aussergewöhnlich billigen Preisen einzukaufen.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 1. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhand, Margarete.
Sonnabend: Der Waffenschmied.
Schauspielhaus, Columbus.
Sonnabend: König Heinrich V.
Deutsches, Roma Rama.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Berliner, Al-Heidelberg.
Sonnabend: Das Mädchen von Hellbrunn.
Bessing, Der blinde Passagier.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Neues, Peltus und Melisande.
Sonnabend: Jugend.
Reiden, Lutti.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Westen, Geschlossen.
Sonnabend: Dubarry.
Central, Chinesische Fitterwochen.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Thalia, Der Polanenengel.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Hexe.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die guten Freunde.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Selle-Alliance, System Aubert.
Vor dem Gefindeball.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Carl Weh, Jugendstürme.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Wanted, Zar und Zimmermann.
Sonnabend: Fra Diavolo.
Luffen, Geschlossen.
Kleines, Nachtasyl.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Trionon, Die Rotbrücke.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Casino, Eternos, Reichen und Liebes.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Metropol, Neues! Allerneuestes!
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.
Apollo, Der Posannenengel.
Sonnabend: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater
Unter Leitung des Hrn. Dir. Ferenczy.
Waffenspiel des Hrn. Kurelle Redy vom Theater des Westens.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Donnerstag u. Freitag: Waffenspiel des Hrn. Kurelle Redy.
Die Fledermaus.
Sonnabend, zum 107. Male, abends 7 1/2 Uhr: Madame Cherry.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.
Der Posannenengel.
Ausstattungsstücke mit Ges. und Tanz.
Tanzparodien. Artisten-Revue.
Thieler als Spreewälder Amé.
Sonnabendmittags 3 1/2 Uhr: Charlene Tante.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schwan in 4 Akten von Pierre Weber.
Morgen und folgende Tage: Lutti.
Sonnabendmittags: Sein Doppeltänzer.
Belle-Alliance-Theater.
Abends 8 Uhr.
Waffenspiel des Bunten Theaters.
System Aubert.
Komödie in 3 Akten von El. Roland und Pierre Morgand.
Vorher:
Vor dem Gefindeball.
Luffenspiel in 1 Akt von Max Hölzl.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.
Apollo-Theater.
Neue Spezialitäten-Debuts.
Ricardo u. Bonodetti. • Ceados lebende Bilder. **Heinrich Blank.**
Um 9 Uhr: Mit stürm. Beifall:
Gesindeball, Gesangs-Parodie von Burleske mit d. spiritist. Anna Rothe-Parodie.
In Vorbereitung:
Die Liebesinsel.
Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Fiedrich- u. Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Die Rotbrücke.
Luffenspiel in 3 Akten von Fred Gröber und Francis de Croisset.
Sonnabendmittags 3 Uhr: Die Stiefschwägerin.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Photographie in natürlichen Farben (durch Wald und Flur).

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
Sonnabends 8 Uhr.
Anfang: Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.

Passage-Theater.
Sonnabends 8 Uhr.
Anfang: Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
(Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
der echten Louisiana.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über AGA!
die schwebende Jungfrau!

Gastans Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Mit seinen weltberühmten Wachfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten!
Neu! Princess Bohatcio, die Kolossal-Indierin aus Singapore.
Neu! Carlo Riego mit seiner Wiener Elite-Kapelle.
Cleo Otero — Pythia — Anthropol.
Avis! Wochentags ab 7 1/2 Uhr
Eintrittspr. nur 25 Pf.

Casino-Theater
Lehringerstr. 37.
Täglich auch Sonntags um 8 Uhr.
Heute zum letztenmal:
Eternos, Fritschen u. Lieschen.
Morgen: Zum erstenmal: Hufeisengasse etc.
Sonnabendmittags 4 Uhr: Senore die Grabsbraut, dazu Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung.
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender.
Frid-Frid, Flora Siding, Wini Grabitz, 300 Mitwirkende.
Im dritten Bild:
Eine Sitzung bei Anna Rothe. Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Strasse 132.
Jugendstürme.
Lebensbild in 5 Akten (7 Bildern) nach ihrem gleichnamigen Roman von H. Andra.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonnabendmittags 4 Uhr: Kinderrevue: Max und Moritz.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Pelleas und Melisande. Bernhard Rose-Theater.
Baderstraße 58.
Sonnabend, den 2. Mai 1903:
Benefiz für das Hauspersonal:
Die wilde Katze.
Große Feste mit Gesang in 4 Akten von B. Mannstädt und A. Keller.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Bei günstiger Witterung die Vorstellung im Garten.
Sonnabend: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Bughagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

Etablissement Bughagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

Etablissement Bughagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Die Hexe.**
Trauerspiel in 5 Akten v. M. Bürger.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Hexe.
Sonnabendmittags 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Buntes Theater.
Königsplatz 68.
1. Gastspiel des Opern-Ensembles des Theaters des Westens.
Zar und Zimmermann.
Morgen: Fra Diavolo.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.
Sam Elton, Komischer Excentric.
Carlotta Kara, Creolische Sängerin.
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Rakoczy, Ungarische Tanztruppe.
Das Meistergesangs-Quartett.
Ralph Johnstone, Bicycleist.
Woodwards, dressierte Seelöwen.
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.
Marcel, Affendressur.
Balett und „Biograph“.

Sanssouci.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
Bereinsbillets gültig.

Reichshallen.
Stettiner Sängers.
U. a.: Bühnengrößen und Anna Polo, das Blumenmedium.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
Polnischstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Gänzlich neues Personal.
Prolongiert:
Madame Latouré, die festsche Französin.
Zum Schluss:
Anna Rothe: das Blumenmedium
Rittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

„Elysium“
Landsberger Allee 40/41.
Freitag, 1. Mai:
Grosser Ball.
Anfang 7 Uhr. Tanz 50 Pf.
Wird! Sonnabend mit Wochentage mit Sängergesellschaft zu Sommerfestlichkeiten gratis. Carl Eisermann.

Seidenstoffe
Weltbekannt
ist unsere 1323L*
Schwarze
Reinseidene Robe
in glatt und gemustert.
10 Meter Mark 25,00.
Seidenhaus
Pauldrach & Ott,
II. Geschäft: Oranienstr. 153.
I. Rosenthalerstr. 20-21.
— Man verlange Proben. —
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Landspeck
Roggen und selten . . . a Pfd. 70
bei 5 Pfd 67
Holl. Rübelleberwurst . . . 55
Brannsch. Leberwurst . . . 60
Reine Leberwurst . . . 65
Thüringer Rotwurst . . . 55
Reichwurst . . . 65
Weinwurst u. Polnische . . . 65
Schlachtwurst, halbhart . . . 95
Salami u. Schinken prima . . . 1.10
Landschinken, i. ganz u. halb . . . 95
Delikatess-Schinken . . . 1.10
Paul Klähn, Chaussee-Strasse 27.

Restaurant, sichere Existenz, verkauft Gerichtstr. 76.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Luffenspiel in 4 Akten v. Bict. Sardou.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Sonnabendmittags 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.

Hüte für Herren v. 2 R. an.
Feinere Qual. 3,50 R.
Haarhüte v. 5,50 R. an.
(Reihen)
von 35 Pf. an.
Strohüte Regen-
Schirme Regenschirme,
Sonnenschirme
v. 1,50 R. an.
Krawatten Halbrund-
Jacon (Reihen)
rein seiden 95 Pf.
Wäsche, Oberhemden,
Stragen, Hand-
schuhen, Servie-
teurs in bester
Qualität.
Handschuhe, farbige Glacés,
Paar 1,50 R. 11
Hosenträger etc. nur in besten
Qualitäten bei
Gottmann,
Gr. Frankfurterstr. 130.

Carl Schmidt,
Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
Taubenstr. 23,
empfiehlt seine
weltberühmten
Stoffbüsten
für jede Körperform.
Figur wie nebensteh.
von 7 Mk. bis 50 Mk.
Unentbehrlich zur An-
fertigung der Kostüme.
Katalog V gratis und
franco.
Man hüte sich vor wertlosen
Nachahmungen.
468L*

Steppdecken
Gelegenheitskäufe!
Wolltuch, alle Farben, 4,95, 6,00
alle
Similiseide, Farb., 5,25, 6,00
Special-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstr. 160.
Nach auswärts per Nachnahme.

Th. Lappe's Aromatique
Vier-
klee-
blatt
Whisky.
Thüringer
Berg-
thau.
Th. Lappe
Neudieten-
dorf
in Thüring.

Kinderwagen,
Puppen-, Sport-, Kasten-,
Leiter- u. Ziegen-
bockwagen, eis.
Bettstätt., f. Er-
wachsene und
Kinder ausser-
gewöhnlich bil.,
auch Theil-
zahlung.
Krankenzuge-
nach leihweise.
Musterbücher gratis, franco.
A. W. Schulz, Berlin N., Brunnenstr. 99,
a. Bahnhof Gesundbrunnen. Amt III, 1767.

Strand-Restaurant am
Müggelsee
zwischen Ruggelschloß u. Fischstädt.
Empfehle Fabricien, Vereinen und
Korporationen für Sommerergötzen
und Ausflüge mein großartig gelegenes
Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,
Gallen, genügende Rekräume, Ver-
lustigungen aller Art. Soulaute Preise.
* M. Degehrodt, „Strandschloß“,
Köpenick.

Bauhandwerker, Bauberufe!
Unsrem Beschlusse vom 14. April haben sich nach und nach 846 Stukfateure
in 96 Betrieben angeschlossen und arbeiten z. B. in 50 Betrieben gegen 350 Stukfateure
unter den neuen durch Unterschrift anerkannten Bedingungen gegen Ausstellung einer
roten, mit dem Stempel des Central-Verbandes der Stukfateure Deutschlands
versehene Arbeitsberechtigungskarte.
Wir ersuchen daher alle Bauberufe, in üblicher Weise jeden arbeitenden Stukfateur an
seine Pflicht zu erinnern und sich von der richtigen Ausstellung der roten Karte zu überzeugen,
damit unser Vorgehen von vollem Erfolge gekrönt wird.
173/20
Die Streikkommision.

Frankfurter Hütte

Grosse Frankfurter Strasse 101
und
Kraut-Strasse 1. 1323L*

Der Bierhof ist wieder eröffnet!

Sehenswürdigkeit Berlins.
Warme Küche, Portion 30 und 40 Pf.

Rosinenstr. 3. Volkshaus Charlottenburg. Rosinenstr. 3.
Sonntag, den 3. Mai 1903:
Große Theater-Vorstellung mit darauffolgendem Ball
arrangiert vom Theaterverein „Mehr Licht“. Zur Aufführung gelangen:
Der Seitentriller oder: Blaue Augen. Der Lügner und sein Sohn.
Pöffe mit Gefang in 1. Akt. Pöffe in 1. Akt.
Ferner: Vortrag von Duets und Couplets
Programm 25 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. naq.
Anfang 4 1/2 Uhr. 10655 Der Vorstellung 1/2 Uhr.
Um recht zahlreichen Besuch bitten. Der Theaterverein „Mehr Licht“.

„Segler-Schloß“ Hankels Ablage,

Bahnstation Zeuthen, 11932*
an Wald und Wasser gelegen; für Vereine, Fabriken und Gewerkschaften
sehr zu empfehlen. Besitzer W. Heinrich.

Socialist von Nazareth. Eine neue Lebensgeschichte
Jesus, verbunden mit einer Welterklärung der
Schriften von Strauss, Renan und Volkmann
von Oscar Zimmer, Berlin, Kuchelplatz 21, Selbstverlag. Preis 50 Pf.

Herren-Kragen,

— reinfeinen, garantiert 4fach,
verschiedene Façons in allen Weiten,
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
— Geschlossene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.
Wantscheten, Prima, garant. 4fach
1/2 Dutzend 1,80 Mk.
Oberhemden, Servietten, Krawatten,
in größter Auswahl, Trikots,
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Wlängstr. 33.

Reste

(billig für elegante
Herrenanzüge, Paletots,
Kinder-Anzüge usw.)
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Köhlerstr. 2.

Verlag v. G. Birk & Co., München.
Zur Agitation empfehlen
wir:
**Robert Albert: Kaiser-
Adressen mit einem Anhang:
Russischer Wohltätig-
keits-Schwindel. 20 Pf.**
Der Fall Krupp, eine
Thalassienammlung. 50 Pf.
**Johannes Timm: Centrum und
Socialdemokratie. 20 Pf.**
**H. von R.: Fürstenportraits.
50 Pf. 11472***
Kopierarbeiten hoher Rabatt.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten
**Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge** in neu,
sonst speciell
Monats-Garderobe
von Kapellieren getragene Sachen,
sind in großer Anzahl stets zu
staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

BLUTARMEN-KRANKEN

ärztlich
empfohlen
1/2 Flasche
1-50 und
2 Mark.
Santa Lucia
steht unter ständiger Kon-
trolle des Gerichtschemikers
Dr. C. Bischoff. [1030L*]

Herren-Moden

elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königsstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Letzte Neuheiten

Riesen-Auswahl

Kaufhaus Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2
Nahe Stadtbahnhof Börse und Hackeschem Markt.

Bekannt Gut und Billig!

Herren- und Knaben-Garderobe

Herren-Jaquet-Anzüge von Mk. 12-52
Herren-Rock-Anzüge von Mk. 25-60
Herren-Gehrock-Anzüge von Mk. 29-60
Herren-Frühl- u. Sommerpaletot von Mk. 12-50
Herren-Beinkleider von Mk. 2.50-15
Herren-Piquéwesten von Mk. 2.25-10

Schuhwaren für Damen, Herren u. Knaben

Herren-Stiefel von Mk. 5.50-18.50
Herren-Schuhe . . . 3.90-10.50
Damen-Stiefel . . . 3.90-16.00
Damen-Schuhe . . . 2.75-8.75
Knaben-Schuhe u. Stiefel von Mk. 3.50-6.90
Kinder-Schuhe von Mk. 2.50-7.75

Anfertigung nach Maass.

Burschen-, Jünglings- und Knaben-Anzüge
Lüstre- und Leinen-Artikel

enorm billig.

Riesen-Auswahl in Neuheiten farbiger Schuhwaren

sehr billig.

Reelle Bedienung

Grösste Leistungsfähigkeit

Genehmigt durch Allerhöchsten Erlass vom 27. Dezember 1899 dem unter dem Protectorate Seiner Majestät des Kaisers u. Königs Wilhelm II. stehenden Verein für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg.

15. Geld-Lotterie zur Herstellung und Ausschmückung der

Marienburg.

Anzahl der Loose 300 000. 8840 Gewinne — 355 000 Mark.
Gewinne baar ohne Abzug zahlbar.

Ziehung 25., 26. u. 27. Mai 1903
im Rathhause zu Danzig.

GEWINN-PLAN:

1. Hauptgewinn	Mark	60000
2. Hauptgewinn	Mark	50000
3. Hauptgewinn	Mark	40000
4. Hauptgewinn	Mark	30000
5. Hauptgewinn	Mark	20000
6. Hauptgewinn	Mark	10000
4 Gewinne à	2500 =	10000 Mk.
10 Gewinne à	1000 =	10000 Mk.
20 Gewinne à	500 =	10000 Mk.
100 Gewinne à	100 =	10000 Mk.
200 Gewinne à	50 =	10000 Mk.
1000 Gewinne à	20 =	20000 Mk.
7500 Gewinne à	10 =	75000 Mk.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt ohne Abzug durch die Danziger Privat-Actien-Bank in Danzig oder durch unsere Firma.

Marienburg Loose à 3 Mk.

Für Porto und Gewinn-Liste 30 Pfg. extra.

Verwand der Loose gegen Postanweisung oder Nachnahme durch Omaldebit

Lud. Müller & Co., Bank-geschäft, Berlin C., Breitestr. 5.

Loose in Berlin auch bei: Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Friedrichstr. 181 und den Linden 3, Hugo Rendelmann, Friedrichstr. 205, Jul. Hahle, Friedrichstr. 100, Croner & Co., Passage, Hch. Kron, Alexanderstr. 54, Alfr. Hanke, Prenzlauerstr. 37, Paul Steinberg & Co., Rosenthalerstr. 11, Karl Leipziger, Rosenthalerstr. 53 und Chausseestr. 113, Max Böttow, Wallstr. 1, Jul. Rosenberg, Kommandantenstr. 51, Rob. Müller & Co., Alte Jakobstr. 100 und Chausseestr. 98a, Paul Hempel, Badstr. 11, R. Thorwarth, Schöneberg, Hauptstr. 149.

Resterhandlung
1 Treppe, 38 Prinzenstr. 38 am Moritzplatz.
Mit prima Stoffen liefert bei unter Garantie bei guten Stoffen in jeder Verarbeitung.
Anzüge nach Mass
Serio I: 24 Mk., Serio II: 27 Mk., Serio III: 30 Mk.
Paletots nach Maß 22 Mark an.
August Löther, Prinzenstr. 38 I. am Moritzplatz
vormals Leiter der Resterhandlung Bebelplatzstr. 99 I.

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69.

Vuentbehrlich für Ausflügler!
Specialarten der näheren Umgebung Berlins.
Bernau-Biesenthal, Lanke, Siebnitz und Wandlitz-See 1,00 Mk.
Buckow am Schermüchel-See (Wälsche Schweiz) nebst Führer 0,75 Mk.
Copenick-Friedrichshagen, Köpenicker-See, Köpenick-Schneidewitz, Köpenicker-See, Köpenicker-See, Köpenicker-See 0,75 Mk.
Eberwalde, Freienwalde-Oderberg 1,25 Mk.
Eberwalde, Jagdschloß Dübentz, Hof, Kloster-See 1,00 Mk.
Freienwalde und nähere Umgebung nebst Führer 1,00 Mk.
Freienwalde, Briesen, Oderberg 1,00 Mk.
Grünwald und weilsche Baworte Berlin 1,00 Mk.
Potsdam, Stadtpark mit nächster Umgebung nebst Lourensvorsteher 0,75 Mk.
Potsdam und Werder 1,00 Mk.
Spreevald u. prähistor. Lössstein-See 0,75 Mk.
Strasberg und der Blumenthal 1,00 Mk.
Teget-Neuliegen, Schuldenberg, Bernsdorf, Pölsdorf und Dadenfelde 0,75 Mk.
Jener empfehlen als sehr prächtig: Taschenatlas von Berlin und Umgebung, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leicht-handliches Format 2,00 Mk.
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, Zusammen 5,00 Mk.
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfasst die Gegenden von Potsdam, Spandau, Dramenburg, Königsplatz, etc. 1,50 Mk.
II. Teil: Weilsche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. O., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 1,50 Mk.
III. Teil: Weilsche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberwalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Müritin, Müden, Spreewald, Rastau 2,00 Mk.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater.

Elegante Costümrocke
in ganz Wolle; in neuen Fassons;
vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u. Längen stets in grosser Auswahl vorrätig
3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
in Damast u. Merveilleux . . . 25 Mk.
Blusen in d. neuest. Fantasiestreifen 1,50 Mk., 2,50 Mk.
Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-Muster, elegante Fassons 5,50, 7,50, 10 Mk.
Eleg. Strassen- u. Gesellschafts-Kleider 20, 25 Mk.
Frühjahrs-Kostüme in Sacco- u. Blusenform in mittelfarbigen neuen Noppé-Stoffen 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Frühjahrs-Saccojackets u. Paletots in den neuesten Modellen 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Massanfertigung.

Grösstes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung
12 Schaufenster Front 1880
Grösste Auswahl, streng reelle Bedienung bei billigen, festen Preisen.
Wer sich auf dieses Inserat bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.
Moritz Gross, Kastanien-Allee 42.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Jetzt nach besonderer Engros-Saison
Einzel-Verkauf enorm billig.
Sacco-Paletots Jacketts Capes Kostüme
Kostümrocke, Gemmimantel für Damen und Mädchen.
Damen-Wäsche-Fabrik
Robert Baumgarten
Hausvogtelplatz 11, 2. Et. (Geg. der Bernsdorferstr.)
Auf Sonntags geöffnet.

Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“.
Sonntag, den 3. Mai 1903:
Beginn der täglichen fahrplanmäßigen Dampferfahrten.
Eröffnung der neuen Dampfstation „Schlesisches Thor“ (Bevernstrasse) am See-See.
Janzwitzbrücke vorm. v. 9^h, stündl. nachm. v. 2 Uhr ab 4^h 15.
Von Schlesisches Thor stündlicher Verkehr bis Forst-Grünau-Schneidewitz.
Von Berlin Moabit Brücke (Café Gärtner) 8^h Uhr vorm. nach Werder.
Charlottenburg, Schlossbrücke 10^h
Spandau, Charlottenbrücke 10^h
Spandau, Lange Br. v. 10^h 15-12^h u. 1^h 15-3^h Uhr stündl.
Werder, Bismarckhöhe v. 12^h 15-7^h Uhr stündl. bis Potsdam, 5^h bis Spandau-Berlin. (Bei gutem Wetter 1/2 stündl. zw. Potsdam-Werder).
Wannsee, 11^h v. 2^h 15-6^h u. stündl. (11^h 30, 6^h ab Gladow) bis Potsdam Potsdam, 11^h v. 1^h 15-6^h (11^h 15, 6^h) Wannsee.
Die Direktion.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
(Endstation der „Stern“-Dampfer)
Inhaber: Hermann Peter.
Telephon: Grünau Nr. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferwege, Regelmässige, große Kaffeehäuser, Zäle, Gassen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

„Zum Sporthaus“ Ziegenhals bei Zeuthen.
Vorort d. Berl. u. Stadt, am Krossinsee bei Nieder-Lehne gelegen, mit Dampferweg, grossem Tanzsaal, Regelmässigen, geräumigen Gassen, ca. 2000 Personen fassend; Table d'hôte für Vereine von 1 Mk. an. Gut gepflegte Biere, h. Weibier, Kaffeehäuser (Nier 75 Pfg.) Elektrisches Orchester, Condelfahrten, Volksbelustigungen. Grosse Spielplätze im schönen Hochwald. Stelle an Wochentagen sehr billige Dampfer.
Telephon: Amt Sülterhausen Nr. 75. [11940] Max Hirschel.

Beryschloss-Restaurant Waidmannslust.
Schönstes Lokal an der Nordbahn.
5000 Personen fassend.
Allen Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.
1894
Ferdinand Müller.

Ziehung 19. Mai
Stettiner Lose 1 M. Pferde- 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 20 Pf.
Gewinne können nach Ziehung freihändig oder auf Auktion gut verwertet werden gegen
Bar-Geld.
414 Gewinne im Gesamtwerte von M.
135.000
davon 110 Reit- und Wagenpferde mit 7 Equipagen: M.
112.000
4000 Silbergewinne mit M.
21.200
u. 10 eleg. Fahrräder 1000 M.
Lose versendet d. Gen.-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5 (Telegr.-Adr.: Glücksmüller)

Dr. Schünemann,
Specialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12-1, 3, 1/2, 8, Sonnt. 9-11.

Warenhaus Wilhelm Stein.

Chaussee-Strasse 65-66.

Extra-Angebot für den 1. Mai.

Frühjahrs-Paletots, marengo Melton-Cheviot . . . 17,50 M.	Frühjahrs-Anzüge, marengo Melton-Cheviot . . . 18,50 M.	Sommer-Loden-Joppen, dunkelgrau marengo 4,25 M.
Frühjahrs-Paletots, moderne Streifen . . . 22,50 M.	Frühjahrs-Anzüge, dunkle, solide Streifen 25,50 M.	Piqué-Westen, in nur modernen Mustern . . . 2,25 M.
Frühjahrs-Havelocks . . . 18,50 M.	Schwarze Kammgarn-Anzüge . . . 21,00 M.	Frühjahrs-Beinkleider, gut dunkle Streifen 3,10, 4,50, 6,00 M.

Ferner offerieren wir:

Malerkittel 2,15 M. Mechanikerkittel 2,50 M. Blaue Monteurjacken 1,35 M.

Italienischer Haarhut,
Specialmarke der Firma
Herren- und Knaben-Strohhüte,
weisses Binsengeflecht, **4,90 M. 95 Pf.**

Reinseidene Taffet-Schleifen,
mit voller Binde und Goldstempel, **38 Pf.**
Bunte Herren-Oberhemden,
mit fester Manschette, **2,45 M.**

Probieren Sie unsere Qualität-Cigarre
Kardinal a Stück 5 Pf.

Elastikverkauf
zu erstaunend billigen Preisen.

Welcher Herrenhut mit Satinfutter Mk. 1,75
Atlasfutter 2,-
kleinere Form 1,50

Cylinder-Verleihen Mk. 0,50.

Stetler Herrenhut mit Futter . . . Mk. 2,-
Diese Hüte liefern auch in besseren Qualitäten.

Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl.

Oscar Arnold

Engros. Grösstes Spezialgeschäft Export. für Filzhüte, Strohhüte, Stoffhüte, Cylinder und Mützen.
nur **Dresdenerstr. 116** (Köln Laden).

Elegante Jackett-Anzüge
in allen modernen Farben und Streifen
18-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge
schwarz und farbig
von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen
von 3-14 Mark.

Sommer-Paletots
elegante und moderne Verarbeitung
in allen modernen Farben und Streifen
von 16-40 Mark.

Jünglings- und Knaben-Garderobe
in grosser Auswahl.

Moderne Westen
von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderoben

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.

Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise! Feste Preise!

Weltberühmt
sind meine beliebten echten
Seehundleder - Portemonnaies
mit praktischem Doppel-Schlussbügel.
Modell 1903. G. M. S. 49 432.

Ganz aus einem Stück echten Seehundleders gearbeitet mit Zahltasche und Extra-Verschluss für Gold- und Papiergeld.

Für Herren pro Stück 3,-
Damen

Albert Rosenhain,
Berlin SW, Leipzigerstrasse 73/74.

J. A. Partenheimer, Kaiser Wilhelmstr. 19a.

Stollschinken . . . 75-110 Pf.	fr. Schweinefleisch 55-60 Pf.
Hinterhinken . . . 90-100	Rindfleisch . . . 70
fetter Speck . . . 65-68	Schweinebauch . . . 50
magerer Speck . . . 70-75	Rindfleisch . . . 55
Schlachtwurst, Salami . . . 75	Veien . . . 55
f. Leber, Jungebraten . . . 75	Rinderbraten . . . 65
Tagewurst u. Braunsch. . . 75	Oberhälle . . . 65
Blauwurst, Hühnerfleisch 48	Verkauf von 5 Pf. an. 13150

bewährteste Nahrung für **Kufeke's Kindermehl** gesunde, magen-darmkranke Kinder.

Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung: 19. Mai er.
4114 Gowina l. W. von Mk.

135000

Losse a 1 M. - 11 Stück 10 M.
(Porto und Liste 20 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bach-Gesellschaft,
Berlin W., Friedrichstr. 161.
Filialen:
NW, Wilsnackerstrasse 63.
O, Andreasstrasse 46a.
NO, Granichenstrasse 177.

In den Cigarren-Spezialgeschäften erhältlich:

ASSIM-CIGARETTEN - 10 Stück 30 Pf. - mit wertvollen Coupons

Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges. • Grösste Deutsche Cigaretten-Fabrik.



Volle Garantie für Haltbarkeit.

Max Tack

Command.-Ges. Strausberg

bringen für den Sommer extra billige Preise.

Damen-Spangen-Schuhe, roth und braun	3,75 Mk.
Damen-Schnür- u. Knopf-Schuhe, roth und braun . . .	3,90 "
Damen-Schnür- u. Knopf-Stiefel, roth u. braun	5,90 u. 6,90 "
Damen-Leder-Zug-Stiefel, extra stark	2,90 "
Herren-Leder-Zug-Stiefel, extra stark	3,90 "
Kinder-Leder-Schnür- und Knopf-Stiefel mit Absatz .	1,95 "
Eleganter Lasting-Morgenschuh mit kleinem Absatz .	1,20 "

In Deutschland 88 Niederlagen:

In Berlin:

N.W. Thurmstrasse 31.
N. Reinickendorferstr. 6.
N. Badstrasse 23.
O. Weldenweg 63.

In Rixdorf:

Bergstrasse 11.

Achtet genau auf Firma!

Wahlbewegung.

Köder für den „Mittelstand“.

Bei den diesmaligen Reichstagswahlen rechnet die Gruppe der rechts stehenden Parteien, wenn man nach den Aussagen ihrer Abgeordneten und einzelner ihrer Führer urteilen darf, in Berlin wenigstens auf einen starken Erfolg...

Zum fünften Wahlkreise, in dem die vereinigten Ordnungsgelute die Führung der Antisemiten überlassen haben, konnte man sich am Mittwoch von dem Erfolg der bisherigen Arbeit überzeugen. Ein Schneidermeister Donner, der seit Monaten in allen Stadtteilen Berlins Versammlungen gegen die Rabattspartei...

Auch die für den fünften Kreis aufgestellten Reichstagskandidaten waren eingeladen worden. Der Vorsitzende forderte die etwa erschienenen Kandidaten auf, „oben“ Platz zu nehmen. Es meldeten sich der Kandidat der Konservativen und Antisemiten Herr Bruhn und der sozialdemokratische Kandidat Genosse Robert Schmidt...

Herr Donners Referat gipfelte darin, daß die Rabattspartei und Konsumvereine den „Mittelstand“ schwer geschädigt haben und ihm den völligen Ruin bringen werden, wenn nicht Einhalt geboten wird.

Robert Schmidt, der darauf zum Wort kam, bemerkte kühl, er habe keinerlei Pläne, Stimmensatz zu treiben. Doch halte auch er die Rabattspartei für etwas sehr Ungefundenes und die Konsumvereine zum mindesten für keine große Errungenschaften...

Herr Bruhn, der darauf zum Wort kam, bemerkte kühl, er habe keinerlei Pläne, Stimmensatz zu treiben. Doch halte auch er die Rabattspartei für etwas sehr Ungefundenes und die Konsumvereine zum mindesten für keine große Errungenschaften...

In den kräftigen Beifall, den der sozialdemokratische Kandidat bei einem beträchtlichen Teil der Versammlung fand, mischte sich während Bruhn und das Gedrüll „Raus, raus!“

Es folgte eine lange Diskussion über die Not des „Mittelstandes“. Schließlich wurde von der stark gelächelten, auf knapp 60 Mann zusammengekommenen Versammlung — die meisten der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden hatten sich bereits entfernt — eine Resolution zu Gunsten Bruhns angenommen.

Der Wahlanruf der Wörleaner. Nachdem die Rabler, die Hausbesitzer und Grundbesitzer dem Beispiel der Großgrundbesitzer gefolgt sind und ihr engstes und persönlichstes Interesse zur Wahlparole erhoben, kommen nun auch die Wörleaner mit einem ähnlichen Aufruf.

Zur Förderung solcher Zwecke bedürfen die Parteien reichlicher materieller Unterstützung, und wie rühten an Sie die dringende Bitte, und nach Möglichkeit mit Mitteln zu versehen.

Geopold Wadt, i. B. Hermann Jacoby, Neue Friedrichstraße 45. Max Vuggisch, i. B. Eitel u. Vuggisch, Driemühlburgerstr. 44. Max Lewy, i. B. Remper u. Co., Luststraße 82. Siegmund Sincus, Marienstraße 52.

Es ist diesen großherzigen Unterstützern der „liberalen“ Weltanschauung egal, ob Nationalliberale, Freisinnige Vereinigung oder Freisinnige Volkspartei — wenn sie nur für die Wörleaner eintraten. Der Junkerbund hat auf die „Wörleaner“ einen höchst erzieherischen Einfluß ausgeübt!

Der Wahlanruf der Reichspartei. Reichsparteiliche (freikonservative) Wähler giebt es nach einem neuen Wort Liebermann u. Sonnenbergs nicht, sondern nur reichsparteiliche Abgeordnete. Diese Herren, Agenten und Träger des Industriejudenstums, haben nun auch ihren Wahlanruf veröffentlicht.

Das stetige Anwachsen auch der parlamentarischen Vertretung einer Partei, welche unsere ganzen staatlichen Verhältnisse umfassen, unsere ganze heutige Kultur zerstören will, und deren Führer bestrebt sind, alle göttliche und menschliche Autorität zu untergraben...

Den VI. Berliner Wahlkreis will durchaus die — Freisinnige Volkspartei erobern. Zu diesem Zweck will sie am 4. Mai einen Kandidaten aufstellen. Das hohe Ziel aber kostet „Geld, sehr viel Geld“, und darum geht der Vorstand der Freisinnigen des sechsten Wahlkreises mit dem Ringelbeutel unbedarft.

Das abgeänderte Wahlreglement wird mit dem Datum des 23. April 1903 im „Reichs-Anzeiger“ vom 30. April publiziert. Dem Reglement ist auch ein neues Formular zum Wahlprotokoll beigefügt.

Humor im Wahlkampfe. Unsere Parteigenossen im Wahlkreise Königsberg, N.-O., haben sich seit je ganz besonders liebevoller Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen und bei der bevorstehenden Flugblattverbreitung waren nach früheren Erfahrungen zahllose künstliche Hindernisse zu überwinden.

Der Besuch gegnerischer Versammlungen. In der bürgerlichen Presse wird vielfach versucht, aus den Bemerkungen in unserem Blatte über den Besuch gegnerischer Versammlungen, die vor einiger Zeit an den Bericht über Vorgänge in einer Berliner Versammlung angefügt waren, Kapital zu schlagen gegen das Verhalten unserer Genossen an anderen Orten.

Wahlurnen aus Blech, die einer großen Sparbüchse gleichen, sind in Rönneberg konstruiert worden und werden dort zur Verwendung gelangen. Die Urne kostet nur 3,50 M. Es ist also möglich, für wenige Groschen eine Wahlurne zu beschaffen.

Zur Verbleibung der Wählerlisten hat man in Notibus verständigere Weise den Buchdruck zur Anwendung gebracht. Ein Buchdrucker erhält den Auftrag, für die Gemeindebehörde eine Anzahl Exemplare der Liste zu drucken, die dann in dieser Form an verschiedenen öffentlichen Orten zur Durchsicht ausgelegt werden.

Verbotene Wählerversammlung. Die die „Dresdener Volksblatt“ berichtet, wurde in Noworajew eine Wählerversammlung der polnischen Sozialisten verboten, weil die Polizei eine Störung der öffentlichen Ordnung befürchtete. Ein solches Verbot ist ungeschicklich und giebt einen Grund zur Wahlanfechtung.

Wahlflugblätter in der Schule. Unser Königsberger Volksblatt ist in der Lage, über zwei Fälle von Mißbrauch der Schule zur Wahlagitatorien zu berichten. In der Schule in Lissitz-Prenchen hat ein Lehrer ein konservatives Flugblatt in seiner Klasse verteilt

und ebenso der Lehrer in der Schule Schmalenningten (Reichs-Ragnitz-Pillkallen). Der letztere hat den Kindern sogar aufgetragen, ihm am nächsten Tage den Inhalt des Flugblattes wiederzuerzählen.

Wir haben zwar nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn man, wie wir gestern aus Danzig mitteilen konnten, die Kirche zum politischen Kampflanze macht, aber gegen den Mißbrauch der Schule zu Parteizwecken müssen wir ganz entschieden Verwahrung einlegen.

Der Wahlkreis Eberfeld-Barmen ist jetzt bereits mit fünf Kandidaten besetzt. Außer dem bisherigen Vertreter des Kreises, unferm Genossen Rollenbühler, kandidieren für das Centrum Landrichter Marx, für die Freisinnigen Dr. Müller-Sagan, für die Nationalliberalen A. Friedrichs und für Konservative und Antisemiten Oberlehrer Ling.

Der Jesuitenlöcher Hoensbroech, der im 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreise als ganz schlichter Kandidat der vereinigten Volkspartei auftritt, betreibt den Wahlkampf mit so viel Geist, daß er die sozialdemokratische Opposition aus seinen Versammlungen einfach hinauswerfen läßt.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 30. April, 11 Uhr. Im Ministerrath: Herr v. Rheinbaben, Herr v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst. Die Kommission hat in § 4 die Bestimmung der Regierungsvorlage wiederhergestellt, daß die Regierungsreferendare ohne weiteres von den Regierungspräsidenten ernannt werden sollen.

Professor Dr. Schmolzer-Berlin: Der Hauptübelstand, der heute besteht, ist das Einparten zum Examen. Die anderthalb- bis zweijährige Summelei auf den Universitäten verursacht große Schäden. Es giebt keinen andren Stand der Welt, der verlangt, zwei Jahre lang saulenzen zu dürfen, das verlangt nicht der Offizier, nicht der Kaufmann, kurz: kein andrer Stand.

Minister des Innern Herr v. Hammerstein: Sachlich kann ich mich mit vielem einverstanden erklären, was Professor Schmolzer vorgebracht hat. Ob seine Worte über die Summelei in dieser Schärfe notwendig waren, will ich dahingestellt sein lassen. Ich halte es für sehr notwendig und wünschenswert, daß die Studenten die Kollegien besuchen.

Herr v. Wilmowitz-Möllendorf befragt die Annahme der Vorlage in der Fassung der Kommission. Es müsse festgehalten werden an den alten preussischen Traditionen, damit Männer von weitem Blick und wirklichen Kenntnissen herangezogen würden.

Minister des Innern Herr v. Hammerstein: Sachlich kann ich mich mit vielem einverstanden erklären, was Professor Schmolzer vorgebracht hat. Ob seine Worte über die Summelei in dieser Schärfe notwendig waren, will ich dahingestellt sein lassen. Ich halte es für sehr notwendig und wünschenswert, daß die Studenten die Kollegien besuchen.

Professor Dr. Dernburg-Berlin: Ich möchte doch meine Rechte gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz nehmen. Ich habe heute morgen bereits um 8 Uhr eine Vorlesung gehalten und eine Gruppe von Studenten vorgefunden, denen diese Stunde nicht zu früh war.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Wer in 6 Semestern nichts lernt, lernt auch in 7 nichts. Aber unser Bestreben muß dahin gehen, mehr als bisher eine zweckmäßige Verwendung der Studienzeit, in erster Linie eine individuelle seminaristische Vorbildung zu sichern.

Professor Dr. Schmolzer: Der Minister des Innern meinte, ich hätte lieber meine Geschäfte nicht erzählen sollen. Die Geschäfte sind aber gut beglaubigt, sie sind mir zu einem erheblichen

Teil von Ohren- und Augenzeugen erzählt. Es handelt sich um zwei verschiedene Minister des Innern. Ich habe absichtlich durchaus h a r m l o s e Geschichten erzählt, ich hätte sehr viel schärfere, deutlichere erzählen können, die ich aus Discretion verschwiegen habe. Ein großer Teil unserer Fraktion hat dringend verlangt, daß dieser Stimmung ein gewisser Ausdruck verliehen werde. Ich glaube, ich bin diesem Auftrag in der allerbilligsten Form nachgekommen. (Wraol)

Professor Dr. Kühning-Galle: Nach meiner Ansicht wird die jetzige Ausbildung unserer höheren Verwaltungsbeamten durch die Vorlage nicht gebessert. Man wird in der Zukunft oft sogar von einer Viertelbildung sprechen können. Der Fleiß unserer Juristen hat im allgemeinen ja zugenommen, aber dennoch ist ein beträchtlicher Teil, namentlich derer, die später Verwaltungsbeamte werden, gar nicht in der Lage, von unsren Universitäts-Einrichtungen Gebrauch zu machen. Zumal in den ersten Semestern wird von der Universität kaum Notiz genommen. Vellagenstovort ist auch das stete Anwachsen des Einpaulectums.

Oberbürgermeister Fuß-Niel begründet seinen Antrag, der von 26 Mitgliedern des Hauses unterstützt ist: „die königliche Staatsregierung um Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs zu ersuchen, der die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienst gleichzeitig mit demjenigen zum höheren Justizdienst regelt.“

Graf Hind von Finckenstein-Schönberg: Die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage in den beiden Häusern legt mir den Wunsch nahe, derartige Gesetzentwürfe zuerst dem Herrenhaus zugehen zu lassen, das besonders kompetent zur Entscheidung über solche Verwaltungsfragen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit schließt die Generaldebatte.

Es folgt die Specialdebatte.

Die §§ 1-3 werden debattelos angenommen.

§ 4 wird in der Kommissionsfassung angenommen mit 103 gegen 5 Stimmen. Dagegen stimmten u. a. die Oberbürgermeister Straußmann, Fuß und Kirchner.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen und der Antrag Fuß abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Eisenbahnverstaatlichungs-Vorlagen, Antrag des Herrn v. Rantekuffel, betr. die Kündigung der Handelsverträge, Schindlerbahnvorlage und kleinere Vorlagen.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Ein sonderbares „Mißverständnis“ ist, nach der Königsberger „Volkzeitung“ auf der Post in Groß-Gnie (Kreis Gedau) passiert. Für einen dortigen Arbeiter war Anfang April ein Palet aus Königsberg angekommen. Der Gutsverwalter, der dort den Postdienst versieht, ließ den Adressanten rufen und verlangte, er solle das Palet im Amtsräum aufmachen, denn es seien wahrscheinlich socialdemokratische Kalender darin, und er habe den Auftrag vom Landrat, socialdemokratische Drucksachen nicht auszuliefern, sondern an das Landratsamt einzurichten. Nach einigem Widerstreben machte der Arbeiter dem schließlich das Palet auch auf. Es waren wirklich socialdemokratische Kalender darin. Diese nahm ihn der Postverwalter gegen seinen Willen ab und forderte ihn auf, das Zimmer zu verlassen. Trotz aller Entgegnungen des Adressanten blieb es dabei. Der Geschädigte konnte nichts weiter thun, als sich beim Landrat beschweren. Zugleich führte der Adressant in Königsberg Beschwerde bei der Ober-Postdirektion. Auf diese letztere Beschwerde ist eine Entscheidung noch nicht ergangen. Vom Landrat kam am 16. April folgendes Schreiben:

„Der Ihnen vom Gutsverwalter in Gr.-Gnie abgenommene Inhalt des Palets wird Ihnen anliegend zurückgeschickt.“

Die Abnahme der Drucksachen ist infolge eines Mißverständnisses erfolgt.“

Auf welcher Seite liegt nun das Mißverständnis? Beim Landratsamt oder beim Postverwalter? Bekanntlich kann die Verschlagnahme von Briefen und Postsendungen nur auf Anordnung des Untersuchungsrichters erfolgen wenn jemand unter Anklage gestellt ist. Selbst wenn also das Mißverständnis auf dem Landratsamt seine Stätte hatte, mußte der Postverwalter ein Eingehen auf den mißverständlichen Auftrag ablehnen. Auf die Postverwaltung wirft es kein gutes Licht, daß sie Leute beschäftigt, die so wenig mit ihren Obliegenheiten vertraut sind.

Zum Kampf um die Säle in Leipzig wird mitgeteilt, daß nun den Leipziger Genossen hauptsächlich ihr Kaiser-Lokal, der Brauereigarten in Stötterly entzogen worden ist. Seit 1892, also seit 11 Jahren, stand dieses Lokal der Leipziger Arbeiterpartei zur Abhaltung ihrer Kaiserfeier zur Verfügung. Nachdem auch in diesem Jahre die üblichen Vorbereitungen zur Abhaltung des Festes getroffen worden waren, ist im letzten Augenblick die Vermutung des Brauereigartens von der Brauerei-Gebrüder Ulrich verweigert worden. Zunächst sollte außer dem Brauereigarten auch die Vermutung der Festhalle nicht gestattet werden. Dem Gastwirt Bonbran, der bisher als der Pächter des Grundstücks galt, wurde von der Brauerei eine Strafe von 1500 Mark angedroht, wenn er gegen den Willen der Festfeier die Halle zur Verfügung stelle. Wenn die Arbeiter bei ihren Festen, die in Stötterly abgehalten wurden, irgendwelche Wünsche äußerten, wurden sie in den letzten Jahren regelmäßig an den „Pächter“ verwiesen, weil die Brauerei nichts damit zu thun habe. Heute zeigt sich, daß Herr Bonbran gar nichts zu sagen hat, sondern den Bestimmungen der Brauerei nachkommen muß. Als das Komitee auf Wunsch des Herrn Bonbran mit diesem am Dienstag verhandelte, wurde auf Grund dieser Verhandlung die Vermutung der Festhalle zugestanden, dagegen die Vermutung des Platzes nach wie vor verweigert. Da aber die Vermutung der Halle allein unzureichend erscheint, weil zur Kaiserfeier, besonders bei günstigem Wetter, eine Beschränkung der Bewegung im Freien eine wesentliche Beeinträchtigung der Feier bedeuten würde, so lehnte das Komitee dieses Anerbieten ab. — Die Arbeiter Leipzigs werden nichts desto weniger ihr Kaiserfest feiern, wenn auch nicht in Stötterly, so doch im Brauereigarten zu Burghausen.

Eine Anzahl von Unternehmern nimmt bereits offen Partei für den Brauereiverein, indem sie in ihren Kantinen die Einführung ringförmiger Bieres verbieten. Das hat allerdings nur den Erfolg, daß die Arbeiter notgedrungen zu Abstinenz werden; das Ringbier schmeckt ihnen nun einmal nicht.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

— **Kaiser und Behörden.** Die Königsberger Polizei fand es langweilig, in dem Reigen der übrigen Polizeibehörden mit dem üblichen Festumzugs-Verbot unter dem immer wiederkehrenden, langweiligen Hinweis auf die dringenden „Gründe der öffentlichen Ordnung“ mit zu figurieren. Sie erlaßt etwas ganz Eigenartiges und verfiel auf das erfahrungsgemäß immer komisch und originell wirkende Gebot der Censur. Weil sonst nichts zu censurieren war, nahm sie sich die für die Anschlagstulen bestimmten Plakate vor und es werden nun unbarmherzig folgende Sätze geschrieben, die überklebt werden sollten. „Der... wird von der socialdemokratischen Arbeiterpartei in diesem Jahre als großer Festtag gefeiert werden.“

Von dem Worte Festredner wurde „Fest“ gestrichen. „Genossen“ durfte auch nicht stehen bleiben. Weiter durfte nicht stehen bleiben: „Arbeiter, begeht in würdiger Feier den 1. Mai. An diesem Tage muß die Parole für jeden Arbeiter, für jede Arbeiterfamilie sein: Auf zum Kaiserfest der Arbeit, auf zur machtlosen Demonstration für Arbeiterschutz, für den Achtstundentag und für den Völkerrfrieden! Auf zur Kaiserfeier! Hoch der erste Mai.“ — Nachdem all diese Worte überklebt waren, wurde das staatsgefährlich: Plakat von der Censur freigegeben. Die Wirkung der so ausgestatteten Plakate ist eine wahrhaft sensationelle. Die Königsberger stehen an allen Anschlagstulen, stannen und zerbrechen sich den Kopf über die Rätsel, die ihnen die Polizei aufgibt. Wie es heißt, sollen hohe Stellen über den Inhalt der überklebten Sätze abgefragt sein und die Nummer der Königsberger „Volkzeitung“, welche pflichtgemäß die in den Plakaten befindlichen Sätze ergänzte, fand infolgedessen eine Menge aufgeregter Einzelkäufer. — Der Kaiser-Umzug wurde auch in München nicht erlaubt. Das betreffende Schriftstück bewegt sich im allgemeinen in den üblichen Wendungen, nur teilt es an einer Stelle mit bayerischer Offenheit den sonst andernwärts still verschwiegenen wahren Grund zu der Veragung des Umzuges mit, indem es u. a. heißt, daß die Genehmigung „mit Rücksicht auf den politischen Charakter der Maidemonstration“ nicht erteilt werden könne.

Daß ein Kriegsgericht die Ehre eines socialdemokratischen Abgeordneten wahren muß und zwar gegen einen preussischen Gendarmen ist ein Stück Ironie der Weltgeschichte, wie er behender noch nicht vorgekommen sein dürfte. Am 21. September — einem Sonntag — verbreiteten der Richter R. und der Lagerist G., beide aus Hof, in Sparnberg an der bayerischen Grenze, dem letzten Ende des Ersteren Wahlkreises, socialdemokratische Agitationskalender. Als sie den Ort beleg hatten, stellte sie der Fußgänger Wolf II und verlangte ein Exemplar. Sofort studierte er die erstendende Lesart und ließ sich mit seinen Genossen in eine Auseinandersetzung ein. Im Lauf des Gesprächs sah W. nach dem Verleger des Kalenders und als er da den Namen Reichhaus las, sagte er, nach der Anlage: „Reichhaus, den kenne ich; wie der nach Erfurt kam, hatte er keinen Rock und keinen Knopf, jetzt hat er drei Häuser, die hat er sich nicht mit der Nadel verdient. Reichhaus ist ein Kusbenter, ein Maulheld, ein Feigling, der von einem Gegner (Reformer Schad) moralisch geohrfeigt worden und ausgeriffen ist.“ Bei der Namensfeststellung fragte W. die beiden Verbreiter, die keine Legitimation bei sich hatten: „Ist das auch Wahrheit?“ (Die angegebene Namen. D. W.) Darauf die beiden: „Die Socialdemokratie kämpft für die Wahrheit und Socialdemokraten sagen die Wahrheit.“ W. sagte hierauf höhnisch: „Socialdemokratie und Wahrheit! Die Socialdemokratie ist eine große Lüge und die Luxemburg ist die größte Lügnerin.“ Genosse Reichhaus erfuhr von dem Vorfalle durch die Thüringer Zeitung und stellte gegen den Gendarmen Strafantrag. Das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg, das eigentlich zuständig ist, überwie aus Eriparnidrächtigen die Sache an die 4. Division in Chemnitz. Dort leugnete der Angeklagte die beleidigenden Äußerungen und zog alle Register, um die Glaubwürdigkeit der Flugblattverteiler, die als Zeugen persönlich erschienen waren, zu erschüttern. Dabei ließ er sich gegen diese zu beleidigenden Äußerungen hinrichten, so daß er vom verhandlungsführenden Kriegsgerichtsrat wiederholt gerügt wurde. Nach 1/2 stündiger Beratung wurde das Urteil gesprochen, das auf 9 Tage gelinden Arrests lautete.

Genosse Reichhaus oder Rosa Luxemburg dürften kaum mit 9 Tagen „Gelinden“ davon kommen, wenn sie ihrerseits sich so „frei“ über einen preussischen Gendarmen äußerten. —

— **Wegen Majestätsbeleidigung** soll sich am 9. Mai Genosse Vorchardt von der Königsberger „Volkzeitung“ vor der Strafkammer verantworten. Die Beleidigung soll in einer Flauderei „Venezolanisch-Deutsches“ enthalten sein. Das Landgericht hatte auf Antrag des Verteidigers, des Genossen Haase, die Eröffnung des Hauptverfahrens bereits abgelehnt; das Oberlandesgericht gab jedoch der Beschwerde der Staatsanwaltschaft statt und eröffnete das Hauptverfahren. — **Wegen Genossen Vorchardt** ist schwebend außerdem eine zweite Klage wegen Beleidigung eines Rittergutsbesizers.

Aus Industrie und Handel.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahn, Berlin. In der heutigen Generalversammlung, in der 21 Aktionäre mit 10,9 Millionen Mark Aktienkapital vertreten waren, wurden die vorgeschlagenen 4 Prozent Dividende für 1902 bewilligt. Auf Anfrage eines Aktionärs führte der Vorsitzende, Kommerzienrat Steinthal, aus, daß im laufenden Jahre bis Mitte April ungefähr 10 Millionen Personen befördert worden und die Einnahmen daran auf rund 1.250.000 M. zu veranschlagen seien. Der Gesamtverkehr dürfte in 1903 voraussichtlich nicht weit hinter 30 Millionen Personen zurückbleiben; die Einnahmen seien auf ungefähr 3.600.000 M. zu schätzen. Ueber die Betriebsausgaben könne im voraus nichts gesagt werden, doch sei anzunehmen, daß die Gesellschaft im Stande sein werde, wiederum 4 Proz. auszuschütten.

Steinkohlenbergwerk Nordstern, Aktiengesellschaft, in Essen. Die gestrige Generalversammlung beschloß entsprechend den Anträgen der Verwaltung, das Aktienkapital um 3.800.000 M. auf 30 Millionen Mark zu erhöhen zwecks Erwerbung weiterer Grundbesitzer auf dem linken Rhein-Ufer. Dieselben marschieren mit der Rede Rheinpreußen. Die neuen Aktien werden von einem Bankkonzortium unter Führung der Nationalbank für Deutschland mit der Verpflichtung übernommen, dieselben den alten Aktionären derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je sechs alte Aktien im Gesamtbetrage von 7200 M. eine neue von 1200 M. entfällt. Der Bezugskurs wurde für die Aktionäre auf 225 Proz. festgelegt.

Ueber die Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes wird der „Volk. Zig.“ von ihrem sachmännischen Mitarbeiter geschrieben: Die Beschäftigung der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie bessert sich fortwährend, so daß namentlich auch die lediglich Fertigfabrikate erzeugenden Werke durchweg befriedigend beschäftigt und für längere Zeit mit Aufträgen gut versehen sind. Die Preise lassen allerdings noch viel zu wünschen übrig, da sie im Vergleich zu den Rohstoff- und Halbzeugpreisen zu niedrig sind und nur einen sehr mäßigen Gewinn abwerfen. Noch weniger lohnend ist das Ausfuhrgeschäft in Fertigfabrikaten, das indes unter den gegenwärtigen Verhältnissen deshalb nicht vernachlässigt werden darf. Ist es doch hauptsächlich auch die Ausfuhr, welche den Werken eine regere Beschäftigung verschafft. In Stab- und Wandblechen ist die Nachfrage recht reg. Auch für Träger hat die Kaufkraft sich in letzter Zeit merklich gebessert, weil die Bauhätigkeit in unsern Industrieorten wieder lebhaft geworden ist. Das Geschäft in Grob- und Feinblechen hat bis jetzt noch keine weitere Belebung erfahren; nur in Kesselblechen ist der Bedarf etwas größer geworden. Die Drahtwalzwerke sind zwar durchweg ausreichend mit Aufträgen versehen, erzielen aber nur geringe Ueberschüsse, weil die Rohstoffpreise zu denen der Drähte und Drahtfabrikate noch immer in einem zu ungleichen Verhältnis stehen. Die Ausfuhr in Drahtblechen und Nieten ist ziemlich reg. Die Nachfrage nach Halbzeug kann kaum befriedigt werden, weil der amerikanische Markt einen ungewöhnlich großen Bedarf aufweist. Noch größer ist aus demselben Grunde die Nachfrage nach Rohblechen zu befriedigen, weshalb sogar einige Werke die Errichtung neuer Hochofen plänen. Die Beschäftigung der Hüttenwerke hat sich wieder verschlechtert; auch in andren Hüttenfabrikaten ist die Nachfrage unbefriedigend. Etwas besser beschaffen ist dagegen wieder die Maschinenfabriken und Konstruktions-Werkstätten, doch dauert der scharfe, die Preise stark drückende Wettbewerb unter diesen Werken fort.

Einen anständigen Entschädigungslohn bewilligten sich auf ihrer Generalversammlung die Aktionäre der Maschinenfabrik „Aufhäuserhütte“ in Artern. Der Vorschlag des Aufsichtsrats, 30 Proz. für das verfloßene Jahr zu zahlen, wurde abgelehnt, dafür aber beschlossen die Aktionäre, daß 45 Proz. gezahlt werden.

Gewerkchaftliches.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands.

Fast drei Wochen dauert die brutale Aussperrung von 4200 Hieslern Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Öffnung der Unternehmern, daß die Arbeiter infolge Geldmangels schon in den ersten vierzehn Tagen zu streiken gezwungen wurden, ist jämmerlich zu Schanden geworden an der Solidarität der deutschen Arbeiter. Die Berliner Metallarbeiter, die Generalkommission und der Metallarbeiter-Verband erkannten klar die Situation und sprangen den Hiesler Klassen Genossen mit materieller Hilfe bei. Den Unternehmern ist es schwer auf Herz gefallen, daß entgegen den Lügenberichten der bürgerlichen Presse („Königliche Zeitung“ usw.) am Sonnabend, den 25. d. M., die Unternehmern für die ersten 14 Tage, ca. 60.000 Mark, prompt ausgezahlt wurden. Doch mit dieser einen Auszahlung ist es vielleicht noch nicht gethan.

Wenn auch noch andere die kleinen Fabrikanten sich in schwerer Bedrängnis befinden, so sitzen sie doch fest in den Fängen der Großkapitalisten, die unter allen Umständen die Organisationen vernichten möchten. Es muß deshalb dafür gesorgt werden, daß nicht der Hunger die Arbeiter durch den Fabrikanten-Arbeitsnachweis in die Fabriken treibt! Genügt die Unterstützung auch für die nächsten Auszahlungen, so ist bei der seltenen Einmütigkeit und Begeisterung der Hiesler Arbeiter der Sieg zweifellos unser!

Ein solcher Sieg bedeutet aber die dauernde Eroberung Südwestfalens für die modernen Organisationen, eine Niederlage der Arbeiter würde von den traurigsten Folgen für die Hiesler Gegend, von schlimmster Vorbedeutung für die Metallarbeiter Rheinland-Westfalens sein.

Den jetzigen Zeitpunkt betrachteten die Unternehmer als den günstigsten Augenblick zur Vernichtung der Arbeiterorganisationen, da die neben dem Verbande (1600 Mitglieder) noch bestehende Lokalorganisation (700 Mitglieder) in kurzen übergetreten wäre und das Unternehmertum dann einer einheitslosen, geradezu unbesiegbaren Organisation gegenüber gestanden hätte. Deshalb gerade in diesem Augenblick die Proklamierung des brutalen Kampfes! Aber gerade deshalb ist es auch Pflicht der deutschen Arbeiterpartei, in glänzender Weise ihre Solidarität zu beweisen und den Hiesler Arbeitern, die noch bei jedem Appell an ihre Solidarität ihr Scherlein opfereten, zu zeigen, daß in diesem schweren Kampfe Millionen deutscher Arbeiter hinter ihnen stehen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Gebt Euer Scherlein zu den Sammlungen für die Hiesler Aussperrten; gebt schnell, so gebt Ihr doppelt!

Im Auftrage der Streikleitung:
Karl Spiegel, Bezirksleiter vom Deutschen Metallarbeiter-Verband (VII. Bezirk).

Düffeldorf, Weiberstr. 8 III.
Heinrich Limberg, Arbeitersekretär, Hiesler, Verghenstr. 15.

Berlin und Umgegend.

Der Baukempnerstreik vor dem Einigungsamt. Nachdem in voriger Woche bei den Verhandlungen zwischen der Tarifkommission der Gesellen und dem Innungsoberrate keine Einigung erzielt war, hatte letzterer das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen. Die Verhandlungen gingen unter dem Vorsitz des Direktors v. Schulz am Donnerstag vor sich. Cohen als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes begründete die Forderung des Minimallohnes von 60 Pf. mit dem Hinweis auf die übrigen in der Baubranche thätigen Arbeiter, wie Maurer, Zimmerer, Töpfer und Dachbeder, die sämtlich schon jetzt einen höheren Stundenlohn hätten, wie die mit besonders gefährlicher Arbeit bedachten Baukempner. Er erklärte sodann, ein Entgegenkommen bezüglich des Minimallohnes wäre vielleicht vor dem 1. April möglich gewesen. Da die Innung aber jede Verhandlung unter Mitwirkung eines Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes rundweg ablehnte und es so durch ihre Schuld zum Streit kommen ließ, in dessen bisherigem Verlauf von 127 Firmen mit ca. 950 Arbeitern bereits 110 Firmen mit etwa 650 Arbeitern die Forderungen bewilligt haben, da sei eine Resubstanzierung der Forderung schlechterdings unmöglich. Die Organisation sei es den jetzt schon arbeitenden Kollegen schuldig, sie nicht durch ein Nachgeben zu schädigen und habe gleichzeitig die moralische Pflicht, den noch Streitenden dieselben Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Obermeister Berger suchte in längeren Ausführungen die Schuld an dem Streit von der Innung abzuwälzen und erklärte sich im Prinzip dafür, die Arbeiter nur nach ihrer Leistung zu bezahlen. Einen Stundenlohn von 60 Pf. zu gewähren, seien die Arbeitgeber um so weniger in der Lage, als ein großer Teil der Arbeiter denselben nicht verdienen. Diese Ausführungen wurden von Cohen widerlegt. Darauf schritt die Parteien zu den Einzelberatungen. Es schien anfangs auch, als wenn eine Einigung zu Stande kommen würde, denn die Arbeitgeber hatten den Minimallohn von 60 Pf. bereits zugestanden. Nur wünschten sie für die Ausgelerten einen Lohn von 50 Pf. und für die im zweiten Jahre nach beendeter Lehrgzeit stehenden Gesellen einen solchen von 55 Pf. feigegeht zu sehen, womit sich die Arbeiter auch einverstanden erklärten. Außerdem aber verlangten die Arbeitgeber, mit allen und durch Invaldität oder Unfall in der Leistungsfähigkeit beschränkten oder sonst noch minderleistungsfähigen Arbeitern selbstständige Vereinbarungen über die Höhe des Lohnes zu treffen. Soweit die von Unfällen usw. betroffenen Arbeiter in Frage kamen, willigte die Kommission der Streikenden in das Verlangen der Meister ein, jedoch den lauschaftigen Passus betreffs der „sonst noch minderleistungsfähigen“ wies sie mit Entschiedenheit zurück. Da die Arbeitgeber aber hartnäckig an ihrem Verlangen beharrten, so kam es auch diesmal zu keiner Einigung, die Verhandlungen waren gescheitert. Der Vorsitzende erklärte namentlich, daß am kommenden Mittwoch ein Echiedsgericht gefaßt werde, wenn nicht noch vorher neue Verhandlungen angebahnt und dabei eine Einigung erzielt werde.

Die Arbeiter in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn beschließen, demnächst in eine Lohnbewegung einzutreten. Am Mittwoch fand eine stark besuchte Versammlung derselben statt, wo es zu einer lebhaften Aussprache über die geradezu erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der „Großen Berliner“ kam. Es erhalten gelernte Arbeiter, Schloffer, Schmiede usw. einen Anfangslohn von 35 Pf. und die Hilfsarbeiter einen solchen von nur 27 1/2 Pf. pro Stunde. Um die Leute trotzdem an den Betrieb zu fesseln, ist das Staffelsystem eingeführt worden, so daß den gelerntem Arbeitern mit Beginn des dritten Arbeitsjahres 40 Pf. und nach 12 Jahren sogar ganze 47 Pf. Stundenlohn in Aussicht gestellt werden, die Hilfsarbeiter sollen es nach vier Jahren auf 32 Pf. und nach 10 Jahren auf 37 Pf. Stundenlohn bringen dürfen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, doch infolge der geringen Löhne ist das Ueberstundenwesen dort in beträchtlichem Maße eingeriffen. Dazu kommen noch die schlechten sanitären Einrichtungen und die schandliche Behandlung durch einige Meister. Von den anwesenden Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes, der Metallarbeiter-Gewerkchaft, des Schmiede-Verbandes und des Hiesler-Handelsgewerkschafts wurde die jetzige Lohnbewegung als durchaus berechtigt anerkannt und den Arbeitern im Falle eines Ausstandes volle finanzielle und moralische Unterstützung zugesagt. Zur Annahme gelangte einstimmig folgende Resolution: Die Versammlung beauftragt ihre Vertrauensleute und die Vertreter der Organisationen, ihre Forderungen auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu formulieren, um in der kommenden Woche endgültig den Tag der Arbeitsniederlegung zu bestimmen, falls die Forderungen bis dahin nicht bewilligt sind.

Verfammlungen.

Zur Lohnbewegung der Müllkutscher. Die bei der Firma S. Schöller in der Müllerstraße beschäftigten Kutscher, Mitfahrer und Meserveleute hatten am Donnerstag die Arbeit niedergelegt, nachdem vorhergehende Verhandlungen über ihre Forderungen — 3 Mark Lohnsteigerung pro Woche und Regelung der Touren — keinen Erfolg hatten. Nach der Arbeitniederlegung, an der 55 Mann beteiligt waren, verhandelte die Firma unter Hinzuziehung eines Vertreters des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes mit den Ausständigen und bewilligte ihnen eine Lohnsteigerung von 27 auf 30 M. für Kutscher, von 24 auf 27 M. für Mitfahrer, von 21 auf 22,50 M. für Meserveleute und Hofarbeiter. Meserveleute, welche auf der Tour mitfahren, erhalten denselben Lohn wie die Kutscher und Mitfahrer. Die Touren sollen so geregelt werden, daß die Arbeit mit zwei Führern täglich erledigt werden kann. Die Ausständigen erklärten sich damit einverstanden und nahmen schon vormittags um 10 Uhr die Arbeit wieder auf.

Der Streit der Müllkutscher der Firma „Wirtschafts-Genossenschaft“ dauert unverändert fort. Die Streikenden halten nach wie vor an den gefassten Beschlüssen fest. Streikbrecher sind auch heute nicht aus den Reihen der Streikenden zu verzeichnen. Die Situation ist für die Streikenden eine sehr günstige.

Der Hauptanspruch der Schuhmacher-Jungung hat die Forderungen der Gesellen abgelehnt und deren neuen Lohnsatz für „ungebauer sinnlos, freivol und durchaus unbillig“ erklärt. Ebenso wurde die verlangte Aufhebung des Bescheidens sowie die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises als Eingriff in die Rechte der Meister abgelehnt. Auch der Antrag, eine besondere Generalversammlung einzuberufen, um den Schuhmachermeistern Gelegenheit zu geben, zu den Forderungen der Schuhmachergesellen Stellung zu nehmen, wurde abgelehnt. Die großen Schuhmacher-Gesellschaften der Friedrichstadt sind entschlossen, den Gesellenforderungen geschlossen entgegenzutreten.

Vermutlich wird auch diese Suppe nicht so heiß gegessen, wie sie vom Feuer der Forderungsbelden kommt. Auf alle Fälle wird die Jungung auf den heftigsten Widerstand bei den Arbeitern stoßen.

Gaustag des Dachdecker-Verbandes.

Am 26. April fand in Trebbin der dritte Gaustag des Gauverbandes Brandenburg des Centralverbandes der Dachdecker statt. Delegierte waren aus Berlin, Brandenburg, Potsdam, Steglitz, Tempin, Trebbin, Prenzlau, Stettin. Die Einnahme mit Beitrag ergab die Summe von 457,11 M., die Ausgabe beträgt 314,48 M., bleibt ein Bestand von 142,63 M. Die Mitgliederzahl und Lohnverhältnisse in den einzelnen Filialen sind folgende: Berlin, Mitglieder 400, Stundenlohn 65 Pf., neunstündige Arbeitszeit. — Trebbin, 20 Kollegen am Orte, davon 18 organisiert, Stundenlohn bis 47 Pf., Pf. für Dachdecker, bis 39 Pf., Pf. für Hilfsarbeiter, zehnstündige Arbeitszeit. — Brandenburg, 11 Kollegen am Orte, davon 9 organisiert, dagegen sind 14 Meister in Brandenburg, Stundenlohn 40—43 Pf., zehnstündige Arbeitszeit. — Potsdam, 30 Kollegen am Orte, davon 18 organisiert, Stundenlohn 60 Pf., zehnstündige Arbeitszeit. — Die Filiale Steglitz umfaßt die Ortschaften Steglitz, Friedenau, Gr. Lichterfelde und Zehlendorf, und zählt zur Zeit 29 Mitglieder, Stundenlohn 65 Pf., neunstündige Arbeitszeit. — Tempin, 10 Kollegen am Orte, davon 8 organisiert, Tagelohn 3,50, 3,75 und 4 M., zehnstündige Arbeitszeit. — Prenzlau, 21 Kollegen am Orte, davon 10 organisiert, Stundenlohn 33—35 Pf., zehnstündige Arbeitszeit. — Stettin, von ca. 40 Dachdeckern 15 organisiert, Stundenlohn 42 Pf., zehnstündige Arbeitszeit.

Um für fernerehin eine bessere Uebersicht über die von den einzelnen Filialen geplanten Lohnbewegungen zu haben, wurde folgender Antrag angenommen: Jede Filiale, welche dem Gau angehört, ist verpflichtet, jede beabsichtigte Lohnbewegung vier Wochen vor der Anmeldung beim Centralvorstand dem Gauvorstand anzuzeigen. Unterläßt eine Filiale diese Anmeldung, so setzt sie sich der Gefahr aus, von der Unterstützung ausgeschlossen zu werden.

Die Klagen über die Schuttbüchlein sind überall die gleichen, in den Kleinstädten sind Schuttbüchlein eine Seltenheit, überhaupt ist zum Schutze der Dachdecker bis jetzt so wenig geschehen, bei allen Verfügungen und Rundschreiben zum Schutze der Bauarbeiter hat der gefährliche Verfall der Dachdecker sehr wenig Beachtung gefunden und die Vorschriften der Berufsvereinigungen sind für die Dachdecker null und nichtig. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Unbeschadet der principiellen Forderung der deutschen Bauarbeiterschaft, daß die Reichsgesetzgebung für den anspruchsvollsten Bauarbeiter Sorge zu tragen hat, verpflichten sich die Delegierten des III. Gaustages, in ihren Filialen dafür zu sorgen, daß die Mitglieder von der Selbsthilfe kräftig Gebrauch machen und die Befreiung aller Mißstände ganz energisch betreiben.“

Bezüglich der Agitation im Gau wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Um eine bessere und wirksamere Agitation in unserem Gau entfalten zu können, verpflichten sich die Delegierten, in ihren Filialen dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied, soweit in seinen Kräften liegt, für unsere Verband Agitation betreibt, um die indifferenten Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen, aber auch jede Gelegenheit wahrzunehmen suchen, um die andernorts wohnenden Kollegen, welche dem Verbandsbezug fern stehen, für denselben zu gewinnen, um dadurch unsere Lage in jeder Hinsicht zu verbessern.“ — Des weiteren wurden folgende Anträge an den nächsten Verbandstag gestellt: 1. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, 2. Den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Mainzer Maurer

ist zur Thatsache geworden. Die genaue Zahl derjenigen, die durch die brutale Rücksichtslosigkeit der Unternehmer auf die Straße gesetzt sind, läßt sich noch nicht feststellen, es sind aber mehr als 1000. Gleich nach ihrem Gewaltsamwerden haben die Unternehmer eine schwarze Liste verfaßt, auf der die Namen von 602 ausgesperrten Maurern stehen, die auch außerhalb Mainz der Erthensmöglichkeit beraubt werden sollen. Die Ursache der Aussperrung ist eine Arbeitsniederlegung bei einer einzelnen Firma, welche die Accordarbeit einführen will, insofern sich die Maurer wehren. Wie es heißt, will der Oberbürgermeister Einigungsverhandlungen einleiten.

Wieder eine Aussperrung beschlossen.

In Frankfurt a. M. fireiten die Tischler der Werkstatt von Kothke. Das gab der Jungung Veranlassung, den Spuren schärfmacherischer Unternehmer zu folgen und die Aussperrung sämtlicher Tischler zu erwirken. Zwar hielten sich Befürworter und Gegner der Aussperrung so ziemlich die Waage, schließlich wurde aber mit 26 gegen 54 Stimmen der Beschluß gefaßt, am Sonnabend sämtliche Gesellen zum 10. Mai zu kündigen und sie an diesem Tage auszusperrern, falls die Sperre über die Kothke'sche Werkstatt bis dahin nicht aufgehoben wird. — Angesichts der Zweifelsfrage-Mehrheit dürften sich die von der jetzt allgemein herrschenden Aussperrungs-Epidemie befallenen Tischlermeister vielleicht noch eines Besseren besinnen. Sie haben ja 14 Tage Zeit dazu.

Die Holzarbeiter in Reichenbach i. S., Tischler, Drechler und Stuckmacher befinden sich in einer Lohnbewegung und ersuchen deshalb um Vermeidung des Zugangs.

Aus der Frauenbewegung.

Niedorf. Am Dienstag tagte bei Thiel eine von Frauen gut besuchte Versammlung. Dasselbe sollte der Agitation für den Frauen-Wahlverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg dienen. Genosse Hildebrand hielt zu diesem Zweck einen beifällig aufgenommenen Vortrag, welchem eine rege Diskussion folgte. Es traten eine Anzahl Frauen dem Wahlverein bei, so daß die Mitgliedschaft Niedorf auf ca. 150 gewachsen ist.

Bergolder. In der Mitglieder-Versammlung der Filiale Berlin des Verbandes der im Bergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter, die am Montag in den Arminhallen stattfand, wurde zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelesen. Die Einnahmen betragen einschließlich des alten Bestandes von 764,55 M. 2450,85 M., die Ausgaben 870,85 M., außerdem wurden an die Hauptkasse 1480 M. gezahlt, so daß ein Bestand von 358 M. verbleibt. Die Abrechnung der Lokalkasse weist eine erhebliche Zunahme des Kassenbestandes auf. Dem Kassierer Krüger wurde einstimmig Decharge erteilt. Als Revisor für die Filialkasse wurde Zschan gewählt. Darauf erstattete Otto Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden Dehler und Hahn gewählt. — In dem Bericht über die Generalversammlung des Verbandes gab Hedman einige nähere Aufklärungen. Daran schloß sich eine kurze Diskussion, aus der zu ersehen war, daß die Anwesenden im allgemeinen mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden waren. — Sodann wurden die Ergänzungswahlen zum Hauptvorstand vorgenommen, und zwar mit folgendem Ergebnis: Schulz-Rummelsburg, zweiter Vorsitzender; Langner, erster Kassierer; Seidel, zweiter Kassierer; Nicolai, Revisor; Wormuth, Stahmann und Götzelmann, Revisoren; Höpfer, Hedman und Krüger, Mitglieder der Prekominmission.

Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter (Sektion I). Die Monatsversammlung am 19. April beschäftigte sich mit der Frage: „Sind wir gewillt, Tarifverträge mit den Brauereien abzuschließen?“ In seinem einleitenden Referat begründete W. Richter die Notwendigkeit des Abschlusses von Tarifverträgen damit, daß einzelne dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend angehörende Brauereien, wie sich bei Verhandlungen mit denselben ergeben hat, die Vereinbarungen vom Jahre 1900, obwohl von Vertretern obengenannten Vereins unterzeichnet, nicht als bindend für sich anerkennen. Des weiteren damit, daß eine Forderung nach aus dem Jahre 1890, die auch im Jahre 1900 noch keine Präzisierung erhalten habe, nämlich die, daß die Arbeiter im sogenannten inneren Betriebe mit dem den geltenden zehnstündigen Minimallohn zu entlohnen seien, gleichgültig, von wem die Arbeit verrichtet wird, endlich ihre Erfüllung finde. Ein bestimmter Paragraph des Tarifentwurfs zählt alle im sogenannten inneren Betriebe vorkommenden Arbeiten einzeln auf, und soll dadurch Lohnbrüder resp. eine Umgehung der Vereinbarungen vom Jahre 1900 durch Einstellung billigerer Arbeitskräfte verhindert werden. Im übrigen decken sich die einzelnen Punkte des Tarifs im großen und ganzen mit den Vereinbarungen vom Jahre 1900. An Stelle der in manchen Brauereien noch bestehenden zehnstündigen Arbeitszeit soll allerdings die neunstündige gesetzt werden. — In der Specialdiskussion wurden alsdann die einzelnen Paragraphen nach kurzer Erläuterung durch Träger besprochen und meist in der ihnen von der Kommission gegebenen Fassung angenommen. Die Agitationskommission wurde als Tarifkommission mit der weiteren Behandlung der Frage beauftragt.

Die Sektion der Hilfsarbeiter des Deutschen Brauereiarbeiter-Verbandes nahm am 26. April den Vorstands- und Rechenschaftsbericht vom I. Quartal entgegen. Danach steht einer Einnahme für die Centralkasse von 3494,50 M. eine Ausgabe von 1033,90 M. gegenüber. 2460,60 M. wurden der Hauptkasse gezahlt. Die Mitgliederzahl, welche am Schluß des IV. Quartals 1902 853 betrug, erhöhte sich auf 1071. Mit dem Zugang im laufenden Monat und denen, welche ihre Reste beglichen haben, dürfte eine Mitgliederzahl von ca. 1200 zu verzeichnen sein.

Textilarbeiter. Am 25. April hielt die Filiale I ihre Mitglieder-Versammlung ab. Weymann erstattete den Kassenbericht vom ersten Quartal. Derselbe ergab eine Einnahme von 1364,92 M., Ausgabe 963,61 M., Bestand 401,31 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlassen. — Hierauf wurde Weber C. M. a. V. (Wagnummer 57 942) aus dem Verbands einmündig ausgeschlossen, da derselbe seit dem 17. August 1902 nachweislich keine Partien vom Filialkassierer nach von einem Hilfskassierer entnommen hat, jedoch in seinem Mitgliedsbuch bis 21. Februar 1903 zum größten Teil entwertete, abgestempelte Beitragsmarken, wahrscheinlich aus einem früheren Mitgliedsbuch, eingelebt hat. Ray war trotz dreimaliger Einladung nicht in der Vorstandssitzung und auch nicht in dieser Versammlung erschienen. — Es folgte nun der Punkt: „Stellungnahme zur Gau-Einteilung.“ Folgt erstattete Bericht von der Bezirksleiter-Konferenz. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Diskussion. Folgende Resolution, welche gleichzeitig dem Delegierten zur Provinzial-Konferenz als Nichtstun dienen soll, wurde mit großer Majorität angenommen: Die Versammlung wendet sich gegen die Einteilung von mehr als einen neuen Kreisen und gegen jede Beitragserhöhung. Ueber die Gau-Einteilung ist Urabstimmung vorzunehmen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 24. April seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Kothke gibt den Geschäftsbericht. Vermittelt wurden für fest 65, zur Ausschüsse 2900 Stellen. Nach den niedrigsten ortsüblichen Vermittlungsgeldern sind den privaten Stellenvermittlern 1602,70 M. entzogen worden. Der Bestand der Mitglieder betrug am Schluß des I. Quartals 681. Für das auscheidende Mitglied Wood wird Thomas als Schriftführer der Ortsverwaltung, für die auscheidenden Revisoren Büros und Boigt der Ortsverwaltung Albrecht und Schütz gewählt. Bernhart gibt bekannt, daß mit unsern Mitgliedsarten, die sich im Besitze geistlicher Mitglieder befinden, bei Arbeiterfestlichkeiten Umgang getrieben wird, und soll versucht werden, die Karten soviel wie möglich einzuziehen.

Rummelsburg. Eine ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins am 25. April nahm den Bericht der beiden Vertreter im Gemeinderat entgegen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der beiden Referenten. — Die Wahl eines Komitees zur Reichstagswahl hatte folgendes Ergebnis: Gebauer, Schulz, Dehling, Günther und Freytag. — Der Kassenbericht lautet: Einnahme 373,23 M., Ausgabe 160,44 M., jetziger Bestand 208,79 M. Die Zahl der Mitglieder stieg von 415 auf 478.

Die Zahlstelle Weisensee des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 23. April ihre Mitglieder-Versammlung ab. Den Kassenbericht für das I. Quartal gab Richter. Die Zahlstelle hatte im vergangenen Quartal 88 Neuaufnahmen und 25 Ummeldungen zu verzeichnen. 53 Kollegen mußten wegen restierender Beiträge gestrichelt werden. Die Mitgliederzahl beträgt 318. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Des weiteren wurde Stellung zum 1. Mai genommen. Unterstützung an ausgesperrte wird für Sonnabend nicht ausbezahlt. Sollten jedoch Kollegen länger als einen Tag ausgesperrt werden, so kommt der Sonnabend in Anrechnung. Alle ausgesperrten werden mit 2,50 M. pro Tag unterstützt. Jeder Kollege hat sein Mitgliedsbuch mitzubringen, um es an der Kontrolle im Verlehrslokal abzustempeln zu lassen. Alle ausgesperrten haben sich im Verlehrslokal am 2. Mai, vormittags 10 Uhr, zu melden. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Mitglieder der Zahlstelle Weisensee verpflichtet sind, den 1. Mai unter allen Umständen durch strikte Arbeitsruhe zu feiern.

Litterarisches.

„Große“ Politik.

Th. Schiemann: „Deutschland und die große Politik Anno 1902“. Berlin, Druck und Verlag von Georg Reimer, 1903. Herr Professor Schiemann hat abermals wie im Vorjahre die Wochenübersichten über die auswärtige Politik, die er in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht, zu einem Bande vereinigt. Aber soll das wirklich die „große“ Politik sein, über die er sich — auf Grund

genauer Lektüre französischer, russischer Blätter und, nicht zu vergessen, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — mit so großer und behaglicher Ausführlichkeit vertritt? Man wird in diesem Gemengel von Kombinationen, Gerüchten und Wahrscheinlichkeits-Berechnungen das Gefühl nicht los, daß diese Politik, wie sie von der deutschen Diplomatie betrieben und von Herrn Schiemann getreulich kommentiert wird, alle andern Attribute verdient als das schändliche Weisheit: groß.

Groß kann man doch schließlich nur eine Politik nennen, die erkannten weltgeschichtlich bedeutenden Zielen mit wirksamen Mitteln zustrebt. Eine solche auswärtige Politik muß sich nicht den wirtschaftlichen oder politischen Zwängen dienen, die ein Staat in seinem Innern verfolgt. Wichtig und interessant ist die auswärtige Politik nur insofern, als sie den wirtschaftlichen Wechselverkehr der Völker berührt oder eine Rückwirkung auf innerpolitische Verhältnisse anstrebt. Und groß wird eine solche Politik — sie mag in ihrer Größe lobenswert und tadelnswert sein — nur dann sein können, wenn sie mit großer Energie und deutlich erkennbarer Richtungslinie vorwärts strebt.

Von der auswärtigen Politik Deutschlands kann dergleichen ernstlich nicht behauptet werden. Ihre unerquickliche halb lächerliche, halb widerwärtige äußere Form, in der sich das Geschiebe der wirtschaftlichen Notwendigkeiten bewegt, ist abhängig von Stimmungen und Bestimmungen einzelner Personen, unsicher in ihren Zielen, kleinlich in ihren Mitteln und großsprecherisch in allen Dingen. Was Deutschland in der Welt an Achtung besitzt, verdankt es der Lichtigkeit seiner Arbeit, von den Leistungen seiner großen Gelehrten wie der Geschäftstüchtigkeit seiner Industrie-Arbeiter, keineswegs aber den Reden des Grafen Bülows oder der Thätigkeit seiner im Auslande beschäftigten Diplomaten.

Kann wäre es ja sehr wohl denkbar, daß sich der große Zug, der der „großen“ Politik Deutschlands fehlt, in Herrn Professor Schiemanns Buche fände. Schiemann aber ist nichts anderes als ein halb freiwilliger Offizier, bei dem man ein Wort der Kritik, überhaupt auch nur irgend einen selbständigen Gedanken vergebens sucht. Die wirtschaftlichen Grundlagen der auswärtigen Politik sind ihm ein völlig dunkles, ja verhasstes Gebiet. Er strebt noch immer in jener vorläufigen Auffassung, die alle Ereignisse der Geschichte auf Personen, auf Dynastien oder Ministerien zurückführt. Auch die „Kaiser“ des Grafen Bülows, die vielen, die schlecht machen, was die großen Herren gut gemacht haben, hat er richtig vorausgesehen. Die Abneigung gegen alle Eingriffe der Masse in die Politik, seine Verachtung des Parlamentarismus ist, vielleicht der einzige politische Gedanke, der das dunkle Gebiet seiner großen Politik erhellt.

Deswegen entbehrt aber sein Buch auch noch immer jenes Reizes, den ihm die konsequente Durchführung einer konservativen Weltanschauung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verleihen könnte. Abgesehen von gelegentlichen billigen Expektorationen über den Unverstand der Masse, findet sich nichts in Schiemanns Buch, was seinen Verfasser als den Vertreter einer umfassenden politischen Weltanschauung erkennen ließe. Die Ergebnisse der früheren Politik auf eine bestimmte geschlossene Persönlichkeit, mit bestimmten Meinungen und Forderungen projiziert, eine solche Art gleichzeitiger subjektiver Geschichtsschreibung würde sich vor der Welt wohl sehen lassen können. Herr Schiemann aber steht der kleinen deutschen Diplomatenpolitik, der er ja selbst an bestimmten Meinungen und Forderungen fest, mit einer so hervorragenden professionellen Bunschlosigkeit gegenüber, daß man, davon angeleitet, auch von ihm bald nichts mehr wünscht und nichts mehr hofft.

Der Wert des Buches beschränkt sich daher im wesentlichen auf die reichliche Wiedergabe auswärtiger Zeitungstimmen; der Wert eines unvollständigen Zettelkastens also! L. a.

Eingegangene Druckschriften.

- Dr. S. Rado. Deutschtum in Ungarn. 97 Seiten. 1,50 M. Berlin 1903. Putnammer u. Mühlbrecht, Unter den Linden 64.
- Brockhaus' Konversations-Lexikon. 11. Band. J. A. Brockhaus, Leipzig 1902.
- R. Gerus. Macedonia und das kirchliche Problem. 48 Seiten. Wien 1903. Kratz, Dell u. Co., VII., Reustiftgasse 74.
- Bericht über den zweiten internationalen Kongress zur Bekämpfung des Mißgeschäfts von Frankfurt a. M. Herausgegeben vom deutschen Nationalkomitee. Berlin 1903.
- Zeitschrift für Socialwissenschaft. VI. Jahrg. Heft 4. Dr. Julius Wolf. April 1903. Georg Reimer, Berlin, Köpenickerstr. 107/8.
- Jahresbericht der Orts-Krankenkasse der Putzwerker, Putzwerkzeug- und Putzwarenverfertiger zu Berlin für das Jahr 1902. Verlag „Vormärts“, Lindenstr. 69.
- Arbeiter-Sekretariat Mannheim. Dritter Jahresbericht für das Jahr 1902.
- Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Darmstadt für das dritte Geschäftsjahr 1902. 28 Seiten. Darmstadt 1903. Verlag des Arbeiter-Sekretariats.
- Geschäftsbericht der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin für das Jahr 1902. 40 Seiten.
- Geschäftsbericht der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbetreibende Charlottenburg für 1902. 17 Seiten. Charlottenburg. D. Goerke, Wallstr. 69.
- Julius Hude. Das Geld-Problem und die sociale Frage. 466 Seiten. Preis 6 M. Berlin 1903. Müller u. Pöhl, Jägerstr. 61a.
- Ally Braun. Ritterschaftsverfassungen und Anwartschaften. 15 Seiten. Berlin 1903. Verlag der „Socialistischen Monatshefte“.
- Reichs-Arbeitsblatt. Herausgegeben vom kaiserl. Statistischen Amt. 1. Jahrgang. Nr. 1. Preis jährlich 12 Nummern 1 M., einzeln 10 Pf. Berlin 1903. E. Neumann, Neudammstr. 43/44.
- Gewerkschaftslexikon für Berlin und Umgegend. Dritter Bericht. Rechenschaftsbericht und Abrechnung für 1902. Verlag J. Hinrichsen, Berlin, Dragonenstr. 15.
- Dr. Schnapper-Kruidt. Zur Theorie und Geschichte der Privatwirtschafts-Statistik. 45 Seiten. Preis 1,60 M. Leipzig 1903. Duncker u. Humblot.
- Thätigkeitsbericht des Rheinisch-Westfälischen Ausbeutungsverbandes der deutschen Gewerksvereine. 1902. 90 Seiten. Selbstverlag, Düsseldorf, Pempelfortstr. 60.
- Die Gründung der deutschen Socialdemokratie. Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903. 64 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Wittgensteins.
- Deutsche Worte. Monatshefte. Herausgegeben v. E. Bernerstorfer. April-Heft. Inhalt: Socialismus und Landwirtschaft. Vortrag des Dr. Ed. David, gehalten in Wien am 16. Januar 1903. — Litterarische Eingänge.
- Fürsten-Porträts. Von G. von R. 61 Seiten. Preis 50 Pf. München 1903. G. Hof u. Co.
- R. Vach. Eine Reise durch das Westliche Kanada im Sommer 1902. 20 Seiten. Verlag H. Bach in Montreal, 451, Sanguinet St.
- Rechenschafts-Bericht der Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker u. verw. Gewerbe f. d. Jahr 1902.
- Dr. Fr. Schönberger. Babel in der Luft und im Lichte. 32 Seiten. Preis 20 Pf. Berlin, Wöllers Bibliothek für Gesundheitspflege, Prinzengr. 95.
- Nicola Kade. Rathschläge zur Wehr! Doch unsre Jahne. 2. Aufl. 118 Seiten. 1901. Ruhon u. Becker in Krefeld.
- Dr. Ed. Voelckel. Grundzüge zur Reform des deutschen Strafrechts und Strafverfahrens. 20 Seiten. Berlin. E. Gering.
- G. Paedel. Weisheit. Volksausgabe. 168 Seiten. Preis 1 M. Bonn 1903. Emil Strauß.
- Handbuch für Reichstags-Wähler. 6. Aufl. 440 Seiten. Preis 1 M. Dresden 1903. Hermann Schönewald.
- Willy Titwell. Wohlthätigkeits-Blatt. 46 Seiten. Preis 30 Pf. Dortmund 1903. Buchhdlg. d. „Arbeiter-Zeitung“.
- Geschäfts-Bericht des Deutschen Verleger-Verbandes v. 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1902.
- Dr. Wilh. Rodt. Gosthaus-Reform durch die Frauen. 48 Seiten. Preis 50 Pf. Weimar 1903. W. Bubes Verlag.
- Max Schöpel. Ausbeutung und Inanspruchnahme. 419 Seiten. Stuttgart 1903. J. H. B. Dietz Verlag.
- Liga Gebauer. Die Mutter. Festschr. f. Verbreitung anerk. Gesundh., Erzieh.- u. Beschäftigung. Erscheinung 14. März. Preis jährlich 3 M. Selbstverlag Dr. Liga Gebauer, Schönhauser Allee 50.
- R. Noe. Die Schweiz in 15 Tagen zu bereisen. 2. Aufl. 64 Seiten. Preis 1,20 M. Freiburg i. Br. 1903. Dr. Paul Lorenz.

Stukkateure!

Wir erziehen besonders die Kollegen der Firmen Zeyer & Drechsler, Zolle, H. Richter und Carl Hauer in unserer Meister-Vermählung zu erscheinen, welche in Samsouci, Kottbuserstr. 4a, vormittags 10 Uhr, stattfindet.

Erscheinen ist Ehrenpflicht.

178/1

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III. Sonntag, den 3. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Rose, Badstr. 58; Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Link über: „Tarifverträge“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I. Sonntag, den 3. Mai, vormitt. 10 1/2 Uhr, in Gramanns Festsaal, Rannowstr. 27; Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des korporativen Arbeitsvertrages. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Stichtagsgesetz. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgebung. Sonntag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1; Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheit. Beschlüsse werden mit 9/10 bis 10/12 Uhr angenommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Achtung! Koffermacher. Achtung!

Sonntag, den 3. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20; Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Unfre Lohnbewegung. 2. Beschlüsse. Das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Die Kommission. I. A.: Carl Weyher.

G. Ziehung 4. Klasse 208. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 30. April 1903, vormittags.

Für die Gewinne über 232 Mt. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Oben Gewinne.)

102 4 59 204 21 301 15 92 425 48 647 820 950 1031

1800 260 441 56 62 540 51 019 2173 302 13000 34

01 05 709 807 60 75 3402 503 630 003 42 4079 122 304

438 95 747 977 5213 314 99 000 1500 495 515

693 779 625 80 6058 84 218 81 445 530 81 15001 604

948 7059 89 305 13000 64 822 1500 5326 1000

53 90 498 504 905 9050 51 1500 92 432 58 703 45

845 140

10099 147 217 13000 332 430 1500 502 56 59 770

803 57 50 1000 89 11054 100 213 200 609 732 913 71

87 12143 302 25 42 54 100 763 1500 511 916 23 45

13146 56 276 418 64 844 602 765 336 996

85 110 499 740 539 86 918 78 94 1500 25 437 1006

735 96 16049 102 45 65 1500 428 739 98 877 973

37340 60 305 433 533 606 701 890 35 40 592 42 41

13049 313 697 743 633 64 989 19049 62 73 113 64

237 638 727 844

20088 267 310 519 649 894 900 88 21028 89 304 11

30 594 590 670 22688 177 97 319 404 19 77 83 597 85

601 731 41 901 53 23111 30 63 84 298 341 384 24044

382 441 47 699 78 817 77 10000 25242 27 439 960

730 885 626 69 10000 26071 857 65 734 960

27029 178 371 310 35 1000 264 274 71 701 87 875 925

28042 60 69 144 1500 57 695 244 445 505 729 979 87

29294 1500 388 330 1000 67 604 722 907

30062 147 361 302 438 91 642 31128 47 389 470

599 631 327 93 942 32024 126 366 594 1500 637 915

38 92 34045 48 66 135 457 1000 658 850 14000

34137 60 250 457 93 512 85 733 34 30 35565 780

34948 1500 63 568 740 841 73 978 37042 326 373

536 68 676 781 881 904 899 890 200 698 16 43 495 70

39273 351 81 471 607 304

40323 41188 1500 88 20 220 115 448 603 21

734 42126 204 49 73 1000 383 456 643 1500 804 39

32 38 41 942 43028 651 740 985 44194 229 77 458

67 625 691 780 946 45017 12 76 210 45 353 524 92

612 778 896 939 46107 82 402 645 95 721 78 1500 863

18 806 47121 454 600 732 63 68 914 43941 400 62

44 76 590 44293 421 45 79 506 750 806

50108 14 48 311 41 414 500 766 70 51031 143 66

246 80 331 39 477 701 48 827 52007 143 227 71 261

67 672 770 73 943 53041 102 30049 49 1500 240 208

23 92 90 425 84 540 72 617 91 715 530 94159 1000

90 215 415 501 63 55060 198 451 61 399 973 50189

246 335 425 598 742 934 40 901 45 57230 32 337 537

686 58162 932 63 50137 92 225 39 63 422 42 45 856

640 59

60181 397 8 403 830 607 1500 42 61 927 61085

172 240 381 494 512 628 70 701 64 821 65 933 62067

89 117 202 357 59 496 836 93 838 35 03190 230 347 50

610 610 1000 32 841 1000 92 904 30 64024 232 573

644 803 17 63172 1500 21 60 421 548 765 837 47

948 60030 211 353 473 627 79 61 68 944 1500 67010

33 40 80 308 410 43 609 728 29 49 77 912 48 88033 24

116 1000 200 622 53 97 680 809 09029 135 88 221 95

434 769 871 84 82

70007 88 148 202 432 606 70 17 963 71200 1500

327 429 951 80 72012 61 47 43 217 38 447 509 574

74000 220 31 437 1500 89 82 537 621 73 1500 762 934

95 75135 1500 201 49 307 42 84 83 504 88 91 694 1500

873 914 74222 317 473 1000 93 886 821 24 77000

1600 408 56 502 24 626 738 71 839 913 70 78024 178

294 424 948 67 79084 88 182 624 789

80176 270 321 429 527 706 15 48 81050 71 127

34 271 490 80 610 62 92 92176 473 583 627 740 81

802 57 80 918 47 83061 182 440 84073 1500 139

493 606 10 20 664 96 797 917 85006 65 63 311 53 418

1500 500 634 701 810 60 1000 966 86018 1500

181 578 706 923 51 847 87011 222 24 649 722 875

978 88009 91 63 112 383 1000 496 772 97 807 58 90

89117 224 1000 317 639 694 739 812

90348 81 540 65 758 854 947 13000 91012

83 232 319 463 625 753 73 875 92400 49 68 98 247

93305 81 631 1000 499 1500 599 787 358 988 1000

224 300 436 93 1500 547 74 1500 611 762 983

95017 65 214 365 60 1000 69 510 61 969 96015

84 215 94 494 679 661 88 784 870 944 97186 215

1500 63 78 877 424 42 500 1500 66 650 98057 144

423 549 49 614 729 44 1000 801 929 99123 234

43 589 828 42 61 913 80

100079 100 301 587 636 712 809 70 1500 912

101619 51 100000 138 84 298 85 374 1500 415

67 874 905 1500 102104 34 1000 90 298 318 514 1500

64 82 789 907 68 103270 320 469 797 901 54 73

100406 59 119 407 508 43 694 747 817 50 968 1500

105450 95 164 285 853 516 699 823 971 106317 411

43 855 107087 1000 189 203 604 825 103058 600

60 70 300 100463 518 25 718 80 74

110243 988 433 598 640 110105 21 620 57 706

112120 348 474 504 636 49 704 886 113060 1500

105 28 35 64 94 232 71 370 428 615 72 714 17 28 67

66 904 114242 311 757 72 887 70 76 877 115615

20 1500 92 983 110035 293 554 644 717 871 79 1500

117088 144 300 428 648 1500 49 88 744 871 118015

128 37 276 425 63 63 1500 37 819 30 974 110151

200 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 95 759 74 853 652

260 301 10 68 90 91 418 606 68 93 9

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 30. April, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 1/2 Uhr. In die Böttcherde-Deputation ist ein Mitglied zu wählen. Gewählt wird durch Jurof Dr. Paul (R. L.)

Mit der Festsetzung des Gehalts von 12000 M. für die zu besetzende Stelle eines Stadtschulrats hat sich der Magistrat einverstanden erklärt und der Oberpräsident hat diese Festsetzung genehmigt.

Der Rentier Karl Ludwig Reiter zu Berlin beabsichtigt der Stadt Berlin 200000 M. und außerdem das Grundstück Linienstraße 20, Rothringstr. 104 zu schenken, zur Begründung einer „Emil Reiters Fachschul-Stiftung“. Die Stiftung soll diesen Namen zum Andenken an den verstorbenen Bruder des Stifters tragen; Zweck derselben ist: Bedürfnisse und fleißigen Handwerker und Künstler, welche an Berliner gewerblichen Unterrichtsanstalten, z. B. Handwerkerschulen, Baugewerkschule, Webeschule, Fach- und Kunstschulen, ihre weitere Ausbildung erstreben, entweder freie Wohnung (möblierte Stube), Heizung und Beleuchtung oder eine Unterstützung in barem Gelde auf längstens zwei Jahre zu gewähren.

Zu diesem Gegenstande liegt eine Eingabe eines Verwandten des Reiters vor, welche auf die Ablehnung der Annahme der Stiftung gerichtet ist, da er dadurch außerordentlich geschädigt werden würde. (Weiteres folgt.)

Der Vorsteher bemerkt dazu, man könne doch von der Stadtvorordneten-Versammlung nicht erwarten, daß sie jemand, der der Stadt eine Schenkung machen wolle, in den Weg treten werde.

Den Nießbrauch und die Verwaltung des Grundstücks und Vermögens hat sich der Stifter bis zu seinem Tode vorbehalten, doch soll er berechtigt sein, die Verwaltung des Stiftungsvermögens jeder Zeit der Stadt Berlin zu übergeben. Der Verkauf des Hauses darf nicht unter 120000 M. erfolgen. Die Einnahmen der Stiftung sollen zur Hälfte so lange kapitalisiert werden, bis die Stiftung die Höhe von 600000 M. erreicht hat.

Die Versammlung genehmigt ohne Debatte die Annahme der Stiftung und der Vorsteher spricht dem Stifter den besonderen Dank für seine Hochherzigkeit aus.

Die ausführlichen Projekte und Kostenanschläge zu Bauten auf den Rieselfeldern werden genehmigt. Der Kostenanschlag erreicht 82100 M.

Für die Vorbereitung der Neuwahl eines Besoldeten Stadtrats an Stelle des Stadtrats Voigt, der seine Pensionierung beantragt hat, wird die Niederlegung eines Ausschusses beschlossen.

Mit der Uebernahme der Ausführung des Unterbaues des Denkmalplatzes für das Kaiser Friedrich-Denkmal durch die Stadt auf Kosten des Reichsposts (Anschlag 7000 M.) erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Nach Erledigung einiger weiterer kleiner Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung um 6 Uhr 5 Minuten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Lokalliste für Berlin und Umgegend

Hierauf hingewiesen und der heutigen Nummer unseres Blattes in größtem Format beigelegt worden. Der Wichtigkeit der Lokalliste erwacht den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste streng zu befolgen. Den Saalabtreibern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin teilweise noch verstockt, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein anderes Mittel übrig als die Lokalsperre; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaften, Gesangsvereine etc. besucht daher bei Ausflügen, Vergnügungen etc. nur solche Lokaltäten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwacht aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten und Partien auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Die Vorstände wollen in solchen Fällen auch darauf sehen, daß in den Verträgen mit dem Bier eine Klausel Platz findet, wonach für den Fall, daß das Lokal für Arbeiter-Versammlungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine Bestimmung dieser Art dringend rathsam erscheinen. Ebenso ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür nach Möglichkeit zu sorgen, daß bei Mißbrauch an Bedienungspersonal der Stellenwechsel des „Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen“ (Ordnungsverwaltung Berlin, Dierichstr. 39, I. Telefon Amt 3 1813, Veranschlagung findet. Tut ein jeder seine Pflicht, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Lokale, die keine Säle haben, sind frei. Die Lokalkommission.

Achtung, erster Wahlkreis! Den Parteigenossen zur gefl. Nachricht, daß am Sonntag, den 3. Mai, morgens 8 Uhr, eine Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus stattfindet: Gohs, Straßensstr. 48; Weinacht, Grünstr. 21; Glane, Krausenstraße 18; Menzel, Dorotheenstr. 69; Frank, Charlottenstr. 60; Wolf, Mauerstr. 60; Radtke, Hensburgerstr. 24. Wir bitten die Parteigenossen, sich recht zahlreich einzufinden, damit die Verbreitung eine recht wirksame wird. Das Wahlkomitee.

Schnepfberg. Bei der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung wollen sich die Parteigenossen früh 8 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einfinden: Eißner, Hohenstaufenstr. 79. Schilling, Rühlensstr. 16. Krüger, Grunewaldstr. 110. Döring, Wersdorferstr. 7. Döb, Reimingerstr. 8. Dörlemann, Kaiser Friedrichstr. 8. Reimer, Hohenfriedbergstr. 28. Hoffmann, Oberuferstr. 10. Donath, Fritz Reuterstr. 4. Wolf, Spohnhofstraße 36.

Niedorf. Die Maitage findet von nachmittags 4 Uhr an im Lokal von Herrn Raps, Chausseestr. 18, statt.

Witz. Die Mai-Versammlung findet heute im Lokal des Genossen Kros, Chausseestr. 69-70, vormittags Punkt 11 Uhr statt. Referent Genosse Dr. Silberstein.

Strohan-Kummelburg. Mai-Versammlung vormittags 10 Uhr in Wwe. Schonecks Lokal für familiäre Gewerkschaften. Namennamen werden in der Versammlung ausgegeben. In demselben Lokal von 4 Uhr ab Konzert, musikalische Aufführungen, Massengesänge von fünf Arbeiter-Gesangsvereinen. Um 8 Uhr Festrede, gehalten vom Genossen Häbich.

Treyton-Baumhulenkweg. Sonntag, den 3. Mai, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt Restaurant Staffeld, Baumhulenkstraße 84/85, Restaurant Neue Krug-Allee 62, und Rieselstraße 6. Der Zahlabend fällt diesen Sonntagabend aus.

Reinickendorf. Freitag, den 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Arahim, Schönholz; Volkversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse Hetschold. Nachmittags 4 Uhr: Gemüthliches Beisammensein in der „Lärme“, Nordbahnstraße.

Johannisthal. Für die Orte Johannisthal, Nieder-Schöneweide und Rudow findet am 1. Mai, abends 8 Uhr, im Lindenhof (fr. Benz) zu Johannisthal, Friedrichstr. 61, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über: Die Bedeutung des 1. Mai.

Lokales.

Unabhängig, unauffällig!

In rückständigen Gegenden Deutschlands, wo die jahrhundert-alte geistliche Verdummungsarbeit den kindlichsten Aberglauben noch in äppigster Blüte gedeihen läßt, pflegt man in der Walpurgisnacht an die Haustüren drei Kreuze zu malen, um die Bewohner gegen den böshafte Schabernack der Hexen und ähnlichen Teufelsgeistes zu feien, die in der Nacht zum 1. Mai ihr Unwesen treiben. Mit Grinsen lauscht das ganze Landvolk in die Nacht hinaus, wo der entseesselte Hölletpul auf Weien und Dfengabeln durch die Lüste fährt. Und ein ähnliches Walpurgisgehausen fährt selbst heute noch dem unwissenden Philister durch die Glieder, wenn sich am Morgen des 1. Mai das flackernde Feuer der Pfaffen, seinen Weltergang feilsch zu begeben. Das Pfaffenium, das die altgermanischen Elementargeister in gespenstliche Fragegehaften verwandelt, hat auch sein redlich Teil dazu beigetragen, den socialdemokratischen Arbeiter zu einem wahren Altwieberschred zu machen. Noch giebt es finstere Winkel unfres Vaterlandes, wo ein Socialdemokrat als Auhwurf der Menschheit, als wahres Walpurgisgepenst gilt. Die schönen Zeiten freilich, wo jedem Bekenner socialistischer Ideen das Brandmal der Keuchung aufgedrückt war, sind längst vorüber.

Als fröhliche Eroberer sind die versprochenen Noten in die ver-rufensten Domänen des künstlich erhaltenen Aberglaubens ein-gedrungen, trotz des verzweifeltsten Schwertens des Weierbrauchs-fahnen zornwütiger Teufelsbanner. Die vermeintlichen Kinder Weesgebubs haben sich als Menschen von Fleisch und Blut entpuppt, als wadere, hilfshereite Weiber, die das Evangelium werthvoller Nächstenliebe in ganz andrem Sinne zu ihrer Nichtshur gemacht haben, als die patentierten Vertreter des Phrasen-Christentums.

Unsre lieben Gegner haben denn auch die Ausichtslosigkeit ihrer plumpen Teufelsmärchen einzusehen begonnen. Das Walpurgis-gepenst zieht nicht mehr, man ist deshalb auf die geniale Idee verfallen, die Socialdemokratie als harmlosen Kinderpopanz darzustellen. Der revolutionäre Charakter der Socialdemokratie, so erzählt man jetzt geschäftig, sei nichts als eine Vermummung, durch die sich die im Grunde ihres Herzens so zahmen „Genossen“ interessant machen wollten. In Wirklichkeit gäbe es keine harmloseren Philister als die revolutionären Arbeiter. Das zeige so recht ihre berühmte Maitage. Was sei denn diese Maitage, von der man so viel Wesens mache, andres, als ein internationales Kaffeelügen? Seien aber die Socialdemokraten so harmlose Mäuze, so loyale Mienensaffen-seelen, so lohne es sich doch wahrlich nicht, einer solchen Partei von Schlafhaken anzugehen.

Wir fürchten sehr, auch dieser klammerliche Demagogentanz wird nicht verfangen. Die Leute, die sagen, eine wie tolle Karikatur der Soci mit Dolch und Petroleumlanne war, werden die neue Karikatur nicht minder läppisch finden. Jeder normale Mensch muß doch begreifen, daß der Socialdemokrat fürs Zollhaus reich wäre, der bei der Maitage den — drockigweise — noch jedesmal feignigierten Kruppen Gelegenheit gäbe, die Hinte fischen und den Säbel haben zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß die bodenlos alberne Putsch-Karikatur nur in der blödsinnigen Einbildung untrer „Genossen“ existierte. Warum sollten wir Socialdemokraten am 1. Mai nicht auch Kaffee trinken? Opulente Diners kann sich ja eine Proletarierfamilie doch nicht bestellen bei einem Jahreseinkommen, das von einem Junker- oder Bourgeoisipröpsling noch nicht einmal als „anfänglicher“ Monatswechsel angesehen wird. Nur die geistige Nahrung am 1. Mai brauchen sich unsre guten Freunde von Gegnern aber nicht zu sorgen. Der Proletarier weiß schon, weshalb er den 1. Mai feiert. Er gönnt seinen Gegnern sogar das frohig-trampfschte Lachen über seine angebliche Anspruchlosigkeit. Er weiß, daß am besten lacht, wer zuletzt lacht. Er weiß, was er will und was er mit den Millionen seiner Gesinnungsgenossen zusammen vermag. Er hört den Wehschrei der Geschichte lausen und weiß, daß er selbst ein Teil des Wehschreies ist. Er fühlt — als erbebenden Kraft in all seinen persönlichen Leiden — im tiefsten Innern die Wahrheit des Dichtervortrags:

Unabhängig, unauffällig, Angekollt nach die Zeit!

An die Krankenkassen Berlin und der Vororte.

Wir machen hierdurch bekannt, daß wir in nächster Zeit ein neues Apotheken- und Drognisten-Verzeichnis herausgeben werden. Dabei werden einige Apotheken von der Liste gestrichen werden, deren Geschäftsbetrieb mit den Krankenkassen zu Unzutraglichkeiten geführt hat oder deren sonstiges Verhalten während des Vorjohrs ihre Entfernung aus der Liste notwendig macht. Wir beabsichtigen in erster Linie zu streichen:

- die Kreuzberg-Apothek, Belle-Alliancestr. 76, die Adalbert-Apothek, Adalbertstr. 18, die Fortuna-Apothek, Dragonerstr. 6a, die Deutsche Apotheke, Wädingstr. 15.

Wir ersuchen aber ferner die Krankenkassen, uns behufs Streichung von der Liste auch solche Apotheken namhaft zu machen, in denen nachweislich die Krankenkassen-Mitglieder unmäßig lange auf die Anfertigung von Arzneien warten müssen oder sonst belästigt werden. Eine Verminderung der von der höheren Verwaltungsbekende festgesetzten Apothekengebühren — die ohnehin inzwischen durch die Zulassung von vier neuen Vertragsapotheken eine Vermehrung erfahren hat — wird nicht beabsichtigt; für jede ge-strichene Apotheke soll in nächster Nähe eine neue Apotheke zugelassen werden. Auch bezuglich erbitten wir Verschärfung von den Krankenkassen. Wir bemerken dazu, daß ohne weiteres von uns zur Kassensicherung jede Apotheke zugelassen wird, welche dieselben Bedingungen gewährt, wie die Vertragsapotheken: 20 Proz. Rezeptur-rabatt usw.

Generalkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte.

Mißstände unserer Schul-Bedürfnisanstalten wurden im Berliner Verein für Schulgesundheitspflege besprochen. Daß die Beschaffenheit der Bedürfnisanstalten von großer Bedeutung für die Gesundheit der Schulkinder und fñrgens auch für die Er-ziehung ist, das wird selbst in Fachkreisen noch nicht genug gewürdigt. Die Schul-Bedürfnisanstalten werden vielfach noch als etwas Neben-sächliches behandelt, als eine Einrichtung, bei der man sich mit dem Klernotwendigsten begnügen dürfe. Professor Waginsky, der Vorsitzende des Vereins, erinnerte an eine Kennerin, die ihm gegenüber einmal der Kultusminister v. Goshler über die-zige Frage gelhan habe. Herr v. Goshler habe darauf hingewiesen, wie weit die Forderungen des Waginsky'schen Buches über Schulgesundheitspflege über die Zustände hinausgingen, die in den ostelbischen Provinzen zu finden seien; dort sei vielfach noch die einzige

Bedürfnisanstalt der Schulkinder der — Mifshausen. Dieser amnuthig-unschuldvolle Urzustand des Junkerparadieses ist uns Berliner ja allerdings längst verloren gegangen. Aber wer die Schul-Bedürfnisanstalten Berlins kennt, der weiß, daß auch wir noch lange keinen Grund haben, unsere Schul-Bedürfnisanstalten für den Gipfel der Kultur zu halten. Dr. Bernhard, der dem Verein einen Vortrag darüber hielt, schilderte die Bedürfnisanstalten der Berliner Schulen als ebenfalls noch recht primitiv. Er forderte: die Bedürfnisanstalten sollen im Schulhaus liegen, damit Erklärungen vermeiden werden, und sie sollen in den Pausen beaufsichtigt werden, damit jede Unsauberkeit sofort beseitigt werden kann. Der Vortragende erkannte an, daß bei den neuesten Gemeindefchulen die Bedürfnisse im Hause untergebracht sind. Durch die Unsauberkeit der Schulklosetts, behauptete Dr. Bernhard, werden Erkrankungen der Geschlechtsteile unter den Kindern, namentlich unter den Mädchen, verbreitet. Er wies darauf hin, daß man auf den Schulklosetts keine Waschlgelegenheit und nicht mal Papier findet. In der Diskussion wurde vom Sanitätsrat Dr. Hartmann, Mitglied der Schul-deputation, der Wunsch nach Waschlgelegenheit unterführt. Wir nehmen an, daß auch die übrigen Mitglieder der Deputation es nicht für überflüssig halten werden, nach Vernichtung eines Klosetts die Hände zu waschen, so daß in dieser Beziehung nummehr wohl auf Wohlfeil gerechnet werden darf. Professor Waginsky beklagte, daß in solchen Dingen immer die Kostenfrage aufgeworfen werde; mit diesem Grundsatze müsse endlich gebrochen werden. Am Schluß stellte Schularzt Professor Dr. Sagel in lakonischer Kürze den Satz auf: „Klosetts müssen elegant sein, elegante Klosetts wirken erzieherisch.“ — Was unsre freisinnigen Stadtväter dazu sagen werden, wenn sie hören, wie hier wieder einmal dem „hygienischen Luxus“ Vorschub geleistet worden ist! O du gute alte Zeit, wo auch in Berlin die Schulkinder noch wie im Junkerparadiese lebten!

Der „Volkspark“ Grunewald. Zur geplanten Umgestaltung des Grunewaldes werden bereits umfangreiche Abholzungen vorgenommen. Da der nahe bei Weistend gelegene Exerzier-platz des Elisabeth-Regiments der Bebauung erschlossen werden soll und deshalb eingeebnet, so wird ein Ersatz dafür bei der Försterei Gieshahn geschaffen, in deren Revier ein Waldkomplex von circa 100 Morgen freigelegt wird. Weitere ausgedehnte Abholzungen bedingen die geplanten Straßenanlagen durch den Forst; sie sind ferner erforderlich, weil das Gelände zu beiden Seiten der Heerstraße für Baustellen bestimmt ist und außerdem noch größere Waldgebiete für die landhausmäßige Bebauung an-zusehen sind.

Die Umgestaltung des Grunewaldes zum „Volkspark“, die niemand aus dem Volke verlangt hat, scheint danach nach der Lösung vorgenommen zu werden: „Alles muß ver-rungeniert werden!“ Von dem Grunewald, der sonstig-lichen Erholungsstätte des Berliner Volkes, wird schließlich nichts übrig bleiben, als ein Exerzierplatz, eine Automobil-Reinbahn und eine Villenkolonie für die oberen Zehntausend!

Die Vertrauensmänner der Straßenbahn-Angestellten waren am Montag von der Direktion zu der regelmäßigen Halb-jährs-Konferenz berufen worden, um dort ihre Wünsche und Ver-sicherungen vorzubringen. Den Vorsitz führte Betriebsdirektor Marhold. Er bemerkte, daß der weitans größte Teil der schon in der vorigen Konferenz abgeleiteten und jetzt wiederholten Wünsche der Angestellten auf absehbare Zeit keine Verwirklichung finden könne, so z. B. die Anträge auf allgemeine Gehalts-erhöhung, Dienstleistungserhöhung, Abschaffung der Strafgebühren (die im letzten Betriebsjahre die Höhe von ca. 5000 M. erreichten) usw. Die ab-geleitete Haltung der Direktion erklärte sich aus der nicht besonders günstigen Finanzlage (unter der die Direktoren und Aktionäre allerdings nicht zu leiden haben). Bei dem Antrage, den Angestellten die über sechs Monate im Dienst sind, anstatt der bisherigen fünf Tage Urlaub deren zehn zu gewähren, wies ein Schaffner darauf hin, daß der Urlaub vielfach nur „Günstlingen“ gewährt werde, und diesen vier mehr wie fünf Tage. Der Direktor stellte eine Vergünstigung jedoch entschieden in Abrede und lehnte die Forderung im Princip ab. Nur ausnahmsweise soll ein sebtentägiger Urlaub gewährt werden, und zwar nach freiem Ermessen. Als ein andres Schaffner bemerkte, daß die Dienstzeit mitunter 12-13 Stunden betrage, wurde er auf den gewöhnlichen Beschwerdeweg verwiesen. Nur in einigen wenigen Punkten von geringerer Bedeutung zeigte sich der Direktor teilweise entgegenkommend. So zum Beispiel soll die Anstellung der Ersatzkassier und Fahrer „nach Möglichkeit“ innerhalb sechs Monaten erfolgen, auch sind den Angestellten statt der Drillstunden die gewünschten Diensten in Aussicht gestellt. Alles in allem ge-nommen zeigte es sich auch diesmal, daß die Vertrauensmänner-Konferenzen ohne jeden inneren Wert sind. Wirkliche Verbesserungen werden die Straßenbahner erst dann erzielen können, wenn sie über eine genügend starke Organisation verfügen.

Erleichterung für die Entnahme von Zeitarten der Straßenbahn. Eine Erleichterung für die Entnahme von Zeitarten bringt die Große Berliner Straßenbahn zur Einführung. Sie tritt bereits am 1. Mai in Kraft. Zahlreiche Inhaber von Zeitarten finden während der Tagesstunden mit schwerer Zeit zur Entnahme der Karten. Andere waren genötigt, die Erholungsstunden dazu zu benutzen, da die Aus-gabebestellen bisher erst um 10 Uhr geöffnet wurden. Den Wünschen nach einem früheren Beginn der Ausgabe der Zeitarten kommt jetzt die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn für sich und die mit ihr vereinigten Gesellschaften, die Westliche Berliner Vorortbahn, die Südliche Berliner Vorortbahn sowie die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, nach. Gleichzeitig wird die Zeit der Ausgabe auf den verschiedenen Ausgabestellen einheitlich geregelt. Ausgabestellen für Zeitarten befinden sich zur Zeit im Hause der Direktion, Leipziger Platz 14, auf den Bahnhöfen in der Ackerstraße und in der Großen Hamburgerstraße, am Kollndorf-Platz, sowie in Weistend. Mit Geltung vom 1. Mai d. J. treten in der Ausgabe von Zeitarten aller Art folgende Veränderungen in Kraft: Die Ausgabe der Zeitarten erfolgt an den Wochentagen in allen Ausgabestellen einheitlich in den Stunden von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Am ersten und letzten Wochentage eines jeden Monats wird diese Zeit ausnahmsweise bis 6 Uhr nachmittags ausgedehnt. Der Verkauf von Marken und Wochentagen auf den Bahnhöfen findet an den Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags statt.

Unter dem dringenden Verdacht des Betruges und des betrüge-riichen Vortrags ist der Journalist Max Wienecke, der auch in der Berliner Nordische als Berichterstatter für verschiedene Zeitungen eine eigentümliche Rolle spielte, am vergangenen Sonntag verhaftet worden. Direktor Wienecke, wie er sich jetzt nannte, „betriebl.“ in der Potsdamerstr. 118 ein Detektiv- und Auskunfts-Bureau „Fides“, dessen juristischer Leiter der 63 Jahre alte Landgerichtsrat A. D. Dr. jur. Febr. v. Kirchbach war. Er wird von früheren Angestellten u. a. beschuldigt, daß er Kontitionen unterschlagen und seinen Auftraggebern nicht ausgeführte Ermittlungen in Rechnung gestellt habe. Im einzelnen bedürfen die Anschuldigungen noch weiterer Klärung. Wienecke gab in leichtfertiger Gesellschaft viel Geld aus und machte vielfach Schulden. Seine Abtheilung in der Stabkammer einer großen Bank war in der Regel leer, sein Geldsäckel im Detektivbureau enthielt schließlich nur noch 14 Pfennige in Kupfer. Bücher und Schriftstücke wurden nach der Verhaftung, die von der Kriminalpolizei auf Grund eines Haftbefehls vom Untersuchungsrichter am Landgericht I vorgenommen wurde, beschlagnahmt. Bekannt ist Wienecke schon aus der Affäre Grunewald als „juristischer Ratgeber“ der Elsa Gols. Dieser „juristische Rat“ kostete, wie man sich aus den Gerichtsverhandlungen

wohl noch erinnert, Kräftelein Holz ihre Schmutzfächer und Herrn Wienede eine nicht ganz unerhebliche Gefängnisstrafe. Als er damals Pflögensee wieder verließ, meldete er sich im Südwesten als „aus Paris“ zugezogen an.

Eine kleine Ueberflutung verursachte am Donnerstagvormittag ein Wasserrohrbruch an der Ecke der Friedrich- und Leipzigerstraße. Um 1/2 Uhr quoll, nachdem gerade Angestellte der Wasserwerke den Hydranten aufgedreht hatten, das Wasser plötzlich an drei Stellen aus dem Mosaikpflaster des Bürgersteiges an der südöstlichen Ecke der Straßenecke empor und überschwenkte bald den Hochdamm und einen Teil des Bürgersteiges. Die schlammige Flut, die mit dem ausgepflügten Sande stark gemischt war, zwang den belamten Zeitungshändler Selig zu eiliger Flucht. Es gelang ihm gerade noch, seinen Stand unbeschädigt auf höher gelegenes Gelände zu retten. Nach einer halben Stunde wurde der Ueberflutung durch Abperrn des Rohres ein Ende gemacht. In denselben Augenblick verlor infolge der Auspflügungen drei Bürgersteigplatten über einen Meter tief. Die Unfallstelle wurde von Schuttmännern und Angestellten der Wasserwerke mit Balken abgeperrt. Die Ausbesserungsarbeiten begannen hiernach sofort.

Eine erschreckende Höhe hat die Zahl der im Monat April im Straßenverkehr Berlins verunglückten Personen erreicht. Schwerer Verletzt sind getötet wurden nicht weniger als 51 Personen, gegen 38 im Monat März. 15 der Unfälle nahmen einen tödlichen Verlauf. 8 Menschenleben wurden allein durch Last- und Geschäftsfuhrwerke vernichtet. Je 2 Personen fanden im Eisenbahn- resp. Omnibusverkehr ihren Tod und je eine Person in den Betrieben der städtischen, Großen Berliner und Charlottenburger Straßenbahn. Von den 36 Schwerverletzten kamen 12 im Straßenbahn-Betriebe, davon 6 beim Vesteigen resp. Verlassen in der Fahrt befindlicher Wagen, 11 durch die Räder von Lastfuhrwerken zu Schaden. In bedeutender Zahl sind in der Unfallstatistik diesmal auch die Möbelwagen beteiligt, durch welche nicht weniger als fünf Unfälle herbeigeführt worden sind. In der Unfall-Zusammenstellung tritt auch die Zeit der Osterferien hervor in der großen Zahl der verunglückten Kinder, von denen 6 schwer verletzt, zwei getötet wurden. Ferner verunglückten 10 Frauen, fünf hiervon tödlich, und 33 Männer, von denen acht den Folgen der Verletzungen erlagen. Unter den letztgenannten befanden sich auch drei Kutscher, die unter ihren eignen Gefährten den Tod fanden.

Zum Tode eines Knaben führte gestern nachmittag eine Spielerei, die den beteiligten Kindern schon oft unterzogen worden war. Auf dem Grundstück Prenzlauer Allee 34 befindet sich die Startonfabrik von Steinberg. So oft vor dem Hause ein Geschäftswagen mit Abfällen fährt, machen sich die Kinder, während der Kutscher drinnen zu thun hat, an die Erde heran, um zum Spielen Papierstücke herauszuholen. Da sie durch das Definieren der Erde dem Kutscher Arbeit und Ärger verursachen, so wurde ihnen der Anflug schon oft verboten, aber stets ohne Erfolg. Gestern nachmittag um 5 Uhr machten sich wieder sechs Knaben an dem Wagen zu schaffen. Als sie den Kutscher aus der Fabrik kommen sahen, liefen sie nach der andern Straßenseite zu davon. Mitten auf dem Damme stolperte der 8 1/2 Jahre alte Sohn Karl des Schneidemeisters Weutel aus der Marienburgerstraße Nr. 1, fiel hin und geriet unter einen Palettsfuhrwagen, der von der Vorkortstraße her gefahren kam. Ein Rad ging ihm über den Unterleib. Während der Palettsfuhr-Kutscher sich selbst bei einem Schuttmann meldete, trat der Papierkutscher den Verunglückten seinen Eltern zu. Der Vater eilte dann mit ihm nach der nächsten Unfallstation, dort konnte aber der Arzt nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war.

Nach einem Bade plötzlich verstorben ist der 28 Jahre alte Schneider Max Schlimmann aus der Ludauerstraße 17. Der Mann war herzleidend und erst bis vor 14 Tagen vier Wochen lang so krank, daß er nicht arbeiten konnte. Gestern nachmittag besuchte er mit seinem Bruder eine Bade-Anstalt und nahm ein Dampfbad. Nachdem er eben den Koffen verlassen hatte, brach er, vom Herzschlage geführt, tot zusammen. Die Leiche wurde beflagelt.

Beim Frühstück vom Tode überrascht wurde gestern der 48 Jahre alte Steinmetz Heinrich Schumann, der als Junggeselle in der Teltowerstraße 32 wohnte und seit zwei Jahren ledig lebte. Schumann hatte vorgestern über Schmerzen geklagt, aber trotzdem gearbeitet. Als er gestern vormittag um 8 1/2 Uhr in der Schantwirtschafft von Thra in der Müddenstraße 91 frühstückte, sank er, im Begriff, einen Schluck Weißbier zu trinken, plötzlich auf seinem Stuhl zusammen und starb nach fünf Minuten.

Zu der Karlose gestorben ist am Mittwoch, der etwas über ein Jahr alte Knabe Bruno Wigth aus der Granseerstraße 16. Der Kleine hatte seit fünf Wochen ein Blasenleiden und wurde von seiner Tante nach einer Klinik gebracht, um operiert zu werden, starb jedoch noch vor der Ausführung des ärztlichen Eingriffs, nachdem man ihn mit Chloroform betäubt hatte.

Im Anfall eines Nervenleidens hat der 54 Jahre alte Schanzwirt Rudolf Fuhrmann aus der Ughenerstraße 5 Hand an sich gelegt. Der Mann mußte vor 2 Jahren seines Leidens wegen sein Geschäft in der Eberswalderstraße 23 verlaufen und lebte seitdem von den Ersparnissen und dem Ertrag der Schneiderei, die seine Frau betrieb. Gestern morgen verließ er unter dem Vorwande, daß er spazieren gehen wolle, weil er die ganze Nacht nicht geschlafen habe, die Wohnung, ging jedoch unmerklich nach dem Keller und erhängte sich dort.

Der Marmorhauer Willy Morgenstern erfuhr um die Mitteilung, daß er mit dem Eindröcker gleichen Namens, der, wie wir in unserer letzten Sonnabendnummer meldeten, bei einem Einbruch auf dem Grundstück Prenzlauerstraße 1 festgenommen wurde, nicht identisch ist.

Der Sportpark Friedebau dürfte, nachdem sein erstes Rennen in diesen Jahre sehr unter der Ungunst des kalten Wetters zu leiden hatte, und nachdem sein zweites Rennen (10. April) infolge des starken Sturmes sogar abgesetzt werden mußte, nun endlich am nächsten Sonntag mit seiner Veranstaltung Glück haben, da in der Witterung ein bedeutender Umschwung zum Besseren eingetreten ist. Unter den für das 10 Kilometer-Rennen und das 50 Kilometer-Handicap engagierten Fahrern sind in erster Linie der kleine Engländer Jimmy Michael und der Berliner Alfred Görtmann zu nennen, die sich von ihren Stürzen wieder erholt haben, denen als Gegner Hysler, Salzmann, Cornet und Demle entgegentreten. Auch die Flieger-Rennen haben eine sehr gute Beteiligung erfahren.

Aus den Nachbarorten.

Einer großen Rücksichtslosigkeit machte sich gestern ein hiesiger Remstalbesitzer Isaac in Charlottenburg schuldig. Auf dem Wege zum Rennen auf der Westender Traberbahn überfuhr er am Wilhelmshagen einen Radler Namens Paul Zahn aus der Löwestr. 5 und ließ ihn einfach liegen, obgleich er sah, was er angerichtet hatte. Ein Radfahrer eilte ihm nach und stellte ihn auf der Remstalbahn fest. Der Verletzte, der sich innere Verletzungen und einen Fingerbruch zuzog, mußte die Hilfe der Rettungswache in Anspruch nehmen.

Neu-Weißensee. Geradezu skandalöse Zustände herrschen hier in letzter Zeit in Bezug auf Reinlichkeit. Nachdem, wie bereits berichtet, die Polizei-Verordnung betreffend Reinigung der Straßen aufgehoben ist, und eine diesbezügliche Bekämpfung in den Ortsblättern veröffentlicht ist, wird mit wenigen Ausnahmen keine Straße mehr gereinigt. Auf den Fahrdämmen liegt der Straßenschmutz an einigen Stellen bereits zollhoch und jeder Lustig hat sein übriges, um denselben weiter zu befördern und an geschäftlichen Stellen abzulagern. Während sonst die Grundbesitzer bezw. dessen Vertreter durch Strafen angehalten waren, den Schmutz zu beseitigen, bleibt er jetzt einfach liegen und keine Menschenseele erdarmt sich seiner, zum 1. Oktober soll die Straßenreinigung von Gemeindevögeln

in eigener Regie ausgeführt werden, bis dahin werden die Weißenseer Einwohner wohl im Schmutz umgekommen sein, wenn nicht baldige Abhilfe geschaffen wird. Man glaubt sich in ein hinterpommersches Dorf versetzt, aber nicht an einen Ort, der angrenzt an die deutsche Metropole. Die Fraktion der sozialdemokratischen Gemeinde-Verordneten hatte bereits beim Gemeindevorstand beantragt, diesen Zustand baldigt zu beseitigen, denn auf die Verpflegungen der Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, daß sie ihre Mitglieder verpflichtet haben, die Reinigung bis zum 1. Oktober noch selbst auszuführen, ist kein Verlaß. Schon aus hygienischen Gründen darf dieser Zustand auf keinen Fall so weiter bestehen.

Verfammlungen.

Die Holzarbeiter hielten am Mittwoch in Kellers Saal ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst gab Rentant Riecke den Kassenbericht vom ersten Quartal dieses Jahres. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse balanzieren in der Summe von 97 388,43 M. Die Einnahme der Lokalkasse belief sich inkl. des Bestandes vom vorigen Quartal auf 247 811,28 M. Die Ausgabe betrug 43 296,27 M., darunter für Streik-, Aussperrungs- und Arbeitslosen-Unterstützung rund 30 000 M., so daß ein Kassenbestand von 204 515,01 M. verbleibt. Dem Rentanten wurde Entlastung erteilt. Alsdann berichtete Glode über die Tätigkeit des Vorstandes. Er sagte unter anderem: In einer Sitzung mit den Vorkort-Zahlstellen wurde beschlossen, daß den Mitgliedern, welche benötigt sind, zu einer andern Zahlstelle überzutreten, die in der früheren Zahlstelle gezahlten Extrabeiträge in Anrechnung gebracht werden. In dieser Sitzung wurde auch über einen Antrag der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften beraten, bei Streiks und sonstigen Differenzen mit ihnen gemeinsam vorzugehen. Beschlossen wurde, ihnen von allen Differenzen Mitteilung zu machen und bei größeren Differenzen, wo Mitglieder ihrer Organisation in Frage kommen, auch Vertreter ihrer Organisation hinzuzuziehen. — Gegenwärtig zählt der Verband in Berlin 13 090 Mitglieder. Rechtsfähig wurde 20 Kollegen gewählt. Notfall-Unterstützung erhielten 18, Sterbegeld 19, Darlehen 35. Als gemahregelt wurden 30 Kollegen anerkannt. Außerdem ist über 44 Werkstatt-Differenzen verhandelt worden. In die Gewerkschaftskommission sind delegiert Glode, Siefeld, Robert Schmidt, Rich. Leopold, Oskar Schmidt und Wilh. Gütth. Schließlich ging Glode noch auf die für die Arbeitgeber so lässlich verlaufene Aussperrung anlässlich des Maschinenarbeiter-Streiks ein und beschränkte den Verlauf desselben als eine empfindliche Schlappe der Scharfmacher. Offenbar ist denn auch unter der Einwirkung dieser Niederlage am 27. April folgender Beschluß der Holzindustriellen zu stande gekommen: „Der 1. Mai wird als Feiertag nicht anerkannt und ist unter feinen Umständen freizugeben. Jedem Arbeitgeber wird es überlassen, in seinem Betriebe die zur Verhinderung des Feierns seiner Arbeiter geeigneten Maßnahmen selbst zu treffen.“ — Zieht man in Betracht, daß die Herren früher wegen der Maßfeier stets vollkommene Aussperrungsbeschlüsse gefaßt haben, so nimmt sich dieser Beschluß auffallend zahm aus. Es sieht demnach zu erwarten, daß sich die Holzindustriellen allmählich an die Maßfeier gewöhnen werden.

Hierauf berichtete Maag: Die aus 131 Mitgliedern bestehende Kontrollkommission hat insgesamt 63 geschäftliche und 446 Werkstattfragen abgehandelt. Eingeladen waren 907 Werkstätten, davon erschienen 571. In diesen waren 8721 Kollegen beschäftigt, wovon 6784 der Organisation angehörten. Im Arbeitsnachweis gingen 1424 Stellenangebote von 1119 Unternehmern ein. Befehlt wurden 1095 Stellen; als arbeitslos hatten sich 3412 Kollegen gemeldet. Aus der Bibliothek wurden 4531 Bände entliehen. — Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, bei Streiks und Maßregelungen folgende Unterstützungsfähigkeit als Zuschlag aus der Lokalkasse festzusetzen: Nach einer Mitgliedschaft von 26 Wochen 2 M. pro Woche, nach 52 Wochen 3 M., nach 106 Wochen 4 M. und nach 260 Wochen 5 M. Ferner sollen alle größeren Druckaufträge der Vorwärts-Druckerei überwiesen werden. Einstimmig wurden alsdann 3000 M. zur Agitation für die Reichstagswahlen bewilligt. Vom Hauverein der Tischler war ein Schreiben eingegangen, worin der Verband aufgefordert wurde, bei allen Meistern, die wegen der Beteiligung an der Maßfeier Aussperrungen vornehmen, eine Forderung auf eine fünfprozentige Lohnhöhung und Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche zu stellen. Obigen Vorschlag erklärte die Versammlung zwar als gut gemeint, lehnte ihn aber als unausführbar ab. — Bei den hierauf stattfindenden Ersatzwahlen wurde Jendel als Beisitzer gewählt, die übrigen Wahlergebnisse sollen später publiziert werden.

Die Holzverarbeitungs-Maschinenarbeiter hielten am Montag in den Andreas-Jalen ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst gab Jimpel den Kassenbericht vom 1. Quartal 1903. Demnach belief sich die Einnahme inkl. des vorjährigen Kassenbestandes auf 24 197,15 M. und die Ausgabe auf 3940,40 M., so daß ein Bestand von 2025,75 M. verbleibt. Nach einer Mitteilung, daß die Abrechnung vom jetzigen Streik in nächster Zeit gefordert erfolgt, wurde dem passiver Decharge erteilt. Nach dem an anderer Stelle veröffentlichten Bericht über die Lohnbewegung forderte Hoffmann in beredeten Worten zum Abkommen auf den „Vorwärts“ auf, der, wie er besonders betonte, die Maschinenarbeiter in diesem Kampfe in anerkannter Weise unterstützen habe. Einstimmig wurde sodann beschlossen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern, ohne Rücksicht auf etwaige Maßregelungen der Unternehmer.

Der Verein der Rifenmacher hielt am Montag bei Kuffin, Andreasstraße, eine Generalversammlung ab. Nach der Abrechnung, die der Kassierer gab, betragen die Einnahmen im 1. Quartal 674,50 M., die Ausgaben 455,70 M. Einschließlich des alten Bestandes betrug der Kassenbestand am Schluß des Quartals 936,08 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf berichtete J. Juel über die mit dem Parteivorstand gepflogenen Einigungsverhandlungen und der zweite Vorlesende über die diesbezüglichen Verhandlungen im Gewerkschafts-Komitee. Danach haben sich 12 Gewerkschaften, d. i. die Majorität, für die Einigung ausgesprochen, während sich die übrigen Organisationen und namentlich die Köpfer, Instrumentenmacher und Hausdiener gegen den Anschluß an die Centralverbände erklärten. Der Bericht folgte eine längere Diskussion, in der die Mehrzahl der Redner die Einigung bezw. den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband befürworteten mit dem Hinweis, daß ja derselbe in der Hauptfrage alles das bietet, was von den Rifenmachern gefordert werde. Jegentliche Beschlüsse wurden nicht gefaßt und sollen das Resultat weiterer Einigungsverhandlungen und die Beschlüsse des wahrscheinlich schon zu Pfingsten stattfindenden Kongresses der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften abgewartet werden.

Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden sämtliche bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. — Der Vorsitzende machte sodann noch auf die Bedeutung des 1. Mai aufmerksam und gab bekannt, daß sich eventuell Gemahregelte bis spätestens Sonnabendabend im Arbeitsnachweis melden müssen.

Die in Berlin wohnenden Parteigenossen aus Westpreußen hatten sich am Sonntag im Gewerkschaftshause versammelt, um darüber zu beraten, wie sie die Wahllegation in ihrer Heimat fördern können. Man kam dahin überein, daß die Adressen für Westpreußen zur Verfügung gestellt werden sollen, damit das Komitee Anknüpfungspunkte für die Agitationsarbeit bekommt. Eine Kommission wurde gewählt, welche die weiteren Maßnahmen zu treffen hat. Sendungen und Zuschriften sind zu richten an G. Lehr, Berlin N., Brunnenstr. 109.

In der humanitären Gemeinde, Riebeckstraße 12, in der Kula der Friedrich-Berderschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Müderes Weisheit des Brahmanen. III. Halt ein! Halt aus! Halt ab!“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstr. 2) haben soden das 14. Heft ihres 9. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Karl Legien: Die Stellung der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Gesetzgebung. — Dr. Eduard David: Zur vorläufigen Abwehr. — Eduard Bernstein: Linke theoretischen Debatten und der Wahlkampf. — Dr. Wilh. Sellpach (Ernst Hofstrom): Prinzipielles zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Dr. Josta Dabynska: Zur Sociologie der Arbeitslosenstellungen. — Paul Bröder: Allgemeine Gewerkschafts-Bibliothek. — Dr. Heinrich Kaufmann: Aus der Geschichte der englischen Betriebspreise. — Politik von Richard Calmer. — Wirtschaft von Max Schipol. — Sozialistische Bewegung von E. Kagenstein. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Socialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Sociale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Wähler von Dr. Alfred Blafsch und Dr. Ladislaus Gumplovicz. — Notizen von Heinrich Driesmann, Friedrich Dersch und Dr. August Winter. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7138). Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. 19 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenerm Couvert). Probenummern liegen auf Wunsch kostenfrei zur Verfügung.

Vermischtes.

100 Menschen umgekommen.

Neu York, 20. April. Heute früh 4 1/2 Uhr wurde in Frank, einer kleinen bergbaubetriebenden Stadt in der Nähe der Felsengebirge im Alberta-Territorium in Kanada an der Grenze der Vereinigten Staaten, ein Erdstöß verpfligt. Gleich darauf erfolgte auf dem Turleberg, welcher die Stadt überragt, ein vermullich vulkanischer Ausbruch. Millionen Tonnen Gestein wurden niedergeschleudert und verperrten die Zugänge zu den Gruben. Einzelne Gebäude wurden 100 Fuß tief begraben. Der Berg wirkt noch immer Gestein aus. Nach einer Meldung aus Macleod, 60 Meilen östlich von Frank, sind 83 Familien unter den Felsen begraben worden. Das ganze Land rings um den Turleberg ist auf eine Entfernung von etwa 20 Meilen verwüstet. Die Erde ist mit Lava und Schlacke bedeckt. Der Fluß ist über die Ufer getreten, weil das Flußbett durch Lava ausgefüllt wurde.

Weitere Meldungen über die Katastrophe besagen: Die Katastrophe in Frank ist durch Gas verurteilt, welches sich einen Ausweg bahnte und dabei einen Erdstöß verursachte. Wertwirdig bleibt, daß 15 Bergleute unversehrt der Grube entkamen. Die Zahl der Toten beläuft sich auf 95, meistens Frauen und Kinder.

Banconver (Britisch-Kolumbia), 30. April. Nach den letzten aus Frank hier eingetroffenen Nachrichten wird angenommen, daß die Katastrophe in Frank einen Bergsturz zuzuschreiben sei. Den vermeintlichen Vulkan-Rauch hält man jetzt für Staubwolken, die durch die stürzenden Massen aufgewirbelt worden seien. Zwei von 17 unter den Trümmern begrabenen Bergleuten erlitten, die übrigen konnten gerettet werden. Die Gesamtzahl der in dem Städtchen getöteten Personen wird nun auf 95 geschätzt. Der Fluß, der durch den Ort fließt, wurde durch einen fast 100 Fuß breiten Felsen eingedämmt. Arbeiten sind im Gange, den Fluß in ein neues Bett zu leiten. Die meisten Häuser sind infolge der Erschütterung, die durch den Niederturz von Millionen von Tonnen Gestein verursacht wurde, unbewohnbar geworden. Die Eisenbahn ist durch Gestein gesperrt, die Telegraphenlinien sind unterbrochen.

Eine Liebestragödie in der Arrestanstalt. Die Arrestaufseher-Wohnung in der erst vor kurzen in Benutzung genommenen neuen Garnison-Arrestanstalt in Zörgau bildete den Schauplatz einer furchtbaren Tragödie, die sich in der Nacht zum Dienstag abspielte. Man fand den Arrestaufseher nur mit einem Hemde bekleidet vor dem Bette liegen, in demselben ebenfalls entkleidet, eine unbekannte weibliche Person, beide waren leblos. Allem Anschein nach liegt Vergiftung vor. Die Wohnung des Arrestaufsehers liegt zu ebener Erde hinter dem Hauptflur und besteht aus drei Zimmern, die von dem ledigen Sergeanten Redell bewohnt werden, einem Halbvalviden, der seit dem 1. Januar 1903 den Posten des Arrestaufsehers bekleidet. Er ist am 20. September 1872 in Arnstelde (Westpreußen) geboren. Wer die weibliche Person ist, hat noch nicht festgestellt werden können, da das Paar Nachrichten, die irgend welchen Aufschluß geben könnten, nicht zurückgelassen hat.

Die blamierte Prüfungskommission. Ein niedliches Stückchen hat sich die Göttinger Kommission für die von der Zwangsdinnung der Sattler geforderten Gesellenstücke der auslernenden Lehrlinge geleistet. Der Sattlerlehrling Karl Rodmann hat zu Ostern sein Gesellenstück gemacht, das aber von der famosen Prüfungskommission als untauglich zurückgewiesen wurde. Der Junge wurde verdammt, bei einem andern Meister noch ein Vierteljahr nachzulernen. Nicht faul, schickt der Junge seine zurückgewiesene Arbeit zur Lehrlingsausstellung nach Hildesheim — und erhält den ersten Preis. In Innungskreisen ist man nun sehr darauf gespannt, ob der Junge nun wirklich das Vierteljahr nachlernen muß. Was jedoch diese Gesellenprüfungen durch die Konkurrenten des Lehrmeisters wert sind, wird durch diesen Fall recht augenfällig bewiesen.

Briefkasten der Redaktion.

C. B. 333. 1. Reim. 2. Hehle bei der Abkündigung. 3. Reim. 4. Reim. Freilich. Also ein Druckschreiber: nicht „Goburger Zeitung“, sondern „Goburger Tageblatt“. Der „Freilichigen Zeitung“ als Oberbismarcklerin ist aber in ihrer Nr. 100 die Hauptrolle des wohlgeachteten Duden angeblühter Schimpfwörter. Bei insamen Angriffen auf die eigene Partei legt man eben auf ein e Schelmen an d erthald. — F. W. Sie erhalten Auskunft in der Volksbibliothek, Alexandrinenstr. 26. — W. S. Um als Hebamme zugelassen zu werden, beantragen Sie zunächst beim Polizeipräsidenten die Zulassung zum nächsten Hebammen-Kursus. Von dort erhalten Sie die Nachfrist, mit welchen Papieren und wann Sie sich beim Stadtphysikus Schulz, Tempelhofer Ufer 29, zur Vorprüfung zu melden haben. Diese Vorprüfung besteht im Rechnen, Lesen, Schreiben, Sehen und Hören. Nach bestandener Vorprüfung beantragen Sie unter Ueberzeugung des Zeugnisses hierüber und der andern Papiere beim Polizeipräsidenten die Zulassung zur Ausbildung als Hebamme. Sodann erhalten Sie Bescheid, ob Sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersten Fall zu dem Kursus einberufen, der jährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Charité abgehalten wird. Während ihrer Zeit der Ausbildung müssen die Frauen in der Charité wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 Mark. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in der Regel zur Ausbildung nicht zugelassen. Da der Andrang außerordentlich stark ist, ist eine Meldung etwa fünf Jahre vor der Zulassung, also spätestens im 25. Lebensjahre ratsam. Vier Jahre liegen fast stets zwischen der Vorprüfung und der Zulassung zur Ausbildung.

Witterungsübericht vom 30. April 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Stolzenberg	754,980	1	Rebel	5	Saparanda	758,9	2	Wolkig	5		
Darmstadt	754,511	1	Rebel	9	Betersburg	759,50	1	bedeckt	12		
Berlin	754,5	1	bedeckt	14	Leiz	749,9	2	Wolkig	9		
Frankfurt a. M.	756,53	2	halb bed.	8	Werdern	—	—	—	—		
München	759,53	4	Wolkig	8	Paris	754,53	3	Wolkig	11		
Wien	755,5	3	bedeckt	12							

Weiter-Prognose für Freitag, den 1. Mai 1903. Bismilich warm, heilmelke heiter, aber veränderlich bei schwanen süd-westlichen Winden, etwas Regen und Gemitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Unserm Schützling, dem Vertrauensmann vom 2. Kreis 10456

Paul Scholz

zu seinem 47. Geburtstag ein dankbares Hoch!
Rauchklub „Solde“
(R. d. H. R. B.)

Männer-Gesangverein „Liederlust I“ (1865)

Unter langjähriges Mitglied
Louis Bude
ist am Dienstag früh nach längerem Leiden im Alter von 63 Jahren gestorben.

(Ehemaliger Vorsitzender des Berl. Arbeit.-Sängerbund. * 1878.)
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 1/4 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban, Grunowstraße, aus nach dem Friedhof der Heilig Kreuz-Gemeinde in Mariendorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
10635
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Louis Bude
am Dienstag, den 22. April, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags um 2 Uhr vom Krankenhaus Urban nach dem Heilig Kreuz-Kirchhofe in Mariendorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Pankow.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Restaurateur
Julius Mierke
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 1/4 Uhr von der Leichenhalle des Pankower neuen Kirchhofes aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlin und Umgegend.

Am 29. April verstarb unser Vereinskollege
Julius Mierke
nach kurzem Krankenlager.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kirchhofes in Pankow, Kommunikationsweg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
J. H.: Kerfin.
6079

Danksagung.

Für die reichlichen Krankspenden sowie für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen der Gas-Anstalten, sowie sämtlichen Filialen, der Delegation, dem Vorstande der Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin und dem 651. Bezirk des VI. Berliner Reichstags-Dahlweises, Kautz- und Gefangenenvereinen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
10166 Albertine Guhn, Pantstr. 45a.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Franz Wrocklage
am Dienstag, den 22. April, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes, Neu-Hagen-Schönhausen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen meinen tiefgefühlten Dank.

Eduard Homuth
nebst Kindern und Großmutter,
Löhnowstr. 51.

Zur Maifeier

steht großer Saal und Garten zur Verfügung.
Max Föhrenck,
Johannisthal, Friedrichstr. 10.

Achtung!

Am 1. Mai bleibt mein Geschäft wie bisher geschlossen. Arbeits-Anzüge.
Wth. Bahr, Brunnenstr. 113.

Honig!

Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, per Liter 10 Pfunddose zu 7,00 Mk., 5 Pfund 4,30 Mk. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-Angullsch, Eldersg.

Kopfläuse

nebst Brut verschwinden sofort b. **Puffl.** Unschädlich. Erfolg überraschend. In Droge 50 Pf.
En gros Norris Zahn & Comp.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

Derliche Verwaltung Berlin H. Montag, den 4. Mai 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn **Tolksdorf, Görlingerstr. 58.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1903.
2. Verschiedene wichtige Angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten
184/6 Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg.

„Zur alten Linde“, Leibnizstraße 3. Gut gepflegte Biere, warme Speisen zu jeder Tageszeit empfiehlt
13862*
A. Röttger.

Hühneraugen, Hornhaut

schmerzlos und gründlich binnen 3 Tag. nur mein **Hühneraugentod.** berühmt. Nachdem Sie alles Mögliche angewandt, machen Sie dies. leicht. Der Erfolg ist sicher. Dose 75 Pf., fcco. 1 Mk. Nur bei **Otto Reichel, Berlin SO. 310, Eisenbahnstr. 4.**

Frische Natur-Butter

Reife 8 Pf. Brodercoll 7 Pf. 20 Pf. fr. Marken. **Otto Sievers, Friedrichshof, D.-Pr.** 10725

Credit. — 10 Mark

liefern Anzüge, Paletots nach Maß.
Der Kasse allerbilligste Preise.
Wer selbst Stoff hat s. 20 Pf. an.
J. Tomporowski, Schneidernstr., Prinzenstr. 55.

Chaussee-strasse 79. Th. Juras Chaussee-strasse 79.

Ecke Boyenstrasse Straßenbahn-Haltestelle. Ecke Boyenstrasse.
Größtes Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft
T. II. 3941 des Nordens. T. II. 3941.
Feste Preise. Gegründet 1879. Heberverteilung angeschlossen.
Jeder Gegenstand ist mit genauer Preisangabe versehen.
Herren-Anzüge 15, 16, 18 bis 25 Mk.
Herren-Paletots 10, 12, 15 bis 45 Mk.
Herren-Hosen von 3 bis 18 Mk.
Herren-Westen weiß und couleur von 1,75 an.
Knaben-Anzüge 2,50, 3, 3,50 bis 20 Mk.
Schul-Anzüge von 3 Mk. an.
Meinen werthen Kunden halte ich mein reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe bestens empfohlen. Für tadellofen Sitz und coulante Bedienung bietet mein langjähriges Renommee die beste Garantie.
Für torpente Figuren halte alle Weiten auf Lager.



wirklich gut und billig rauchen? So bestellen Sie meine Cigarillos, wie oben abgebildet und größer, mit Sumatra oder Java gedeckt und mit guter und feiner Einlage für den spottbilligen Preis von 7 Mark pro 500 Stück franco der Nachnahme. Bei vorheriger Geldsendung nur 6,50 Mark. Franco 40 gute Cigarren und Cigaretten zur Probe und ein interessantes Buch mit Preisliste lege ich dieser Sendung noch gratis bei. Garantie: Rücknahme oder Umtausch. Mehr zu bieten ist durchaus unmöglich. Bitte zu bestellen bei
141/5*
P. Pokora, Cigarrenfabrik, Neustadt, W.-Pr., No. 258 E.

Goldwaren-Industrie Belmonte & Co
ENGROS Königs-Str. 46
DETAIL

Uhren für Herren, für Damen	Stahl-Remontoir	Silb. Remontoir	Gold. Remontoir	Gold. „Savonette“
von 6,50 Mk. an	von 8,- Mk. an	von 22,- Mk. an	von 35,- Mk. an	
von 6,50 Mk. an	von 8,50 Mk. an	von 14,- Mk. an	von 25,- Mk. an	

Für jede bei uns gekaufte Uhr leisten 3jährige schriftliche Garantie für guten Gang.

Broches	Ringe	Ketten
echt Gold gesetzl. gestempelt von Mk 5 an.	echt Gold gesetzl. gestempelt von 1,25 an.	solide Panzerform pro Gramm Mk. 2,-

Bruchgold und -Silber wird zu Kurspreisen in Zahlung genommen.



Lange goldene Damen-Uhrketten, echt Gold, gesetzlich gestempelt, von 14 Mk. an. **Belmonte & Co., Berlin, Königstr. 46.** Echt silberne Stücke, grosse Auswahl, 800 gesetzl. gestempelt, von Mk. 2,50 an.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17/18. Inhaber: Trapp & Morris. Brunnenstrasse 17/18.

Grosser EXTRA-VERKAUF!

Damen-Konfektion.	Putz.
Zephyrbluse mit vielen Säumchen und weiten Blusenärmeln 2,25 M.	Kinderglocke, weiss mit Ranke und Sammetband-Garnitur 1,75 M.
Leinenbluse mit Seidenstreifen, Quersäumchen und Atlas-Schleifen 2,80 M.	Bolero, weiss und schwarz mit Sammeteinfassung und Pompongarnitur 1,25 M.
Eine Partie eleganter Mullblusen, Wert 9,50, 16,50 M. jetzt 6,50, 10,50 M.	Bretton-Form, schwarz mit Sammetband und Schnalle 1,25 M.
Kostüm-Röcke, reichste Auswahl in verschiedenen Stoffen 2,90 bis 36,00 M.	Weisse Damenhüte, Schäferform m. eleg. Rosenranke, Spitzengarn. u. Stahlgraffe 3,95 M.
Cape „Augusta“, 120 cm lg. aus engl. graumeliert. Stoff, doppelseit., m. 2 Pelerinen 8,50 M.	Florentiner mit Rosenranke und Chiffon, elegant garniert 4,65 M.
Kleiderstoffe.	Weisswaren.
Volle Etamine, reine Wolle, 110 cm breit Meter 1,25 M.	Rüschenboa „Stols“ 4,25 M.
Etamine Flamé, 110 cm breit 2,00 M.	Spachtel-Schulter-Kragen 2,90 M.
Engl. Hobsack, schwere Qualität 1,50 M.	Seidene Damen-Knoten „Neuheit“ 35 Pf.
Engl. Noppe mit Seiden-Effekten 85 Pf.	Chiffon-Jabot mit Spitzen-Einsatz 65 Pf.
Leinenstoffe mit effektvollen Bombenstreifen 49 Pf.	Seidene Damen-Serviteurs in allen Farben 75 Pf.
Washseide, imitiert, in herrlicher Farbenstellung 23 Pf.	Damen-Chiffon-Schleifen 25 Pf.
Schürzen.	Wäsche.
Wirtschafts-Schürzen 58 Pf.	Damen-Hemden, Prima Hemdentuch, Achselschluss mit Spitze 1,25 M.
Wirtschafts-Schürzen, extra weit, mit Volant 1,15 M.	Damen-Hemden, mit handgestickter Passe 1,35 M.
Wirtschafts-Schürzen mit Träger 52 Pf.	Herren-Hemden, bestes Hemdentuch 1,40 M.
Tüdel-Schürzen, Batist mit Bordüre 17 Pf.	Damen-Jacken, Dimiti und Barchend mit Spitze 1,25 M.
Damen-Hänge-Schürzen 1,45 M.	Damen-Jacken mit guter Stickerei 1,75 M.
Kinder-Hänge-Schürzen 40 Pf.	Damen-Beinkleider, Knie-Façon mit Stickerei 1,30 M.
Strümpfe.	Damen-Beinkleider, Passen-Façon mit Stickerei 0,95 M.
Damen-Strümpfe, schwarz, englisch lang 25 Pf.	
Damen-Strümpfe, schwarz, deutsch lang 45 Pf.	
Herren-Macco-Socken, prima Qualität 25 Pf.	
Baumwollene schwarze Kinder-Strümpfe Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 10 13 16 18 20 22 24 26 Pf.	
Baumwollene schwarze Kinder-Strümpfe Ia Qualität Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 16 20 22 25 28 32 35 38 Pf.	
Baumwollene Kinder-Strümpfe, kariert und gestreift Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 34 37 42 50 55 60 65 70 Pf.	
Handschuhe.	Korsetts.
Damen-Zwirn-Schlupf-Handschuhe in allen Farben 16 Pf.	Gürtel-Korsetts 90 Pf.
Damen-Zwirn-Handschuhe mit Druckknöpfen 33 Pf.	Bestes Dreil-Korsett, Façon „Empire“ 1,15 M.
Damen-Zwirn-Handschuhe, weiss, mit Druckknöpfen 33 Pf.	Korsetts, Prima Dreil, hohes Façon 1,50 M.
Damen-Zwirn-Handschuhe, weiss, porös, mit Druckknöpfen 48 Pf.	Reform-Korsett „Neuheit“, elegante Ausführung 4,50 M.
Prima Leinen-Handschuhe mit Druckknöpfen 90 Pf.	Frack-Korsett, elegante Façon 1,90 M.
Kinder-Handschuhe mit und ohne Druckknöpfen 15 u. 35 Pf.	Tüll-Korsett, Façon „Empire“ 2,25 M.
Herren-Artikel.	Herren-Artikel.
Herren-Oberhemden mit gutem Leinen-Einsatz 2,95 M.	Herren-Oberhemden in bunten herrlichen Dessins 2,95 M.
Herren-Kragen, Leinen 4fach, hochmoderne Façons 35 Pf.	Herren-Kragen, Leinen 4fach, hochmoderne Façons 35 Pf.
Herren-Manschetten, Prima, 4fach 50 Pf.	Herren-Manschetten, Prima, 4fach 50 Pf.
Krawatten, Façon „Diplomat“ in den neuesten Façons 35 Pf.	Krawatten, Façon „Diplomat“ in den neuesten Façons 35 Pf.
Linon-Taschentücher, weiss mit bunter Kante, 1/2 Dutzend 65 Pf.	Linon-Taschentücher, weiss mit bunter Kante, 1/2 Dutzend 65 Pf.

Neu eingeführtes **Rabatt-Spar-System.** Für eine vollgeklebte Karte zahlen wir an der

Man verlange Rabattmarken. **Rabattkasse 1 Mk. in bar.** Man verlange Rabattmarken.

